

### AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	28

### VERBÄNDE



Thema: DNR-Schwerpunkte 2008	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	31
Preise & Ausschreibungen	31

### SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

### ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Kindergartenstudie: Naturerfahrungen fördern Wissen	

### THEMEN DES MONATS

Internationale Klimapolitik

## Der Hürdenlauf hat erst begonnen

**Nach dem Mandat von Bali gibt es im März die erste Verhandlungsrunde für ein Kyoto-Folgeabkommen**

Seite 2

Transparenz in der Politik

## Den Brüsseler Lobbydschungel lichten

**2008 wird ein wichtiges Jahr für die Europäische Transparenzinitiative**

Seite 4

Informationstechnologie

## Virtueller Umweltschutz

**Auch die besten Öko-Labels für Personalcomputer garantieren keine nachhaltige Herstellung**

Seite 6

Ressourcennutzung

## Konsumieren als Stilfrage

**Lebensstilforschung und neue Bildungskonzepte sind Schlüssel zur Erhaltung der Lebensgrundlagen**

Seite 7

Interview: Verkehr und Gesundheit

## „Feinstaub Alaaf!“

**Die ersten deutschen Städte haben sie endlich – wird 2008 zum Jahr der Umweltzone?**

Seite 24

## Internationale Klimapolitik

# Der Hürdenlauf hat erst begonnen

Nach dem Mandat von Bali gibt es im März die erste Verhandlungsrunde für ein Kyoto-Folgeabkommen

**Vieles spricht dafür, dass es Ende 2009 ein neues globales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 geben wird. Doch wichtige Akteure sind noch weit davon entfernt, die notwendigen Beschlüsse mitzutragen. Auch vermeintliche Vorreiter wie die EU und Deutschland müssen ihre nationale Klimapolitik nachbessern. Die zu überwindenden Hürden sind hoch. Ohne zivilgesellschaftlichen Druck wird nicht viel passieren. ■ VON CHRISTOPH BALS<sup>(1)</sup>, GERMANWATCH.**

So berechtigt die Freude über den Durchbruch von Bali und so groß die Hoffnung auf ein neues Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 auch sind: Man darf nicht über die Schwachpunkte der Ergebnisse hinwegsehen. Obwohl der Klimaschutz 2007 global so weit oben auf der Agenda stand wie nie zuvor, hat sich die internationale Staatengemeinschaft nicht dazu durchgerungen, die kommenden Verhandlungen klar genug inhaltlich auszurichten und eindeutige Vorgaben zu machen. Stattdessen gab es in zentralen Fragen Kompromisse, die vielfältig interpretiert werden können. So wurde weder das Ziel, den Temperaturan-

stieg auf zwei Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen, noch die Bandbreite für absolute Reduktionsziele ausdrücklich akzeptiert. Über solche rechtsverbindlichen Ziele muss jetzt ebenso verhandelt werden wie über verbindliche Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, zur Technologiekoooperation und zur Finanzierung. Gewaltige Hürden in all diesen Bereichen werden zu nehmen sein, bis im Jahr 2009 ein völkerrechtlich bindendes Abkommen mit rechtsverbindlichen Verpflichtungen unter Dach und Fach ist. Klar ist: Der Klimagipfel auf der indonesischen Ferieninsel war nur der Startpunkt, das geplante Treffen in Kopenhagen 2009 ist der Endpunkt des „Hürdenlaufes“.

In Kopenhagen soll es Vereinbarungen über vier große Themen geben:

- ▶ Die Verringerung des Treibhausgasausstoßes, wobei auch über die Weiterentwicklung des Emissionshandels und Instrumente für den internationalen Waldschutz entschieden wird.
- ▶ Die Unterstützung der besonders betroffenen Regionen und Staaten bei der Anpassung an den unvermeidbaren Teil des Klimawandels.
- ▶ Regeln und Anreize für die Bereitstellung von Technologien für Klimaschutz und Anpassung.
- ▶ Die Entwicklung von neuen, innovativen Finanzmechanismen für Technologien, Anpassung und Waldschutz.

Im Verhandlungstext von Bali wurde öffentlich die Meßlatte für den internationalen Klimaschutz aufgelegt – auf wissenschaftlicher Grundlage. Lediglich die USA gingen dabei nicht mit. Allerdings ist noch nicht als verbindliches Ziel akzeptiert, was

da innerhalb von 24 Monaten erreicht werden soll:

Um die Schäden durch den Klimawandel zu begrenzen, müssten die Emissionen der Industrieländer bis 2020 um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 sinken. Global müsste in zehn bis fünfzehn Jahren der Höhepunkt des Emissionsausstoßes erreicht sein und dann eine zügige Verringerung der Emissionen eingeleitet werden – um weit mehr als die Hälfte bis zur Mitte des Jahrhunderts. Indem auf den IPCC-Bericht Bezug genommen wird, liegt dem Verhandlungsprozess ein hohes wissenschaftliches Niveau zugrunde.

## Der politische Wille muss weltweit erstarken

Zentrale Akteure wie die Regierungen der USA, Kanadas, Russlands und Japans sind noch weit davon entfernt, die notwendigen, weitreichenden Beschlüsse mitzutragen. Die neue Regierung in Australien hat sich mit der zeitgleich auf Bali vollzogenen Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zwar konstruktiv gezeigt. Aber ob sie als große Kohle-Exportnation CO<sub>2</sub>-Reduktionen in der notwendigen Größenordnung unterstützt, ist noch völlig offen. 2008 und 2009 muss der politische Wille dazu deutlich stärker werden. In den USA und vermutlich in Kanada wird es Wahlen geben, die wichtige Zeichen setzen können. Die Rolle von Indien wird man besser einschätzen können, sobald das Land in den kommenden Monaten seine Klimastrategie verabschiedet hat. Es ist zu hoffen, dass in Japan, wo derzeit vor allem das Wirtschafts- und Technologieministerium eine konstruktive Haltung blockiert, durch die G8-Prä-

## Bali in der Presse

„Es ist Europa, China, Südafrika, Brasilien und weiteren Entwicklungsländern nicht gelungen, den gewaltigen politischen Druck, der sich in diesem Jahr weltweit aufgebaut hat, in ein überzeugendes Verhandlungsmandat umzumünzen.“ (Tagesspiegel, 16.12.2007)

„Egon Bahr hat das Konzept der ‚gemeinsamen Sicherheit‘ entwickelt: Man ist sicher, wenn die anderen keine Angst vor einem haben. So denkt heute beim Klimaschutz kaum jemand. Sicherheit gegen Ressourcenmangel und Migration wird militärisch definiert.“ (Frankfurter Rundschau, 14.12.2007)

„Es ist eine Illusion zu glauben, man könne der Dritten Welt CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele vorschreiben und sich dann auch noch dumm und dämlich daran verdienen.“ (woxx, 13.12.2007)

sidentschaft und den G8-Gipfel vom 7. bis 9. Juli 2008 der notwendige öffentliche und internationale Druck entsteht.

Auf Bali wurde beschlossen, dass zwei Arbeitsgruppen, eine für die Kyoto-Staaten und die zweite für alle Staaten einschließlich der USA, bis 2009 ein neues Klimaabkommen verhandeln sollen. Erste Verhandlungen soll es schon im März oder April 2008 geben. Das Tempo der Klimaverhandlungen wird dadurch deutlich erhöht. Ab jetzt soll es nicht mehr zwei, sondern vier jährliche Verhandlungsrunden geben. Die notwendigen Verhandlungen für ein wirksames und umfassendes Post-2012-Abkommen mit allen relevanten Akteuren und mit der notwendigen Intensität können tatsächlich beginnen.

### Internationale Dynamik durch Push-und-Pull-Strategie

Von allen Staaten, vorneweg von den Industrieländern, ist zu fordern, dass sie nicht erst das Verhandlungsergebnis im Dezember 2009 abwarten, sondern unverzüglich nationale Klimaschutzprogramme entwickeln, die sich an der Begrenzung der Klimaerwärmung auf maximal zwei Grad orientieren. Die Politik muss den notwendigen Rahmen setzen, damit erneuerbare Energien und Energieeffizienztechnologien schneller eingeführt werden können. Industrie und Finanzmarkt müssen jetzt nach der Devise handeln: Wer heute das Geld der Anleger noch in klimaschädliche Alternativen investiert, nutzt nicht die ökonomischen Chancen der neuen weltpolitischen Situation. Denn nur wenige Tage nach Bali sind die Ölpreise erstmals auf mehr als 100 Dollar pro Barrel gestiegen. Bei diesen hohen Energiepreisen und nach dem Signal von Bali gibt es keinen Grund mehr, mit Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu zögern. Sie werden sich weit schneller bezahlt machen als noch vor einigen Jahren gedacht.

Notwendig ist das Wechselspiel zwischen einer internationalen Klimapolitik, die im Sinne einer Pull-Strategie alle in die Pflicht nimmt, und einer Push-Strategie, die in möglichst vielen Staaten den Aufbruch in eine neue Energie- und

Verkehrszukunft einleitet und damit die notwendige Dynamik für einen partnerschaftlichen globalen Klimaschutz erzeugt. Die Push-Strategie demonstriert, dass ein neues Wohlstandsmodell auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz aufgebaut werden kann.

Viele in der Welt erwarten von der EU und besonders von Deutschland, nicht nur verbal die Führung bei dieser Push- und Pull-Strategie zu übernehmen. Der EU fällt diese Rolle umso mehr zu, als die beiden nächsten Klimagipfel im polnischen Poznań im Dezember 2008 und in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen im Dezember 2009 stattfinden werden.

### Deutschlands Klimasorgenkind Verkehr

Mit Blick auf Deutschland ist anzuerkennen, dass die Bundesregierung Anfang Dezember ein durchaus beachtliches Klimaschutzprogramm vorgelegt hat. Dieses hat jedoch auch große Schwächen. Der wichtige Sektor Verkehr wird fast völlig ausgeblendet. So gibt es keine Abschaffung des Dienstwagen-Privilegs, kein allgemeines Tempolimit, keine sinnvolle Kennzeichnungsverordnung für den Kraftstoffverbrauch. Neue Maßnahmen zur Stärkung klimafreundlicherer Verkehrsträger wie ÖPNV und Fahrrad fehlen vollständig. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw wird von der Regierung als industriepolitische Angriff auf die deutsche Automobilindustrie abgelehnt. Es fehlen eigene Vorschläge, wie das Problem anzugehen ist, wonach immer größere beziehungsweise schwerere Autos die Effizienzfortschritte wieder zunichte machen. Auch bei der Frage des Einbezugs des Flugverkehrs in den Emissionshandel hat die deutsche Regierung beim letzten Umweltministerrat wesentlich zu einer Schwächung der weitergehenden Vorschläge des EU-Parlaments beigetragen. Deutschland braucht endlich ein Konzept für ein Personen- und Güterverkehrssystem, das klimagerechte Mobilität gewährleistet – sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gesichtspunkten.

Auch ist das energiepolitische Konzept

der Bundesregierung noch nicht mit den eigenen Klimazielen vereinbar. So planen verschiedene Akteure den Neubau von 20 Kohlekraftwerken mit einer 40-jährigen Laufzeit. Darüber hinaus fehlt der Regierung der Mut für eine sinnvolle Weiterführung der sozial-ökologischen Steuerreform für die Bereiche, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. In Zeiten weltweiter Arbeitslosigkeit würde eine solche Steuerreform nicht einen Anreiz für gesteigerte Arbeitsproduktivität, sondern für die dringend notwendige Energie- und Rohstoffproduktivität setzen.

### Ein neues Wohlstandsmodell entwickeln

Es ist allerdings kaum zu erwarten, dass in Deutschland und anderswo der notwendige politische Wille entsteht, wenn die Zivilgesellschaft nicht deutlich den Druck auf die handelnden Akteure erhöht. Es muss sichtbar werden, dass beispielsweise die BürgerInnen der EU ihr Wohlstandsmodell nicht weiter auf dem Rücken derer aufbauen wollen, die von der globalen Klimadestabilisierung besonders betroffen sind. Jedes geplante Kohlekraftwerk, jeder neue Flughafen, jedes neue Werk, das Geländewagen herstellt, liefert einen Anlass für solche Proteste. Jeder Kauf eines Autos, einer Heizung oder eines Elektrogerätes, jede Renovierung eines Hauses bietet die Möglichkeit, Flagge für den Klimaschutz zu zeigen. Jede Wahl kann nun auch zu einer Volksabstimmung über die bessere Klimapolitik werden.

#### Anmerkung

- (1) in Zusammenarbeit mit Marissa Beck, Jan Burck, Kristin Gerber, Sven Harmeling, Gerold Kier, Klaus Milke, Hendrik Vygen, Manfred Treber

**Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer der Nord-Süd-Initiative Germanwatch mit Sitz in Bonn und Berlin.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)228 /  
6049217,  
E-Mail:

[bals@germanwatch.org](mailto:bals@germanwatch.org),  
[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



## Transparenz in der Politik

# Den Brüsseler Lobbydschungel lichten

2008 wird ein wichtiges Jahr für die Europäische Transparenzinitiative

**Die Auseinandersetzung mit dem Lobbyismus in Brüssel geht in eine neue Runde. Im Frühjahr will die EU-Kommission ein Lobbyistenregister starten. Die Lobbyisten wehren sich weiter dagegen, ihre Finanzierung offen zu legen. Ob die EU-Kommission erste ernsthafte Schritte zur Eingrenzung des Lobbydschungels gehen will oder ob die Initiative vor allem aus nicht eingelösten Ankündigungen bestehen wird, ist noch offen. ■ VON ULRICH MÜLLER, LOBBYCONTROL**

Im März 2005 hat der EU-Kommissar für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung, Siim Kallas, die European Transparency Initiative (ETI) gestartet, um die Transparenz der EU zu verbessern. Neben der Offenlegung der Agrarsubventionen geht es um stärkere Transparenz- und Verhaltensregeln für Lobbyisten. Die ETI war auch eine Reaktion auf die Kritik an dem wachsenden Einfluss der Konzerne auf die EU. Im Juli 2005 gründeten über 140 NGOs, Gewerkschaften und WissenschaftlerInnen die

europaweite Alliance for Lobby Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU). Das Netzwerk engagiert sich für verbindliche Transparenzregeln für Lobbyisten, für verschärfte ethische Standards wie zum Beispiel eine Karenzzeit für EU-KommissarInnen und ihre MitarbeiterInnen, bevor sie als Lobbyisten arbeiten dürfen, und für das Ende des privilegierten Zugangs einzelner Lobbygruppen.

## Der Brüsseler Lobbydschungel

In Brüssel arbeiten etwa 15.000 Lobbyisten, davon etwa 70 Prozent im Auftrag von Unternehmen und Unternehmensverbänden. Die Wirtschaftslobbyisten sind in Brüssel oft an erster Stelle dabei. Indes haben sie natürlich nicht das Gemeinwohl im Sinn, sondern die Interessen ihrer Auftraggeber. Der Lobbyismus ist von gesellschaftlichen Machtasymmetrien geprägt. So hat allein der Dachverband der Chemielobby, CEFIC, in Brüssel 140 MitarbeiterInnen und damit mehr als die großen Umweltorganisationen zusammen.

Neben den Ressourcenunterschieden gibt es weitere gravierende Probleme: Wirtschaftsnahen Lobbygruppen genießen oft einen bevorzugten Zugang zur EU-Kommission. Das zeigt sich beim Einfluss von Lobbygruppen wie dem European Services Forum auf die Handelspolitik oder an einseitig besetzten Expertengruppen, wie sie vor allem der deutsche Industriekommissar Günter Verheugen gerne einrichtet – etwa Cars 21 oder die High Level Group on Competitiveness, Energy and the Environment. Dazu kommen Verflechtungen wie bei Europaabgeordneten, die als Lobbyisten arbeiten, oder das sogenannte

Drehtür-Phänomen: Finanzstarke Lobbygruppen werben gerne ehemalige EntscheidungsträgerInnen an, um sich durch deren persönliche Kontakte und Insiderwissen strategische Vorteile zu sichern.

Außerdem benutzen Lobbyisten oft fragwürdige Methoden und versuchen, die Namen ihrer Auftraggeber zu verschleiern. Ein Beispiel ist das International Council for Capital Formation (ICCF), eine Scheindenkfabrik, die als Tarnorganisation für Klimaschutzgegner dient. Ihre Adresse in Brüssel ist nur eine Briefkasten-Adresse. De facto betreibt die Lobbyagentur Cabinet Stewart das ICCF, die Finanzierung bleibt im Dunkeln. Klar ist nur, dass die US-amerikanische Mutterorganisation, das American Council for Capital Formation, viel Geld vom Ölgiganten ExxonMobil bekommt. Diese manipulative Strategie sicherte Cabinet Stewart den dritten Preis bei den Worst EU Lobbying Awards 2007<sup>(1)</sup>. Die ersten beiden Plätze besetzten die deutschen Autobauer BMW, Daimler und Porsche für ihre interessen geleitete Panikmache im Kampf gegen CO<sub>2</sub>-Reduktionen von Pkws sowie die europäische Lobbyvereinigung EPACA für ihre intensive Kampagne gegen ein Transparenzregister.

## Der Kampf für Transparenz und gesetzliche Grenzen

Das Beispiel ICCF zeigt, dass effektive Transparenz und Ethikregeln für Lobbyisten in der EU dringend notwendig sind. Im Frühjahr 2008 will die EU-Kommission ein Onlineregister starten, in dem Lobbyistinnen und Lobbyisten ihre KundInnen und Budgets offenlegen sollen. Die Eintra-

### Lobby Planet Brüssel

Die unabhängigen Initiativen LobbyControl und Corporate Europe Observatory haben einen lobbykritischen Stadtführer durch das Brüsseler EU-Viertel erstellt. Der „Lobby Planet Brüssel“ führt auf 36 Seiten in kurzer und lockerer Form durch den Lobbydschungel. Er bewertet den Einfluss der wesentlichen Akteure und zeigt wichtige Lobbybrennpunkte und -kampagnen der letzten Jahre. Das Schlusskapitel beschreibt die aktuelle Debatte in Brüssel und macht Handlungsvorschläge für mehr Transparenz und Demokratie.

► [www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-brussel](http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-brussel)

Das europäische Transparenz-Netzwerk ALTER-EU ist für neue Mitgliedsorganisationen offen und freut sich über weitere Unterzeichner des Forderungskatalogs.

► [www.alter-eu.org](http://www.alter-eu.org)

gung soll für ein Jahr freiwillig sein; dann will die Kommission bewerten, ob der freiwillige Ansatz ausreicht. An das Register soll ein Verhaltenskodex für Lobbyisten gekoppelt sein. Allerdings ist der erste Vorschlag der EU-Kommission von Ende 2007 so schwach, dass er nicht der Rede wert ist.

Das Ziel der Transparenz-Initiative ALTER-EU von NGOs, Gewerkschaften und WissenschaftlerInnen ist ein verpflichtendes Register für alle Lobbyisten mit der Offenlegung von Kunden und Finanzquellen. Freiwillig werden sich viele Lobbyisten nicht am Online-Register der EU beteiligen. Deshalb wird die EU nach Meinung lobbykritischer Organisationen am Ende der einjährigen Testphase das Fazit ziehen, dass der Eintrag in das Register zur Pflicht gemacht werden muss. Das sehen die Lobbyisten voraus und wollen schon im Vorfeld verhindern, dass sie ihre Budgets angeben müssen. Kommissar Kallas beharrt in seinen Äußerungen bislang auf der Offenlegung der Finanzen. Allerdings besteht die Gefahr, dass am Ende die Budgets nur in groben Stufen angegeben werden müssen. Problematisch ist zudem, dass nicht erkennbar ist, ob die EU-Kommission die Arbeit an dem Lobbyistenregister wirklich vorantreibt.

Die Aufgabe der kritischen Zivilgesellschaft wird 2008 deshalb sein, Verwässerungen und Verzögerungen zu verhindern und endlich konkrete Schritte für mehr Transparenz durchzusetzen.

### Das Problem mit der „Drehtür“

Auch das Europäische Parlament berät zurzeit über die ETI und die eigenen Regeln im Umgang mit Lobbyisten. Die Europaabgeordneten sind gefordert, klar Position zu beziehen und Lobbyisten zur umfassenden Offenlegung zu verpflichten. Allerdings gibt es einige Abgeordnete, die selbst zugleich als Lobbyisten tätig sind, wie etwa Elmar Brok (CDU) für Bertelsmann. So kritisiert eine aktuelle Studie<sup>(2)</sup> der EU-Kommission über Verhaltensregeln für Entscheidungsträger in den EU-Institutionen und den Mitgliedsländern besonders das Europaparlament. Auch die fehlenden Regeln gegen den Wechsel von PolitikerInnen in Lobbyjobs („Drehtür“) werden als Problem gesehen. Der EU-Kommission selbst stellt die Studie dagegen ein gutes Zeugnis aus. Allerdings hat die Studie methodische Schwächen: Sie analysiert nur die offiziellen Regeln und keine konkreten Problemfälle und Affären. Zudem wird bei der EU-Kommission

nur auf die KommissarInnen geachtet, nicht auf den gesamten Beamtenapparat. Probleme wie mit Lobbyisten besetzte Expertengruppen tauchen gar nicht auf. Auch an diesen weißen Flecken will das ALTER-EU-Netzwerk ansetzen. So ist eine Studie über den Zugang von Lobbyisten zu den Expertengremien der Kommission in Arbeit. Die Auseinandersetzung um das Lobbyistenregister ist ein wichtiger Teil in dem notwendigen Kampf gegen den Brüsseler Lobbydschungel und für mehr Demokratie und Gemeinwohlorientierung der EU.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.worstlobby.eu](http://www.worstlobby.eu)
- ▶ (2) Regulating Conflicts of Interest for Holders of Public Office in the European Union. Download (331 S., 1,1 MB): [www.euractiv.com/de/pa/article-169085](http://www.euractiv.com/de/pa/article-169085)

**Ulrich Müller ist Vorstandsmitglied von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie in Köln und Mitglied im Leitungskreis der Alliance for Lobby Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU).**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)221 / 1696507,  
E-Mail: [u.mueller@lobbycontrol.de](mailto:u.mueller@lobbycontrol.de),  
[www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## K wie Klimapolitik

Hitzewellen, Überschwemmungen, Tropenstürme: Der Klimawandel ist in vollem Gange. Wir werden ihn nicht mehr aufhalten können – doch wir sollten jetzt alles daran setzen, ihn zu bremsen und seine Folgen zu mildern. Doch wie könnte eine entsprechend umfassende Klimapolitik aussehen? In kurzen, verständlich geschriebenen Beiträgen stellt dieses Buch die neuesten Erkenntnisse, Technologien und Ideen vor.

Hermann E. Ott und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

### Wege aus der Klimafalle

Neue Ziele, neue Allianzen, neue Technologien – was eine zukünftige Klimapolitik leisten muss  
oekom verlag, München 2008, 208 Seiten, 19,90 EUR  
ISBN 978-3-86581-088-5

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)  
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

**oekom**  
verlag

## Informationstechnologie

# Virtueller Umweltschutz

Auch die besten Öko-Labels für Personalcomputer garantieren keine nachhaltige Herstellung

**Seit ein paar Wochen ist der erste „grüne“ PC auf dem Markt, der deutlich weniger Energie verbraucht, deutlich weniger Giftstoffe produziert und fast vollständig recycelbar ist. Das Gerät erhielt zahlreiche Öko-Labels. Wer genau hinsieht, entdeckt dennoch viele Lücken in der Öko- und Sozialbilanz. Ein Anfang ist immerhin gemacht. Damit die Branche wirklich nachhaltig wird, müssen nun Staat und Zivilgesellschaft den Druck erhöhen. ■ VON SARAH BORMANN, WEED**

Der Klimawandel und der Anstieg der Energiepreise könnten zu einem Durchbruch bei der Produktion nachhaltiger Computer führen. Fujitsu Siemens Computers hat im Oktober 2007 das Modell „Scaleo Li“ auf den Markt gebracht: ein „grüner“ Arbeitsplatzcomputer, in dessen Kaufpreis sogar ein Gutschein über Ökostrom enthalten ist. Ähnliche Produkte anderer Hersteller stehen in den Regalen oder sind auf dem Weg dorthin.

Wird hier endlich ein Weg zum ökologisch und auch sozial nachhaltigen Produkt beschritten? Oder handelt es sich um Angebote, die lediglich gutes Gewissen und Schnäppchen geschickt kombinieren?

### Die gesamte Wertschöpfungskette in den Blick nehmen

Die Anforderungen an einen tatsächlich nachhaltigen Personalcomputer (PC) müssen die gesamte Wertschöpfungskette des Produkts umfassen. Dies beginnt mit dem Abbau der für die Herstellung notwendigen Metalle. Ein durchschnittlicher Arbeitsplatzcomputer besteht zur Hälfte aus Metallen wie Kupfer, Zink oder Gold, die in Entwicklungsländern abgebaut werden. Die Gründung und der Ausbau der Minen gehen oftmals mit einer massiven Zerstörung der Umwelt einher. Flüsse werden umgeleitet oder gestaut, Wälder gerodet. Zudem ist der Abbau oftmals von der Verschmutzung der Gewässer und Böden begleitet.

Die eigentliche Produktion findet weltweit in stark zergliederten Zulieferketten statt. Die einzelnen Bauteile wie Stecker, Festplatten und Grafikkarten werden von unterschiedlichen Unternehmen gefertigt

und montiert. Der Produktionsprozess selbst ist ebenfalls ressourcenintensiv, da es insbesondere großer Mengen an Energie und Wasser bedarf. Und obwohl Computerfabriken über keine rauchenden Schornsteine verfügen, treten doch über Abluft und Abwasser toxische Stoffe aus.

Über die Direktbestellung beim Hersteller oder den Einzelhandel gelangen die Geräte in der nächsten Stufe der Wertschöpfungskette an die KundInnen. Die weite Verbreitung von PCs – 60 Prozent der Deutschen verfügen über einen Computer – bringt eine massive Erhöhung des Stromverbrauchs und ein Entsorgungsproblem mit sich. In der Regel wird der PC nur wenige Jahre genutzt. So mancher defekte PC landet später als illegal exportierter Elektroschrott in Entwicklungsländern. Wie schon in der Herstellung verschmutzen beim Recycling erneut giftige Chemikalien Wasser, Böden und Luft.

Diese stark globalisierte Wertschöpfungskette eines PCs, die den gesamten Lebenszyklus in den Blick nimmt,<sup>(1)</sup> ist verbunden mit einer starken ökologischen Belastung durch den Transport von Rohstoffen, Komponenten, Endprodukten und Altgeräten. So werden gerade teure Geräte mit dem Flugzeug transportiert.

### Wie grün ist ein grüner PC?

Auf dem Markt gibt es bereits einige Computer, die Öko-Siegel wie den Blauen Engel tragen. Das deutsch-japanische Unternehmen Fujitsu Siemens Computers entwickelt bereits seit 1993 grüne PCs und bezeichnet sich selbst als in der Branche führend bei der Entwicklung umweltgerechter Produkte. Beim letztjährigen

Öko-Ranking von Greenpeace schneidet das Unternehmen allerdings nicht ganz so glänzend ab. Trotz des neuen Arbeitsplatzcomputers Scaleo Li 2405 Green Edition hat sich seine Position gegenüber dem Vorjahr sogar verschlechtert. Greenpeace hebt positiv hervor, dass der Konzern Bauteile verwendet, in denen keine bromierten Flammschutzmittel enthalten sind. Allerdings hat sich Fujitsu Siemens Computers bislang nicht auf einen vollständigen Ersatz dieser und anderer toxischer Stoffe festgelegt.

In der Presse wird der Scaleo Li, der den internationalen Umweltmanagement-Standard ISO 14001 erfüllt und über zahlreiche Öko-Siegel wie den Blauen Engel, das Nordic Ecolabel, Energy Star 4.0, TCO 99 sowie das firmeneigene Gütesiegel Green Logo verfügt, vor allem wegen seines geringen Energieverbrauchs in der Nutzung gelobt. Darüber hinaus werden bestimmte toxische Stoffe vermieden – so verfügt das Gerät zum Beispiel über eine halogenfreie Hauptplatine (Mainboard), ist geräuscharm und zu 99 Prozent recycelbar. Letzteres setzt allerdings ein hohes Engagement des Nutzers voraus, denn der PC muss zu diesem Zweck nach seiner Nutzung dem firmeneigenen Recyclingwerk zugeführt und nicht wie üblich beim Wertstoffhof abgegeben werden.

Gänzlich unberücksichtigt bleiben bei der Produktion des Scaleo Li – wie auch bei den anderen Produkten des Markenkonzerns – die Umweltschäden, die beim Abbau der verwendeten Rohstoffe entstehen. Zu bezweifeln ist darüber hinaus die Einhaltung der Umweltstandards in den stark zergliederten und globalisierten Zulieferketten. Die direkten Zulieferer von

Fujitsu Siemens Computers unterzeichnen eine Erklärung, in der sie sich verpflichten, die in der EU und anderen Ländern verbotenen toxischen Stoffe wie zum Beispiel Blei zu vermeiden. Darüber hinaus wird ihnen empfohlen, weitere gesetzlich nicht verbotene Stoffe zu ersetzen. Bei einer Verwendung müssen sie diese deklarieren. Die entscheidende Frage ist allerdings, inwiefern es mit einem Papier getan ist. Wer kontrolliert die Einhaltung? Und warum schaffen Unternehmen wie Fujitsu Siemens nicht eine größere Transparenz über ihre Zulieferketten, sodass auch unabhängige Gewerkschaften und Organisationen die Einhaltung überprüfen können?

### „Schadstoffarm“ ist nur das Endprodukt

Neben diesen blinden Flecken in der Ökobilanz der grünen Computer haben die Umweltprobleme in der PC-Produktion auch eine entwicklungspolitische Dimension. Denn die Belastungen sind ungleich verteilt: Die Nutzer sind von der Verwen-

dung toxischer Stoffe in der Computerproduktion kaum, die Anwohner und vor allem die Beschäftigten jedoch sehr stark betroffen. Mit der Verlagerung der Produktion in Entwicklungsländer vor allem Südasiens sind auch die Umweltrisiken auf die Menschen in den ärmeren Ländern verlagert worden. Die Forderung nach einem ökologischen PC muss deshalb um soziale Kriterien ergänzt werden. Zuerst muss das Recht auf Organisation der Beschäftigten durchgesetzt werden. Gewerkschaften können am besten überwachen, ob giftige Stoffe vermieden werden, und sie können auch am wirksamsten die notwendigen Arbeitsschutzmaßnahmen durchsetzen. Bislang weigern sich jedoch die großen Markenkonzerne der Branche, tatsächlich Verantwortung für die gesamte Zulieferkette zu übernehmen.

Die Herstellung grüner PCs zeigt, dass Spielräume dabei bestehen, die Produktion an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Die Erfahrung zeigt allerdings auch, dass Ansätze, die allein auf das freiwillige Han-

deln der Unternehmen warten, in ihrer Wirkung beschränkt sind. Damit nicht nur jene ökologischen Kriterien Verbreitung finden, die sich gut verkaufen lassen, bedarf es der zivilgesellschaftlichen Kontrolle der Konzerne sowie einer sozialen und ökologischen Beschaffung von Computern durch die öffentliche Hand.

### Anmerkung

- (1) Vgl. Zehle, S.; Arndt, L.; Bormann, S.: Unsichtbare Kosten. Ungleiche Verteilung ökologischer Risiken in der globalen Computerindustrie. WEED, Berlin 2007, 48 S., 4,- €, ISBN 978-3-937383-50-7, [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

**Sarah Bormann ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet im Projekt PC global bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung in Berlin.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 /  
27596-888, Fax -928  
E-Mail: [sarah.bormann@weed-online.org](mailto:sarah.bormann@weed-online.org)  
[www.pcglobal.org](http://www.pcglobal.org)



## Ressourcennutzung

# Konsumieren als Stilfrage

Lebensstilforschung und neue Bildungskonzepte sind Schlüssel zur Erhaltung der Lebensgrundlagen

**Nachhaltige Produktions- und Konsummuster sollen den Raubbau an den natürlichen Ressourcen stoppen. Neben den Vereinten Nationen ist die EU hier Vorreiter. Ein Aktionsplan ist in Arbeit. Das vorgelegte EU-Hintergrundpapier lässt noch Fragen offen, die Konsultation läuft. ■ VON CHRISTA LIEDTKE und CAROLIN BAEDEKER, WUPPERTAL INSTITUT**

Die Nutzung der Natur durch den Menschen führt zu einer Reihe von Veränderungen, die zum Teil irreversibel sind. Die jeweiligen Risiken waren zu Zeiten der Sammler und Jäger und der Nomaden überschaubar. Seit der Industrialisierung und Globalisierung nimmt die Nutzung der Natur aber mit großer Geschwindigkeit und mit nicht mehr abschätzbaren Folgen zu. Die Hauptursache für die meisten ökologischen Probleme ist die globale, massenhafte Nutzung der Ressourcen und dass die Preise nicht die ökologische Wahrheit sagen.

Entlastend könnte eine integrierte Res-

ourcen- und Energieeffizienzstrategie in den Bereichen Produktion und Konsum wirken, die Lebensqualität und Wohlstand sichert sowie das Klima und die Natur schont. Nachhaltig kann nur sein, was global und lokal umwelt-, sozial- und individualverträglich ist. Nur so können irreversible Schädigungen des Ökosystems, Ressourcenkonflikte wie auch soziale Konflikte vermieden werden.

Global werden nachhaltige Produktions- und Konsummuster schwerpunktmäßig von den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen behandelt, etwa von der Commission on Sustainable

Development (CSD) oder dem Umweltprogramm UNEP. Hinzu kommen weitere internationale Organisationen wie die OECD.

Auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg widmeten die Staats- und Regierungschefs nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern ein eigenes Kapitel in dem beschlossenen Umsetzungsprogramm. Darin hoben sie wichtige methodische Ansätze hervor: Monitoring, Lebenszyklusanalyse, Ökoeffizienzprogramme, Indikatoren, zielgruppenspezifische Information und Aufklärung. Um das Zehnjahresprogramm

von Johannesburg umzusetzen, fanden sich im Jahr 2003 internationale Experten bei einem UN-Treffen im marokkanischen Marrakesch zusammen. Seitdem gibt es den „Marrakesch-Prozess“, den UNEP und die UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten (UN-DESA) koordinieren. Ebenfalls 2003 beschloss ein EU-Gipfel, dass nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster eine Kernaufgabe der europäischen Politik werden sollen.

### Checkpoints für die EU-Strategien

In diesem Jahr nun will die EU-Kommission einen Aktionsplan „Nachhaltiges Konsumieren und Produzieren“ starten. Zur Vorbereitung hat sie 2007 ein Hintergrundpapier<sup>(1)</sup> mit Maßnahmen für nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen veröffentlicht. Das Papier fand viel Beachtung, benennt es doch Schlüsselfaktoren und mögliche Messgrößen. Allerdings könnten einige Stellschrauben genauer ausgeführt werden; andere, die ebenfalls vordringlich wären, fehlen. Die folgenden Punkte sollten im Konsultationsprozess in jedem Fall vertiefend diskutiert werden.

### Vorsorge ist besser als Nachsorge

In vielen Bereichen fehlen konkrete Ziele. Beispielsweise könnten 1,8 Hektar Flächenverbrauch pro Person und vier bis fünf Tonnen nicht erneuerbare Ressourcen pro Person und Jahr als Ziel definiert werden. Um das auch kontrollieren zu können, muss eine Datenbasis geschaffen werden. Außerdem müssen die unterschiedlichen Interessengruppen bei der Entwicklung von Umsetzungsstrategien einbezogen werden. Hilfreich wären ein umfassendes Ressourcenmanagement, ressourceneffiziente Produktgestaltung, die Nutzung dematerialisierender neuer Technologien, die Optimierung der Nutzungsphase, die Entwicklung innovativer Produkt-Dienstleistungssysteme, technische Aus- und Weiterbildung, angepasste Finanzierungsprodukte wie Kredite oder Versicherungspolicen sowie eine auf Ressourceneffizienz ausgerichtete öffentliche Beschaffung.

### Bildung als Grundlage für nachhaltige Produktions- und Konsummuster

Bildung und Qualifizierung sind zentral für die Umsetzung von Ressourceneffizienzstrategien. So sollten Konzepte für alle Bildungsbereiche entwickelt werden, die ein integriertes Lernen mit systemischem Denken und sozialer, methodischer und fachlicher Kompetenzentwicklung verbinden. Dies kann gemeinsam mit Akteuren der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ erfolgen.

### Maß halten statt Massen verschwenden

Ein verminderter Ressourcenverbrauch pro Kopf vermindert einen Boomerang-Effekt: Effizienzgewinne in der Produktion werden häufig durch verstärkten Konsum wieder zunichte gemacht. Was sind gute, auf Genuss ausgerichtete, ressourceneffiziente und nachhaltige Lebensweisen? Hier liegen riesige Potenziale. Doch es fehlt an Forschung und systemisch orientierten Lösungsstrategien. International und in der EU haben sich unter dem Begriff SCP Policies<sup>(2)</sup> Strategien etabliert, die Unternehmen, Haushalte und Konsumenten zu nachhaltigerem Handeln anreizen sollen.

### Politik von unten und oben verbinden

Wir brauchen einen Politikansatz, der nicht nur die einzelnen Ressorts, sondern auch die verschiedenen politischen Ebenen integriert. Um nachhaltige Leitmärkte und -produkte zu entwickeln, benötigt man die einzelnen Akteure genauso wie passende Rahmenbedingungen. Das setzt ein hohes Potenzial an bürgerschaftlichem und unternehmerischem Engagement voraus. Prozesse und entsprechende Managementsysteme sind für SCP und ähnliche Bereiche noch nicht vorhanden. SCP Policies meint auch einen Mix von ergebnis- und ziel(gruppen)orientierten Instrumenten, die sowohl Impulsprogramme zur Steigerung der Materialeffizienz in Unternehmen umfassen können als auch Informationskampagnen für Konsumenten, Diffusions-, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie Innovationsförderung, Qualifizie-

rungsinstrumente und regulatorische und fiskalpolitische Instrumente.

### Nachsorge ist oft teuer, aber notwendig

Klimaschutzstrategien umfassen auch Nachsorge. Auch müssen dort, wo das Klima bereits Schäden hervorgerufen hat, Anpassungsstrategien entwickelt werden. Moderne „End-of-pipe“-Technologien sind hierfür zu entwickeln und einzusetzen, möglichst ohne zusätzliche Ressourcenströme zu verursachen. Letztlich bleibt eine Reihe von Fragen offen. Wie werden etwa nachfolgende Generationen bei möglicherweise sinkender Weltbevölkerungszahl ab 2050 mit den vorhandenen Infrastrukturen umgehen? Was können SCP-Strategien hierbei leisten?

### Fazit

Bildung auf allen Ebenen und die Forschung über Lebensstile und Produktions- und Konsummuster sind von zentraler Bedeutung. Sehr wichtig ist auch die Verbindung zu den globalen Strategien: die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele, die Halbierung der globalen Stoffströme und schließlich der Marrakesch-Prozess.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.ec.europa.eu/environment/eussd/escp\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/eussd/escp_en.htm) (Public consultation – background document)
- ▶ (2) SCP steht für Sustainable Consumption and Production.

**Dr. Christa Liedtke ist Biologin und arbeitet seit 1993 am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Sie leitet die Forschungsgruppe Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren.**



**Carolyn Baedeker ist ihre Stellvertreterin. Die Geografin ist seit 1998 am Wuppertal Institut tätig.**



**Kontakt:  
Tel. +49 (0)202 / 2492-244,  
E-Mail: [christa.liedtke@wupperinst.org](mailto:christa.liedtke@wupperinst.org)  
[www.wupperinst.org](http://www.wupperinst.org)**



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

EU-Abfallrahmenrichtlinie**Der Müll soll brennen**

■ Am 21. Dezember hat sich der EU-Umweltministerrat auf einen „Gemeinsamen Standpunkt“ bei der Abfallrahmenrichtlinie geeinigt. Nur Italien enthielt sich. Über das Ergebnis ist das Europäische Umweltbüro (EEB) „höchst besorgt“. Für das EEB fehlt in der Position des Rates die Betonung von Abfallvermeidung und Recycling sowie klare Ziele dafür, während die Förderung von Abfallverbrennung durchaus vorhanden sei. Der Gemeinsame Standpunkt gebe den Mitgliedstaaten viel Raum für eigene Auslegungen der Abfallhierarchie. Diese nennt bisher Vermeidung als oberste Priorität und Verbrennung und Deponierung als letzte Möglichkeit.

Darüber hinaus soll die Verbrennung von Müll laut EEB zur „Wiederverwertung“ werden, wenn durch Energierückgewinnung eine bestimmte Effizienz erreicht wird. In den nächsten Monaten wird sich das EU-Parlament äußern – Anfang April der Unterausschuss und Mitte Juni das Plenum. [jg]

- ▶ EEB, Nathalie Cliquot, Tel. +32 (0)2 / 2891090, E-Mail: [nathalie.cliquot@eeb.org](mailto:nathalie.cliquot@eeb.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/mitentscheidung](http://www.kurzlink.de/mitentscheidung)

Abfallpolitik**Tote Dose nur in Deutschland**

■ Fünf Jahre nach Einführung des Einwegpfandes in Deutschland ziehen Umweltverbände eine gemischte Bilanz. Zwar hat sich der Marktanteil von Dosen als Getränkeverpackung in Deutschland stark verringert, europaweit wächst der Absatz allerdings gewaltig und trotz Pfandes werden mehr und mehr Getränke in Einwegverpackungen verkauft. Immerhin würden durch das Rückgabesystem tatsächlich viele Verpackungen zurückgebracht und könn-

ten so besser recycelt werden, so die Bilanz der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Doch der Anteil an Mehrwegflaschen nehme – bis auf Bierflaschen, wo der Anteil rund 90 Prozent betrage – eher ab. Die Dose aber sei von den VerbraucherInnen nicht mehr gewollt, so die DUH. [jg]

- ▶ DUH, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, Fax -77, E-Mail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de), [www.duh.de](http://www.duh.de)

EU-Chemiepolitik**Chemikalienagentur am Start**

■ Seit Ende letzten Jahres ist der Belgier Geert Dancet für fünf Jahre erster Verwaltungsdirektor der EU-Chemikalienagentur ECHA in Helsinki. Der ECHA-Verwaltungsrat beschloss außerdem das Budget und die Mitarbeiterzahl für 2008. Für den wichtigen Risikobewertungsausschuss wurden 27 VertreterInnen aus den EU-Mitgliedstaaten bestimmt. Für Deutschland sitzen Norbert Rupprich von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Agnes Schulte vom Bundesinstitut für Risikobewertung und Hans-Christian Stolzenberg vom Umweltbundesamt im neuen Gremium. Im Februar soll der Ausschuss für sozio-ökonomische Analysen besetzt werden. Das ECHA-Budget für 2008 ist auf 66 Millionen Euro angesetzt – davon rund vier Millionen aus den Registrierungsgebühren, die Unternehmen für ihre chemischen Substanzen zahlen müssen. Bis Ende 2008 soll die Zahl der ECHA-MitarbeiterInnen von 101 auf 220 ansteigen. [jg]

- ▶ [www.echa.europa.eu](http://www.echa.europa.eu)

Gefährliche Chemikalien**Schwarze Liste wird länger**

■ Zu den zwölf beziehungsweise 13 weltweit bereits verbotenen oder stark reglementierten Chemikalien nach dem Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POPs-

Konvention) sollen künftig fünf weitere hinzukommen. Das hat der zuständige Ausschuss Ende November in Genf formal empfohlen. Die Insektizide Chlordecon und Lindan sowie die Flammschutzmittel Penta-BDE und Hexabrombiphenyl sollen verboten werden. Das Gremium schlug außerdem eine ganze Chemikaliengruppe für die Verbotsliste vor: Perfluoroctansulfonate (PFOS). Allerdings ist noch nicht klar, ob diese Substanzen weltweit völlig verboten oder für „akzeptable Zwecke“ – wie DDT bei der Malariabekämpfung – stark reglementiert werden sollen. In der EU sind PFOS schon ab Juni 2008 verboten. Weitere Stoffe stehen auf der Warteliste für eine Verbotsentscheidung. [jg]

- ▶ Bericht über das Genfer UN-POPs-Treffen: [www.iisd.ca/chemical/pops/poprc3](http://www.iisd.ca/chemical/pops/poprc3)

Luftschadstoffe**Grenz(wert)überschreitend**

■ Dreizehn EU-Staaten werden Schwierigkeiten haben, alle bindenden Emissionsgrenzwerte in der sogenannten NEC-Richtlinie bis 2010 zu erreichen. Das ist das Ergebnis eines Berichtes der Europäischen Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen, in dem es um die Umsetzung der aus dem Jahr 2001 stammenden Richtlinie über nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Luftschadstoffe geht. Die Richtlinie legt nationale Emissionshöchstgrenzen für vier Luftschadstoffe fest – Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>), Stickstoffoxide (NO<sub>x</sub>), flüchtige organische Verbindungen (VOC) und Ammoniak (NH<sub>3</sub>). Die Mitgliedstaaten haben Berichtspflichten, für die es aber keine einheitlichen Vorschriften gibt. Deutschland, Österreich und elf weitere EU-Staaten schätzen, dass sie mindestens bei einem Schadstoff die Obergrenze überschreiten. In Deutschland werden vermutlich die Grenzwerte für Stickstoffoxide und für Ammoniak überschritten.

Der EEA-Bericht basiert auf der Datengrundlage von 2006. Ein Ergebnis ist, dass die Stickstoffemissionen für die Staaten am schwersten zu drosseln sind. Elf Staaten ▶

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## N wie Nutzungsstrategien

Aus Alt mach Neu, aus Mein wird auch Dein: „ReUse-Computer“, „ecomobel“ und „Carsharing“ sind Beispiele für neue Nutzungsstrategien, die im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunktes entwickelt, getestet und auf ihre Tauglichkeit für die Etablierung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster hin bewertet wurden. Das Buch stellt die einzelnen Projekte und ihre Ergebnisse vor.

V. Rabelt, K.-H. Simon, I. Weller,  
A. Heimerl (Hrsg.)  
**nachhaltiger\_nutzen**  
Möglichkeiten und Grenzen  
neuer Nutzungsstrategien  
oekom verlag, München 2007, 317 Seiten  
29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-024-3

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
oekom@de.rhenus.com  
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

**oekom**  
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

schätzen, dass sie ohne Zusatzmaßnahmen ihre Höchstwerte überschreiten werden. Die anderen drei Luftschadstoffobergrenzen scheinen eher erreichbar zu sein. Da aber die Datenübermittlung unvollständig sei, so die EEA, sei es sehr schwer, sich ein komplettes Bild von der EU oder auch von einzelnen Staaten zu machen. [jg]

► EEA-Bericht: [http://reports.eea.europa.eu/technical\\_report\\_2007\\_15/en](http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2007_15/en)

### Luftemissionen

## Todesfälle an Schiffsrouten

■ Eine Studie der Universität Delaware in den USA hat errechnet, dass in Europa jährlich 27.000 Todesfälle auf die giftigen Emissionen von Schiffsabgasen zurückgehen. Je schwefelhaltiger das als Treibstoff verwendete Schweröl sei, umso höher sei die Zahl der für Herz- und Lungenerkrankungen verantwortlichen schädlichen Partikel bei der Verbrennung.

Aber auch Stickoxide vergiften die Umwelt. Die Helsinki-Kommission (Helcom) für den Ostseeschutz forderte im Januar von der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO, sich bei den Verhandlungen über Grenzwerte nach der Marpol-Konvention für geringere Stickstoff- und Schwefelemissionen einzusetzen. Zwar gelten auf Nord- und Ostsee bereits geringere Schwefelwerte als für andere Meere (1,5 statt 4,5 Prozent). Aber hoher Stickstoffausstoß führt regelmäßig zu massenhaften, teils giftigen Algenblüten. Helcom fordert die Reduzierung der Stickstoffemissionen von Schiffen auf ein Fünftel.

Umwelt- und Gesundheitsverbände fordern seit Langem sauberere Schiffe. In Schweden haben sich international tätige Konzerne zu einem „Clean Shipping Projekt“ zusammengeschlossen und Kriterien für Schiffstypen entwickelt. Auf international verbindliche Grenzwerte konnte man sich bei der IMO aber bislang nicht einigen. Die verwendeten Abfälle aus Ölraffinerien dürfen weiter verfeuert werden. [jg]

► [www.cleanshippingproject.se](http://www.cleanshippingproject.se), [www.helcom.fi](http://www.helcom.fi)

### Quecksilberverbot in Norwegen

## Signalwirkung für die EU?

■ Zum Jahresbeginn hat Norwegen die Einfuhr, Ausfuhr und Herstellung von Quecksilber verboten. Betroffen sind auch Quecksilberverbindungen sowie Produkte, die das flüssige Schwermetall enthalten. Ausgenommen bleiben unter anderem Kohle mit einem natürlichen Quecksilbergehalt sowie bestimmte Elektroartikel. Amalgamfüllungen für Zähne sind dagegen ausdrücklich nicht mehr erlaubt. Umweltminister Erik Solheim sprach von einem „wichtigen Signal an die EU“. Quecksilber breite sich weiträumig aus und reichere sich in der Nahrungskette an. Vor allem Kinder seien gefährdet. Das Ministerium warnte auch schwangere Frauen davor, besonders belastete Fische zu verzehren.

In der EU ist ein Quecksilberverbot noch in der Diskussion. Nach einem Beschluss der Umweltminister zeichnet sich ab, dass es weniger umfassend als in Norwegen ausfallen wird. [fn]

► Norwegisches Umweltministerium (engl.): [www.tinyurl.com/2cnvkb](http://www.tinyurl.com/2cnvkb)

### Feinstaub

## EU straft Kommunen später

■ Das Europäische Parlament hat am 11. Dezember beschlossen, Städte und Gemeinden erst ab 2011 zur Kasse zu bitten, wenn dort die Obergrenzen für die Feinstaubbelastung überschritten werden. Allerdings wird der Aufschub nur dann gewährt, wenn die kommunalen Verantwortlichen nachweisen können, dass sie bereits etwas zum Schutz der BürgerInnen gegen die gesundheitsschädlichen Partikel unternommen haben. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben in Europa pro Jahr mehr als 300.000 Menschen durch Feinstaub. In Deutschland entschied im September das Bundesverwaltungsgericht, dass Anwohner von stark luftverschmutzten Straßen das „Recht auf saubere Luft“ einklagen können. Das EU-Parlament stimmte außerdem

einer Einigung über neue Grenzwerte für kleinste Feinstaubpartikel zu: 2010 gilt ein Zielwert von 25 Mikrogramm ( $PM_{2,5}$ ) pro Kubikmeter Luft; 2015 werden 25 Mikrogramm zum verbindlichen Grenzwert; 2020 soll dieser auf 20 Mikrogramm herabgesetzt werden. Dies soll 2013 noch einmal überprüft werden.

Die EU-UmweltministerInnen müssen dem Maßnahmenpaket noch zustimmen. Dann kann die neue Feinstaubrichtlinie im Sommer 2008 in Kraft treten. [mbu]

► [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

### Nanotech-Moratorium

## Partikel sollen abbaubar sein

■ Zum ersten Mal gibt es jetzt ein freiwilliges Teilmoratorium für Substanzen, die mit Nanotechnologie hergestellt worden sind und als Transportsysteme in Medikamenten und Kosmetika genutzt werden. Das Öko-Institut hatte eine Risiko-Nutzen-Analyse erstellt und vor dem Einsatz nicht abbaubarer Nanopartikel gewarnt.

Mit den sogenannten Nano-Delivery-Systemen können Wirkstoffe leichter an ihren Zielort transportiert werden. Teilweise können sie aber auch leichter die Blut-Hirn-Schranke überwinden. Ob sie dort tatsächlich Gesundheitsschäden verursachen, müsse aber jeweils getestet werden, da Nanomaterialien höchst unterschiedlich seien, so das Institut. Abbaubare Substanzen, die der Körper zerlegen und ausscheiden kann, seien dagegen weniger problematisch. Zusammen mit dem Österreichischen Ökologie-Institut und der Schweizer Stiftung Risiko-Dialog empfahl das Öko-Institut, die Sicherheitsforschung auszubauen und auf nicht abbaubare Nanopartikel zu verzichten, bis Ergebnisse vorliegen. Die Unternehmen Ciba und Novartis wollen dieser Empfehlung des von ihnen mitgetragenen Risikodialogs „zum jetzigen Zeitpunkt“ folgen. [jg]

► Öko-Institut, Martin Möller, Freiburg, Tel. +49(0) 761 / 45295-56, [www.oeko.de](http://www.oeko.de), Studie: [www.oeko.de/oekodoc/674/2007-182-de.pdf](http://www.oeko.de/oekodoc/674/2007-182-de.pdf)

### Industrielle Emissionen

## Strenge Auflagen für Anlagen

■ Die EU-Kommission hat eine Revision der IVU-Richtlinie (über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) mit strengeren und umfassenderen Regelungen vorgeschlagen. Die bestehenden Rechtsvorschriften schätzt sie selbst als „nicht strikt genug“ ein. Zahlreiche Mitgliedstaaten haben außerdem die Frist zur Umsetzung der jetzt geltenden IVU-Richtlinie Ende Oktober 2007 versäumt. Mit den neuen Vorschriften sollen in ähnliche Bereiche fallende Richtlinien miteinander verknüpft und die Betreiber großer Anlagen dazu gebracht werden, die beste verfügbare Technik anzuwenden. Außerdem sollen die Vorschriften auch für mittelgroße Feuerungsanlagen gelten. Sie enthalten darüber hinaus Mindeststandards für Umweltinspektionen.

Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB) und Acid Rain begrüßten die Vorschläge. Sie lobten auch, dass die ursprünglich vorgesehene Einführung eines Emissionshandelssystems für Schwefeldioxid und Stickoxide gestrichen. [jg]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (IP/07/1985)  
 ► EEB, Catherine Ganzleben, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891094, E-Mail: [catherine.ganzleben@eeb.org](mailto:catherine.ganzleben@eeb.org)

### Steinkohlekraftwerk

## Giftschleuder bedroht Ostsee

■ Das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin in Vorpommern wird bis zu 1.100 Kilogramm Quecksilber im Jahr ausstoßen. Die Quecksilbereinträge Deutschlands in die Ostsee würden mit dem Bau der Anlage bei Greifswald um das 17-Fache zunehmen. Dies geht aus einem Gutachten des Ökopol-Instituts hervor, dass der WWF in Auftrag gegeben hat. Der WWF bezeichnete die Anlage als „Gefahr für Mensch und Natur“. Der Bau verletze mehrere internationale Umweltabkommen. Die Bundesregierung habe sich im Ostseeabkommen Helcom verpflichtet, den Quecksilberausstoß zu verringern. Wenn Deutschland

nun ein Vielfaches des Umweltgiftes in die Ostsee einleite, sei dies ein „handfester Skandal“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff haben sich für die Pläne des dänischen Investors Dong Energy ausgesprochen. Tourismusverbände und Anwohner protestieren dagegen. Der Bau ist auch in Dänemark umstritten, wo neue Kohlekraftwerke verboten sind.

Ökopol-Gutachter Christian Tebert sagte, das Kraftwerk entspreche nicht dem Stand der Technik. Außer Quecksilber würden große Mengen Cadmium, Dioxin, Staub und Stickstoff freigesetzt. Die Luft in Lubmin genüge dann nicht mehr den Ansprüchen eines Seebades. [fn]

► WWF, Ostsee-Experte Cathrin Münster, Tel. +49 (0)162 / 29144-74, [www.wwf.de](http://www.wwf.de)  
 ► [www.kein-kohlekraftwerk-lubmin.de](http://www.kein-kohlekraftwerk-lubmin.de)

### Kleinf Feuerungsanlagen

## Gefilterte Kamin-Idylle

■ Das Bundesumweltministerium will Feinstaub auch aus kleineren Feuerungsanlagen reduzieren und hat deshalb bereits im November eine Novellierung der 1. Bundesimmissionschutzverordnung (BImSchV) angekündigt. Seitdem gibt es Unruhe unter Herstellern und Kaminbesitzern. Der vorliegende Entwurf sieht erstmals Grenzwerte für Feinstaub und Kohlenmonoxid vor, die für Heizungsanlagen in Betrieben und für Einzelraumfeuerungsanlagen wie Kaminöfen oder Kachelöfen gelten sollen. Die novellierte Verordnung soll alle Anlagen ab vier Kilowatt einbeziehen, alte Anlagen sollen mit Filtern nachgerüstet werden. Der Zeitplan für eine Nachrüstung beginnt allerdings für die ältesten Anlagen erst 2014. Ab 1995 errichtete Anlagen sollen Ende 2024 die Grenzwerte einhalten oder nachgerüstet werden.

In Deutschland stehen rund 30 Millionen Kleinf Feuerungsanlagen, zur Hälfte Öl- und Gasheizungen und zur anderen Hälfte Holzfeuerungsanlagen. ExpertInnen rech-

nen mit einer wachsenden Feinstaubbelastung aus Kaminen, da aus Kostengründen zunehmend mit Holz geheizt wird. Der Entwurf zur Novelle wird in diesem Monat dem Kabinett zugeleitet. Dann äußern sich Bundestag und Bundesrat. [jg]

► [www.bmu.de/luftreinhaltung](http://www.bmu.de/luftreinhaltung) (26.11.)

## KLIMA & ENERGIE

### Emissionshandel

## Schonzeit für den Flugverkehr

■ Der EU-Umweltministerrat hat in erster Lesung beschlossen, dass der Flugverkehr ab 2012 am europäischen Emissionshandel teilnehmen soll. Alle Flüge von und zu Zielen in und außerhalb Europas sollen erfasst werden. Die Fluglinien sollen Emissionsrechte in Höhe der durchschnittlichen Werte der Jahre 2004-2006 erhalten, 90 Prozent davon kostenlos. Nur zehn Prozent sollen versteigert werden. Eine stärkere Gewichtung der Flugzeugemissionen wegen der größeren Klimaschädlichkeit in höheren Luftschichten lehnten die Minister ab. Auch soll es keine Vorschriften darüber geben, welche Einsparungen die Fluglinien selbst erbringen müssen. Theoretisch könnten sie also sämtliche Zertifikate zukaufen. Damit übernahm der Rat weitgehend den Vorschlag der EU-Kommission. Umweltverbände und das EU-Parlament kritisierten die Regeln als deutlich zu schwach (siehe Kommentar).

Das Parlament hatte bei seiner ersten Lesung im November in fast allen Detailfragen strengere Regeln gefordert. So sollten 25 Prozent der Zertifikate versteigert, der Handel ein Jahr früher begonnen und die Flugzeugemissionen mit dem Faktor zwei multipliziert werden. Der zuständige Berichterstatter Peter Liese (CDU) erklärte dann auch, das Parlament werde dem schwachen Ratsvorschlag nicht zustimmen.

Die Umweltorganisation Transport & Environment rechnete derweil vor, dass

Europas Flugindustrie nach den Vorstellungen des Rates dauerhaft 90 Prozent mehr Emissionen ausstoßen dürfe als 1990 – während die EU sich insgesamt zu einer Reduktion um acht Prozent verpflichtet hat. Ob der Emissionshandel im Flugverkehr eine ökologische Lenkungswirkung hat, ist noch unklar. Studien rechnen damit, dass ein innereuropäischer Flug nur 20 bis 30 Euro teurer würde. [ms]

- Ratsprotokoll: [www.kurzlink.de/urat-21122007](http://www.kurzlink.de/urat-21122007)
- [www.transportenvironment.org](http://www.transportenvironment.org)
- EU-Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/mitentscheidung](http://www.kurzlink.de/mitentscheidung)

## Als Bettvorleger gestartet

Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet? Nein, die Klimapolitik der EU hat das Tigerstadium leider ausgelassen. Der Flugverkehr soll im nächsten Jahrzehnt in das Europäische Emissionshandelssystem ETS einbezogen werden. Dies ist das politisch am ehesten durchsetzbare, gleichzeitig aber schwächste Mittel, um den Flugverkehr für die von ihm verursachten Klimaschäden zur Verantwortung zu ziehen. Emissionshandel ersetzt keine Kerosinsteuer, denn die ist allein schon für die steuerliche Gleichbehandlung der verschiedenen Verkehrsträger notwendig.

Im November hat das Europäische Parlament über den Entwurf der EU-Kommission abgestimmt und sich weitgehend der Stellungnahme seines Umweltausschusses angeschlossen. Insbesondere stimmten die ParlamentarierInnen mit großer Mehrheit dafür, die Kohlendioxidemissionen von Flugzeugen mit dem Faktor zwei zu multiplizieren, um so der besonders großen Klimaschädlichkeit dieser Abgase Rechnung zu tragen. Tatsächlich wirken Kohlendioxid, Stickoxide und Wasserstoff klimaerwärmend. Ihr Einfluss auf die Atmosphäre wird in unterschiedlichen Zeiträumen wirksam, außerdem muss die Flughöhe berücksichtigt werden. Die beste wissenschaftliche Annäherung empfiehlt, die Kohlendioxidemissionen mit dem Faktor 2,7 zu multiplizieren, um die tatsächliche Erwärmungswirkung von Flugzeugabgasen darzustellen.

### Klimaschutzmaßnahmen

## Neue EU-Gesetze am Start

■ Ende Januar hat die EU-Kommission eine Reihe von energie- und klimapolitischen Gesetzen vorgeschlagen. Darunter sind eine Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie, ein Konzept für die Verteilung der Emissionsreduktionsmengen aus dem Kyoto-Protokoll unter den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, Vorschläge, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent bis 2020 möglich werden soll, Kriterien für die Biokraftstoffnutzung und Regelungen für CO<sub>2</sub>-Speichertechno-

Zum Faktor 2,7 ließen sich Umweltausschuss und Parlament von den Umweltverbänden nicht bewegen. Trotzdem wäre es ein Novum und ein Erfolg, wenn bei der Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel überhaupt ein Multiplikator für die Kohlendioxidemissionen eingeführt würde. Ohne diesen Faktor werden die Klimaschäden nicht gemindert und Luftfahrtgesellschaften können Zertifikate weniger schädlicher Emittenten dazukaufen.

Doch der EU-Ministerrat, in dem die Mitgliedstaaten ihre Interessen vertreten, stimmte den Vorschlägen des Parlaments nicht zu. Damit ist die Chance vertan, das einzige klimapolitische Gesetzesvorhaben der EU im „Klimajahr 2007“ unter Dach und Fach zu bringen. Der deutsche Vertreter im Ministerrat, Umweltminister Sigmar Gabriel, sieht zwar wie die Umweltverbände die Gefahr, dass die stark steigenden Emissionen des Flugverkehrs und ihre besondere Klimaschädlichkeit die Anstrengungen in anderen Bereichen zunichtemachen. Doch die neue Zauberformel in Berlin und Brüssel ist eine eigene Gesetzgebung für Stickoxidemissionen statt eines Kohlendioxidfaktors im Emissionshandel. Das verschiebt für die Fluggesellschaften die Anrechnung ihrer Klimaschäden auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

[Kommentar: Monika Lege, Robin Wood]

► Kontakt: E-Mail: [verkehr@robinwood.de](mailto:verkehr@robinwood.de)

logien in Kohlekraftwerken. Bis Redaktionsschluss lagen nur inoffizielle Entwürfe vor. In der nächsten Ausgabe wird darüber ausführlich berichtet. [ms]

#### Pkw-Emissionen

### EU vergält Freude am Fahren

■ Die EU-Kommission hat den lange erwarteten Vorschlag für eine Richtlinie zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Pkw vorgelegt. Damit sollen die durchschnittlichen Emissionen bis 2012 um 19 Prozent auf 130 Gramm pro Kilometer gesenkt werden. Für die Hersteller gelten dabei unterschiedliche Ziele, die auf der Basis des Gewichts berechnet werden. Schwere Fahrzeuge sollen ihre Emissionen stärker reduzieren als leichte, müssen aber nicht dasselbe Niveau erreichen. Verfehlt ein Hersteller sein Ziel, muss er 2012 eine Strafe von 20 Euro pro Gramm zahlen, 2015 bis zu 95 Euro. Eine längerfristige Zielvorgabe für 2020 nahm die Kommission nicht in den Vorschlag auf.

Umweltverbände zeigten sich enttäuscht von dem Entwurf. Der europäische Verkehrsverband Transport & Environment kritisierte, dass das ursprüngliche Ziel von 120 Gramm pro Kilometer fallen gelassen wurde und es kein Ziel für 2020 geben soll. Die Deutsche Umwelthilfe hält die Berechnung auf Gewichtsbasis für ein „fatales Signal“ gegen leichtere Autos. Die Unterstützung aus Berlin für die deutschen Autobauer sei ein „klimapolitischer Salto mortale“. BMW sieht in dem Kommissionsvorschlag dagegen eine Bevorzugung kleinerer Autos. Die Firma Peugeot, deren Fahrzeuge relativ gute Emissionswerte aufweisen, nannte den Vorschlag „anti-ökologisch“ und „anti-sozial“.

Der Gesetzesvorschlag wird 2008 im EU-Ministerrat und im Parlament beraten. Im Februar will die Kommission zudem einen Vorschlag vorlegen, wie bei Autos weitere zehn Prozent CO<sub>2</sub> mit zusätzlichen Maßnahmen einzusparen sind. [ms]

- ▶ Vorschlag: [www.kurzlink.de/eu-kom-co2](http://www.kurzlink.de/eu-kom-co2)
- ▶ Verfahren: [www.kurzlink.de/mitentscheidung](http://www.kurzlink.de/mitentscheidung)

#### Kyoto-Protokoll

### Erste Verpflichtungsperiode

■ Seit Anfang des Jahres läuft die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Bis 2012 müssen die derzeit 36 Industriestaaten, die das Protokoll ratifiziert haben, ihre Emissionen im Schnitt um fünf Prozent senken. Anderenfalls stehen sie in der folgenden Periode vor umso härteren Einsparzielen und es droht ein Ausschluss von den „flexiblen Mechanismen“, die die Anrechnung von Emissionssenkungen im Ausland ermöglichen. Innerhalb der EU hat der Emissionshandel bereits eine Probephase seit 2005 durchlaufen. Jetzt können auch Länder wie Japan oder Neuseeland in den Handel einsteigen. [ms]

- ▶ Klimasekretariat der UN: [www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

#### EU-Energieeffizienz

### Gebäudesektor im Rückstand

■ Die Umsetzung des EU-Aktionsplans für Energieeffizienz verläuft in den meisten Mitgliedstaaten schleppend. Besonders im Gebäudebereich gibt es großen Nachholbedarf. Zu diesem Ergebnis kommt eine umfangreiche Studie der britischen Royal Institution of Chartered Surveyors im Auftrag der EU-Kommission. Grund für die Verzögerungen sind laut Studie vor allem die realen und die vermuteten Kosten, mangelnde technische Fertigkeiten, fehlende öffentliche Akzeptanz und sich widersprechende nationale Regelungen.

Lediglich sieben Mitgliedstaaten haben die Gebäudeeffizienzrichtlinie bisher in nationales Recht umgesetzt. Einer davon ist Deutschland, das die Richtlinie in der Energieeinsparverordnung (ENEV) implementiert hat. Gegen viele andere EU-Staaten hat die Kommission inzwischen Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Der EU-Aktionsplan für Energieeffizienz war im Herbst 2006 verabschiedet worden. Die Mitgliedstaaten einigten sich darin auf verschiedene Maßnahmen, mit denen eine Steigerung der Effizienz um 20 Prozent bis 2020 erreicht werden soll.

#### soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 17 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 18,- (für Studierende € 13,-).

#### Kostenloses Probeabonnement!

#### Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

#### soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



#### Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274

E-mail: [waechter-r@ifz.tugraz.at](mailto:waechter-r@ifz.tugraz.at)

Web: [www.ifz.tugraz.at/sote](http://www.ifz.tugraz.at/sote)

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## R wie Risiko-Management

Ob Terrorismus, Nanotechnologie oder Klimawandel – Risiken werden häufig entweder verharmlost oder dramatisiert. Doch welche Risiken birgt die moderne Welt wirklich? Im ersten deutschen Standardwerk zu Risikoanalyse, -wahrnehmung und -management erklären der renommierte Risikoforscher Ortwin Renn und Mitautor(inn)en, wie die Gesellschaft Risiken erfassen und ihnen adäquat begegnen kann.

O. Renn, P.-J. Schweizer, M. Dreyer, A. Klinke  
**Risiko**  
 Über den gesellschaftlichen Umgang mit Unsicherheit  
 oekom verlag, München 2007, 271 Seiten  
 24,80 EUR, ISBN 978-3-86581-067-0

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)  
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

**oekom**  
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Eine Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG) wird als vorrangige Maßnahme eingestuft, da hier ein enormes Effizienzpotenzial erwartet wird. [ms]

- ▶ Aktionsplan Energieeffizienz:  
[www.kurzlink.de/eu-kom-apeffizienz](http://www.kurzlink.de/eu-kom-apeffizienz)
- ▶ Energieeinspeiseverordnung:  
[www.enev-online.de](http://www.enev-online.de)

### Atomkraftwerke

## Klage gegen Rückstellungen abgewiesen

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat eine Klage dreier deutscher Städte gegen die EU-Kommission wegen Steuererleichterungen für deutsche Atomkraftwerke als unbegründet zurückgewiesen. Die Stadtwerke von Schwäbisch Hall, Tübingen und Uelzen hatten die Steuererleichterungen, die als Rückstellungen für den Rückbau von Reaktoren und die Beseitigung des nuklearen Abfalls gedacht sind, als unzulässige staatliche Subvention bezeichnet. Sie hatten im Jahr 2001 Klage gegen die EU-Kommission eingereicht, die die bisherige Regelung für zulässig hält. Das Urteil ist letztinstanzlich. [ms]

- ▶ Klageschrift: [www.kurzlink.de/eugh-atomklage](http://www.kurzlink.de/eugh-atomklage)

### Radioaktive Strahlung

## Streit um Kinderkrebsstudie

■ Eine im Dezember veröffentlichte umfangreiche Studie für das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat ergeben, dass das Risiko von Kleinkindern an Krebs zu erkranken mit der Nähe des Wohnortes zu Atomkraftwerken zunimmt. Die in sechsjähriger Arbeit entstandene Studie ist die international größte derartige Untersuchung. In der Umgebung von 16 deutschen AKW-Standorten wertete das Kinderkrebsregister Mainz Leukämiedaten aus 23 Jahren in einer Fall-Kontroll-Studie aus.

Erstmals erkennen sowohl Atomkraftkritiker als auch Befürworter das Ergebnis an, interpretieren es jedoch unterschiedlich. So heißt es in der Zusammenfassung der Autoren für die Öffentlichkeit: „Obwohl frühere Ergebnisse mit der aktuellen Studie reproduziert werden konnten, kann aufgrund des aktuellen strahlenbiologischen und -epidemiologischen Wissens die von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb emittierte ionisierende Strahlung grundsätzlich nicht als Ursache interpretiert werden.“ Das die Studie begleitende wissenschaftliche Gremium ist dagegen einhellig der Überzeugung, dass dieser Zusammenhang „keineswegs ausgeschlossen werden kann“. In der Zusammenfassung hätten die Autoren lediglich mitgeteilt, dass im Fünf-Kilometer-Radius in 23 Jahren 29 zusätzliche Krebserkrankungen ermittelt worden seien. Sie hätten aber verschwiegen, dass viel mehr Kinder außerhalb der fünf Kilometer wegen der Nähe zum Kernkraftwerk erkrankt seien. Die Experten gehen im Untersuchungszeitraum von insgesamt 121 bis 275 zusätzlichen Krebsfällen im Radius von 50 Kilometern um Atomanlagen aus. [mb]

- ▶ Studie und Votum des Expertengremiums:  
 Bundesamt für Strahlenschutz, [www.bfs.de](http://www.bfs.de)
- ▶ [www.mehr-dazu.de](http://www.mehr-dazu.de) (17.12.2007)

### Euratom

## Grünes Licht für AKW Belene

■ Die Europäische Kommission hat den Neubau eines Atomkraftwerks im bulgarischen Belene genehmigt. Der Antrag widerspreche nicht den Kriterien des Euratom-Vertrages, so die Kommission. Umweltschützer hatten massiv gegen den Bau des Kraftwerks, das 2015 ans Netz gehen soll, protestiert, da der Baugrund in einer erdbebengefährdeten Region liegt. Gebaut werden soll das AKW von der russischen Firma Atomstroyexport mit Unterstützung der Konzerne Siemens und Areva. [ms]

- ▶ [www.kurzlink.de/eu-pro-belene](http://www.kurzlink.de/eu-pro-belene)
- ▶ [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)

Entwicklungszusammenarbeit**EU-Parlament will Hilfen für Kohle und Öl stoppen**

■ Das Europäische Parlament fordert, die finanzielle Unterstützung fossiler Energieprojekte durch Exportkreditagenturen und die Europäische Investitionsbank (EIB) einzustellen. Eine deutliche Mehrheit stimmte für die von dem grünen Parlamentarier Alain Lipietz eingebrachte nicht bindende Resolution. Stattdessen sollen den Entwicklungsländern erneuerbare Energien und effiziente Technologien zur Verfügung gestellt werden. Das Parlament rief außerdem die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, per Gesetz zu regeln, dass EIB und Exportkreditagenturen die Klimawirkung der von ihnen finanzierten Projekte berücksichtigen müssen.

Hintergrund der Resolution ist ein seit Jahren schwelender Streit über die klimafreundliche Verwendung öffentlicher Gelder. Nichtregierungsorganisationen und die Europäischen Grünen werfen der EU und den Regierungen der Mitgliedstaaten vor, über die EIB und über Exportkreditagenturen wie die deutsche Hermes-Kreditversicherung den Ausbau fossiler Energiesysteme in Entwicklungsländern zu finanzieren. Die EIB habe allein in den letzten fünf Jahren 20 Milliarden Euro in die Förderung von Kohle und Öl investiert, rechnete die Organisation Bankwatch vor. 2006 habe sie deutlich über die Hälfte ihres Budgets für fossile Projekte ausgegeben.

Umwelt- und Entwicklungsverbände begrüßten die Resolution des Parlaments daher ausdrücklich. Regine Richter von der Organisation Urgewald sagte, kurz vor der Klimakonferenz in Bali habe sich das EU-Parlament mit den fossilen Energien „an einen Hauptschuldigen des Klimawandels gewagt“. Das Ende der öffentlichen Unterstützung sei „ein wichtiger Schritt, die Marktverzerrung zugunsten Fossiler zu beenden“.

[ms]

- ▶ Resolution des EU-Parlaments: [www.kurzlink.de/ep-ezgeld](http://www.kurzlink.de/ep-ezgeld)
- ▶ [www.bankwatch.org](http://www.bankwatch.org) (EIB)
- ▶ [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de) (Kampagnen – Banken)

Energietechnologien**EU-Kommission verspricht allen etwas**

■ Die EU-Kommission hat Ende 2007 einen Strategischen Plan für Energietechnologien (SET-Plan) vorgestellt. Damit konkretisierte sie einen wichtigen Baustein des Energiepakets vom Januar 2007. In dem SET-Plan fordert die Kommission verstärkte technologische Entwicklungen in den Bereichen Solar, Wasserkraft, Wind, Biomasse, Kohleabscheidung und -speicherung (CCS) und Atomkraft. Die EU wolle sich weltweit an die Spitze der emissionsarmen Energietechnologien setzen, sagte Energiekommissar Andris Piebalgs.

Die Kommission fordert Anstrengungen in vier Bereichen: Zuerst müsse die gemeinsame strategische Planung der EU-Staaten verbessert werden. Dafür richtet die Kommission derzeit eine Arbeits- und Planungsgruppe ein. Weiterhin müsse die Umsetzung bestehender Maßnahmen besser werden. Initiativen in den Bereichen Wind, Solar, Biomasse, Kernfusion, CCS und europäisches Energienetz sollen dies unterstützen. Drittens müssten mehr Ressourcen für Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. Einzelheiten der heiklen Finanzierungsfrage verschob die Kommission aber auf Ende 2008. Viertens schließlich müsse die internationale Kooperation verbessert werden. Hier solle die EU eine zentrale Rolle spielen.

Umwelt- und Wirtschaftsverbände reagierten skeptisch auf die Ankündigungen der Kommission. Frauke Thies von Greenpeace Europe nannte den SET-Plan „zu wenig strategisch“ und beklagte den „thematischen Bauchladen“, der auch „viele teure und gefährliche Technologien“ wie CCS und Atomkraft fördere. Der Europäische Rat für erneuerbare Energien beklagte das Fehlen des Bereichs Wärme und Kälte. Vertreter des Ölkonzerns Shell unterstrichen dagegen, finanzielle und personelle Kapazitäten seien das entscheidende Moment in der Entwicklung der Energietechnologien.

[ms]

- ▶ SET-Plan: [www.kurzlink.de/eukom-set](http://www.kurzlink.de/eukom-set)

Heizen mit erneuerbaren Energien**Entwurf für Wärmegesetz**

■ Die Bundesregierung hat im Dezember einen Entwurf für ein regeneratives Wärmegesetz (EEWärmeG) vorgelegt. Sie will damit den Anteil der erneuerbaren Energie im Wärmebereich bis 2020 von derzeit 6,5 auf 14 Prozent steigern. Zukünftig gibt es bei jedem Neubau die Pflicht, 15 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energieträgern wie Bioenergie, Solar- oder Geothermie zu beziehen. Dafür stellt die Bundesregierung 500 Millionen Euro Fördermittel bereit.

Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) erwartet durch das neue Gesetz wichtige Impulse für den Markt, fordert aber gleichzeitig Nachbesserungen. Konkret kritisiert der BSW, dass lediglich Neu-, aber keine Altbauten erfasst werden sollen, dass die finanziellen Mittel bisher nicht garantiert sind und dass Effizienzmaßnahmen wie die Dämmung der Fassaden den Einbau von Wärmetechnologie ersetzen können. Carsten Körnig vom BSW forderte daher, dass „Wärme und Energieeffizienz nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften“. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden und in der zweiten Hälfte 2008 in Kraft treten.

[ms]

- ▶ [www.erneuerbare-energien.de/inhalt/40512](http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/40512)

Atomkraft**Briten wollen zurück in atomare Zukunft**

■ Die britische Regierung hat Mitte Januar beschlossen, noch vor dem Jahr 2020 neue Atomkraftwerke zu bauen. Man benötige neue AKW, um die eigenen Klimaziele zu erreichen, sagte der britische Energieminister John Hutton. Außerdem wolle man die Abhängigkeit von Gasimporten verringern. Es solle allerdings keine staatlichen Subventionen geben, so Hutton. Die privaten Betreiber müssten für den Bau, den Betrieb und auch die Stilllegung voll-

▶

ständig selbst aufkommen. Großbritannien bezieht zurzeit etwa 18 Prozent des Stroms aus Atomkraft. Sämtliche Reaktoren müssen aber in den nächsten 20 Jahren aus Altersgründen abgeschaltet werden.

Der französische Staatsbetrieb EDF zeigte sich ebenso wie die deutschen Unternehmen Eon und RWE sehr interessiert an dem Bau neuer AKW in Großbritannien. EDF kündigte unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entscheidung den Bau von vier neuen Werken an. [ms]

► [www.klima-aktiv.com/article106\\_0.html](http://www.klima-aktiv.com/article106_0.html)

### Klimaschutzprogramm

## Berliner 36-Prozent-Papier

■ Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat im Dezember ein „Integriertes Energie- und Klimaprogramm“ vorgestellt. Es besteht aus 14 Gesetzesvorhaben, mit denen die Bundesregierung die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 36 Prozent senken will. Bereits auf ihrer Kabinettsklausur in Schloss Meseberg im Sommer 2007 hatte sich die Regierung auf die Grundzüge des Programms geeinigt. Die wichtigsten Einzelmaßnahmen zielen auf eine Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich ab. Auch CO<sub>2</sub>-Abscheidungs- und Speichertechnologien (CCS) für Kohlekraftwerke und der Einsatz von Biokraftstoffen sollen forciert werden.

Umweltverbände lobten zwar die Bemühungen der Bundesregierung für Effizienz und erneuerbare Energien, warfen ihr aber vor allem im Verkehrsbereich Tatenlosigkeit vor. Die wenigen verkehrspolitischen Maßnahmen in dem Programm gingen auf EU-Vorgaben zurück. Die wichtigsten dieser EU-Initiativen versuche die Bundesregierung sogar noch abzuschwächen.

Im Frühjahr will die Bundesregierung ein weiteres Gesetzespaket mit zusätzlichen klima- und energiepolitischen Maßnahmen vorlegen. [ms]

► Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung: [www.kurzlink.de/16ppupenb](http://www.kurzlink.de/16ppupenb)

## KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Umweltlabel

## Blauer Engel für leise Technik und saubere Teppiche

■ Das Umweltzeichen Blauer Engel kann jetzt auch für leise und Energie sparende Beamer, leise Gartengeräte und emissionsarme Teppichböden vergeben werden. Ende 2007 beschloss die Jury Umweltzeichen beim Bundesumweltministerium (BMU) die notwendigen Vergaberegeln.

Hersteller dürfen die genannten Produkte jetzt mit dem Blauen Engel kennzeichnen, wenn sie nachweislich weniger Lärm und Schadstoffe freisetzen und damit die Gesundheit der VerbraucherInnen weniger belasten. Bei Videobeamern weist das Umweltzeichen auch auf eine gute Energieeffizienz hin. Bei Fußbodenbelägen gibt es den Blauen Engel sowohl für Textil- als auch für Holz- oder Kunststoffware: Hauptsache, das Material gibt wenig Schadstoffe in die Raumluft ab.

Die Jury Umweltzeichen will künftig den Blauen Engel auch stärker in der klimapolitischen Debatte einsetzen. Mehr energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen sollen gekennzeichnet werden. Damit könnte das Umweltzeichen auch für Beleuchtung, Ökostrom und neuartige Akkus vergeben werden. [mbu]

► BMU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 18305-2010, Fax -2016, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

### Transparenz für Verbraucher

## Lebensmittelbuch mit sieben Siegeln

■ Die Verbraucherorganisation Foodwatch will vor Gericht mehr Transparenz beim sogenannten Lebensmittelbuch erreichen. Sie klagte im Dezember vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen die Bundesregierung, um die Protokolle der Le-

bensmittelbuch-Kommission einsehen zu können. Diese Kommission erarbeitet Leitsätze für die Herstellung von Lebensmitteln, beschreibt deren Eigenschaften und legt fest, unter welchen Bezeichnungen die Waren in den Handel kommen. Außerdem erteilt sie die Zulassung für Zusatzstoffe und bestimmt beispielsweise, ab wann ein Saft als „reich an Vitamin C“ bezeichnet werden darf. Lebensmittelproduzenten und Kontrollbehörden richten sich nach den Leitsätzen der Kommission.

Laut Foodwatch sind aber die Protokolle der Sitzungen der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Dabei könnten VerbraucherInnen aus den Unterlagen ersehen, ob bei den Beratungen ihre Belange oder etwa nur die der Wirtschaft berücksichtigt würden. Foodwatch beruft sich auf das Informationsfreiheitsgesetz von 2006, nach dem Behörden Einsicht in amtliche Dokumente gewähren müssen. Im vergangenen Jahr hatte die Lebensmittelbuch-Kommission einen Antrag auf Protokolleinsicht ohne inhaltliche Begründung abgewiesen. [mbu]

► Foodwatch, Berlin, Tel. + 49 (0)30 / 240476-19, E-Mail: [info@foodwatch.de](mailto:info@foodwatch.de), [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### EU-Agrarreform I

## Brüssel kürzt bei Großbauern

■ Die EU-Kommission hat Ende vergangenen Jahres erläutert, wie die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aus dem Jahr 2003 verbessert werden kann. Die direkten Subventionen in Höhe von jährlich 35 Milliarden Euro sollen gekürzt werden. Am härtesten treffen würde das unter anderem Großbritannien und Deutschland, wo Europas größte Agrarbetriebe stehen. Französische Höfe sind meist kleiner, da der Besitz häufig aufgeteilt ist. Allerdings erhält das Land die höchsten Agrarubventionen.

Mit dem eingesparten Geld will die



Kommission ländliche Gebiete und wirtschaftliche Alternativen für Bauern fördern, etwa erneuerbare Energien oder Direktvermarktung von Ökoprodukten, aber auch Urlaub auf dem Bauernhof.

Auch für ihn sei das die Zukunft der Agrarpolitik, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Agrarminister Horst Seehofer kritisierte dagegen die Kappung der Agrarbeihilfen. Das könne Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten kosten.

Die Umverteilung der EU-Direktzahlungen für die Agrarproduktion („Erste Säule“) in nachhaltige ökonomische Alternativen auf dem Land („Zweite Säule“) wird Modulation genannt und wurde bei der GAP-Reform beschlossen. Derzeit werden so jährlich fünf Prozent umgeschichtet. Zwischen 2009 und 2013 soll der Anteil schrittweise auf acht Prozentpunkte steigen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßte die Pläne der EU-Kommission. Kleinere und mittlere Betriebe würden davon profitieren.

Im Rahmen des sogenannten Health Checks der Agrarpolitik will EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel in den kommenden Monaten Gesetzesvorschläge erarbeiten. [mbu]

► AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, Fax 492221, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de

### Agrarsubventionen

## EU fordert Agrargelder zurück

■ Die EU-Kommission will 256 Millionen Euro Agrarförderung zurückverlangen, die von den Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden. Den Löwenanteil von über 200 Millionen muss Spanien zahlen, weil etwa Anbauerklärungen oder Flächenbeihilfen gar nicht oder unzulänglich kontrolliert wurden. Das Geld fließt in den EU-Haushalt zurück. Auch Deutschland und 15 weitere Mitgliedstaaten müssen Beihilfen zurückerstatten. [mbu]

► EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2953240, www.ec.europa.eu/agriculture/index\_de.htm

### EU-Agrarreform II

## EU erleichtert Umwelt-Deals

■ Künftig soll es leichter sein, sogenannte Cross-Compliance-Regelungen in der Praxis umzusetzen. Dafür hat die EU-Kommission Ende 2007 noch zahlreiche Rechtsvorschriften genehmigt. Cross Compliance bedeutet, dass Landwirte bestimmte Standards einhalten müssen, damit die Beihilfen, die sie aus Brüssel erhalten, nicht gekürzt werden. Die Standards betreffen den Umweltschutz, die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen, den Tierschutz und die Verpflichtung, die Agrarflächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand zu erhalten.

Mit der Regelung soll die Landwirtschaft in der EU nachhaltiger und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besser mit den Erwartungen von Verbraucherinnen und Steuerzahlern vereinbart werden. Cross Compliance ist ein wichtiges Element der GAP-Reform von 2003. Sie gilt für alle direkten Zahlungen und für verschiedene Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums. [mbu]

► EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 295 3240, www.ec.europa.eu/agriculture/index\_de.htm

### Agrarwende

## Neue Ökobauern gesucht

■ Deutschland braucht mehr Ökolandwirte. Das fordern zahlreiche Hersteller, Händler und Käuferinnen von ökologischen Lebensmitteln. In den vergangenen Jahren boomte die Branche, allein 2007 überstieg die Nachfrage das Angebot an heimischen Produkten bei Weitem. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) macht die deutsche Agrarpolitik für die Schieflage verantwortlich. Vor zwei Jahren hatte die neue Bundesregierung die Gelder gekürzt, mit denen die Umstellung auf Ökolandbau unterstützt wurde. Daraufhin stoppten die Bundesländer ihre Förderung. 2007 flossen dann deutlich geringere Prämien für Umsteiger. Laut BÖLW kann

der Ökolandbau dennoch eine Erfolgsbilanz für 2007 vorweisen: ein Drittel mehr Beschäftigte, höhere Betriebseinkommen und wesentlich höhere Umweltleistungen im Vergleich zum konventionellen Landbau. Die aktuellen Zahlen zur Umstellung auf Ökolandbau sowie zur Marktentwicklung will der BÖLW zur BioFach-Messe im Februar bekannt geben. [mbu]

► BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: info@boelw.de, www.boelw.de

### Gentechnikgesetz

## „Ohne Gentechnik“ soll auch für Futtermittel gelten

■ Die Große Koalition hat sich im Januar auf die Novelle des Gentechnikgesetzes geeinigt. Nun soll das Gesetz den Bundestag und Mitte Februar den Bundesrat passieren. Dann würden bereits zur Frühlingsaussaat die neuen Regeln gelten. Unter anderem legt das neue Gesetz die Sicherheitsabstände bei der Aussaat von Genmais fest. So müssen zu Nachbarfeldern 150 bis 300 Meter Sicherheitsabstand eingehalten werden. Die Untergrenzen können allerdings durch Absprachen zwischen den Bauern umgangen werden.

Außerdem sollen Lebensmittelhersteller ihre Produkte als gentechnikfrei kennzeichnen dürfen. Tierische Lebensmittel dürfen nur dann das Etikett „ohne Gentechnik“ führen, wenn bei der Herstellung keine gentechnisch veränderten Futtermittel wie Gensoja eingesetzt wurden, was bei konventionellen Produkten immer seltener der Fall ist. Die Lebensmittelindustrie kritisierte diese Regelung scharf.

Dieselbe Kennzeichnung soll aber auch erlaubt sein, wenn bei der Herstellung der Futtermittel gentechnisch veränderte Zusatzstoffe wie Enzyme oder künstliche Vitamine verwendet wurden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Zusatzstoffe nach der EU-Ökoverordnung zugelassen und im Endprodukt nicht mehr nachweisbar sind und keine gentechnikfreien Alternativen existieren. Letzteres gelte etwa für

## Nachhaltigkeit

A-Z



## U wie Umweltpolitik

Die Umweltindustrie in Deutschland wird im Jahr 2020 mehr Umsatz erzielen als der Kraftfahrzeug- und Maschinenbau - so die Unternehmensberatung Roland Berger. Gute Zeiten für einen radikalen Wandel in Umweltpolitik und -technik: Der renommierte Politikwissenschaftler Martin Jänicke erklärt Umweltinnovationen zum Megatrend und legt dar, wie dieser Trend gestärkt werden kann - mit dem Ziel, Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen zu entkoppeln.

M. Jänicke  
**Megatrend Umweltinnovation**  
 Zur ökologischen Modernisierung von  
 Wirtschaft und Staat  
 oekom verlag, München 2008, 198 Seiten  
 29,90 EUR, ISBN 978-3-86581-097-7

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)  
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

**oekom**  
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Aminosäuren, hieß es aus dem Agrarministerium (BMELV).

Trotz der Einschränkung äußerten sich Verbraucher- und Umweltverbände verhalten positiv über die neue Kennzeichnung. Auch die konventionell wirtschaftenden Bauern dürften es nun endlich ihren Kunden mitteilen, wenn sie auf genmanipuliertes Futter verzichten, hieß es beim Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Den Gentechnikanbau in Deutschland lehnt die Biobranche wie auch die Umweltverbände weiter ab. [mbu]

- ▶ BMELV, Berlin, Tel. +49 (0)1888-529-3173, Fax -3179, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)
- ▶ BÖLW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, E-Mail: [info@boelw.de](mailto:info@boelw.de), [www.boelw.de](http://www.boelw.de)

### NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

#### FFH-Bericht

## Bundesländer sind schlechte Naturerben

■ Im Dezember ist Deutschland einer Verpflichtung aus dem europäischen Naturschutzrecht nachgekommen und hat den sogenannten FFH-Bericht an die EU-Kommission übermittelt. Der Bericht gibt erstmals über den Erhaltungszustand der Arten und Lebensraumtypen der europäischen Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) Richtlinie detailliert Auskunft. Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd: Von 91 in Deutschland vorkommenden europaweit bedeutsamen Lebensraumtypen befinden sich drei Viertel (69) in einem schlechten oder unzureichenden Zustand. Von 230 zu schützenden Arten trifft dies auf zwei Drittel (147) zu. Besonders betroffen sind Lebensräume wie Bäche, Moore oder extensiv genutztes Grünland, aber auch frühere Allerweltsarten wie die Gemeine Flussmuschel oder der Lachs.

Die Naturschutzverbände BUND und NABU bezeichneten den Zustand der durch die FFH-Richtlinie geschützten

Lebensräume und Arten als alarmierend. Die in Deutschland für den Naturschutz zuständigen Länder müssten wesentlich mehr tun, um das europäische Naturerbe zu retten. Vor allem seien unmittelbar wirksame Schutzbestimmungen zu erlassen und gemeinsam mit den betroffenen Land- und Forstwirten und den Naturschutzverbänden zügig Bewirtschaftungspläne zu erstellen. Zudem müssten die durchgeführten Erhaltungsmaßnahmen kontrolliert werden, damit Fördergelder und Ausgleichszahlungen für Landnutzer zielgerichtet und effizient eingesetzt werden könnten. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/ffhbericht](http://www.kurzlink.de/ffhbericht)
- ▶ BUND, Friedrich Wulf, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586451, [www.bund.net](http://www.bund.net)
- ▶ NABU, Magnus Herrmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841618, [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

#### Bodenschutz

## Berlin stoppt EU-Bodenschutz

■ Der Rat der EU-Umweltminister hat sich nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt für die Bodenschutzrichtlinie einigen können. Vor allem Deutschland, aber auch Österreich, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien lehnten den Vorschlag der EU-Kommission bei der Ministerratssitzung im Dezember ab. Naturschutzorganisationen und alternative Landwirtschaftsverbände sprachen von einem Skandal.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sagte, die EU solle sich in Fragen des Bodenschutzes nicht einmischen. Anders als bei Fließgewässern gebe es hier keine grenzüberschreitende Umweltverschmutzung, deshalb seien nach dem Subsidiaritätsprinzip die Mitgliedstaaten zuständig. Dem widersprach jedoch die EU-Kommission vehement. Boden- und Gewässerschutz dürften nicht isoliert betrachtet werden. Zuletzt hatten vor allem die deutschen Bundesländer und das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium versucht das Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen. Sogar Bundeskanzlerin An-

gela Merkel hatte sich eingeschaltet. Das Europäische Umweltbüro (EEB) forderte die slowenische Regierung, die im ersten Halbjahr 2008 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, auf, einen neuen Anlauf für einen umfassenden Bodenschutz in Europa zu unternehmen. [ms]

- ▶ Umweltministerrat 20.12.2007 – Ergebnisse: [www.kurzlink.de/umweltrat\\_2007\\_12](http://www.kurzlink.de/umweltrat_2007_12)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/pm-eeb-2007-12](http://www.kurzlink.de/pm-eeb-2007-12)
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/mitentscheidung](http://www.kurzlink.de/mitentscheidung)

## Vögel in Deutschland

### Auch häufige Vogelarten sterben in Agrarsteppen

■ Eine Ende 2007 veröffentlichte Analyse von 124 in Europa häufigen Vogelarten zeigt, dass innerhalb der letzten 26 Jahre die Bestände von 56 Arten um 45 Prozent zurückgegangen sind. Der Bericht „The State of Europe's Common Birds 2007“ des European Bird Census Council basiert auf Daten aus 20 europäischen Staaten. Fünf der zehn Arten mit dem größten Rückgang gehören zu den Indikatoren der Agrarlandschaft. Ein Vergleich zwischen alten und neuen EU-Staaten zeigt noch einen besseren Status der betreffenden Arten in Osteuropa, der sich aber schnell den westeuropäischen Verhältnissen angleicht.

Auch für Deutschland ist Ende 2007 ein Bericht über 64 häufige Vogelarten erschienen. Der Statusbericht des Dachverbandes Deutscher Avifaunisten fasst erstmals die aktuellen Entwicklungen der heimischen Vogelwelt zusammen. Selbst häufige Arten verzeichneten demnach in den letzten 15 Jahren Bestandsrückgänge. Besonders betroffen sind Bodenbrüter der Agrarlandschaft. Dem Bericht liegen mehrere Millionen Datensätze zugrunde.

[bv]

- ▶ Studie europäische Vogelarten (PDF, 24 S., 1 MB): [www.kurzlink.de/birds2007](http://www.kurzlink.de/birds2007)
- ▶ Statusbericht deutscher Vögel (PDF, 40 S., 5 MB): [www.kurzlink.de/voegelstatus2007](http://www.kurzlink.de/voegelstatus2007)

## Klimawandel

### Noch mehr Stress für Vögel

■ Wenn nichts gegen den Klimawandel getan wird, werden Ende des Jahrhunderts die Verbreitungsgebiete der europäischen Vogelarten etwa 550 Kilometer weiter nordöstlich liegen. Außerdem werden sie 20 Prozent kleiner sein und sich nur noch zu 40 Prozent mit den heutigen Verbreitungsgebieten überschneiden. Das prognostiziert ein von der britischen Royal Society for the Protection of Birds und zwei Universitäten veröffentlichter Klimaatlas der europäischen Brutvögel. Die größten Verluste gibt es demnach bei arktischen und subpolaren sowie einigen iberischen Vogelarten. Arten mit kleinen Verbreitungsgebieten werden ganz aussterben.

Für 431 Brutvogelarten berechneten die Forscher mit Klimamodellen, wie sich die Lebensräume bei der vom Weltklimarat IPCC vorhergesagten Klimaänderung verhalten. Der Atlas zeigt aber auch, wie die Arten in ihren heutigen Verbreitungsgebieten gestärkt werden können. [bv]

- ▶ Huntley, B. et al.: A Climatic Atlas of European Breeding Birds. Lynx Editions, 2007, 528 S., 60,- €, ISBN 978-84-96553-14-9. Zusammenfassung/Bezug: [www.kurzlink.de/vogelklimaatlantlas](http://www.kurzlink.de/vogelklimaatlantlas)

## Natura 2000

### Digitale Finanzierungshilfe

■ Naturschützer und Schutzgebietsmanager können jetzt mit einem „IT tool“ der Europäischen Kommission herausfinden, welche EU-Finanzierungsmöglichkeit es für verschiedene Schutzmaßnahmen gibt. Für Österreich sind auch nationale Fördermöglichkeiten abrufbar. Die interaktive Webseite entwickelte der WWF auf Basis seines Leitfadens „Finanzierung von Natura 2000“. Dieser ist mittlerweile in 20 Sprachen auf der Internetseite der Generaldirektion Umwelt erhältlich. [bv]

- ▶ IT-Tool: [www.financing-natura2000.mocccu.com](http://www.financing-natura2000.mocccu.com)
- ▶ Leitfaden (PDF, 116 S., 2 MB): [www.kurzlink.de/natura-finanzierung](http://www.kurzlink.de/natura-finanzierung)

## Natur des Jahres

### 2008 – die „Sieger“

■ Um die Öffentlichkeit für den Arten- und Biotopschutz zu sensibilisieren, küren Naturschutzverbände jährlich Arten und Lebensräume des Jahres. Seit der NABU 1971 erstmals einen Vogel ernannte, gibt es mittlerweile etwa dreißig Arten und Landschaften des Jahres.

So ist der Baum des Jahres 2008 die Walnuss. Aufgrund geringer Nachpflanzung sind die Bestände in Deutschland drastisch zurückgegangen, teilte das Kuratorium Baum des Jahres mit, dem Robin Wood, WWF und weitere Verbände angehören. Deshalb bietet das Kuratorium im Internet eine Anleitung zum Selbstpflanzen.

Das Wisent hat den von der Schutzgemeinschaft Deutsches Wild vergebenen Titel eines Wildtieres des Jahres erhalten. Das größte Wildrind Europas sei in seiner Existenz gefährdet.

Sowohl die Blume als auch der Schmetterling des Jahres sind vom Aussterben bedroht, da sich ihre Lebensräume stark verändert haben. Die von der Stiftung Naturschutz Hamburg gekürte Nickende Distel hat mit der anhaltenden Verstädterung der Dorfstrukturen und der damit einhergehenden Versiegelung von Flächen zu kämpfen. Auch die Lebensräume des vom BUND ernannten Argusbläulings, die immer seltener werdenden Heidelandchaften und Hochmoore, sind bedroht.

Die Naturfreunde und der Anglerverband küren alle zwei Jahre eine Flusslandschaft, um regionale Aktivitäten zum Natur- und Gewässerschutz sowie nachhaltigen Tourismus zu stärken. Für 2008 und 2009 haben sie die Nette ausgewählt. Sie entspringt in der Vulkaneifel und mündet in den Rhein. An ihren Ufern wachsen Orchideen und der Atlantische Lachs hat sich in der Nette wieder angesiedelt.

In der Schweiz ernannte der Naturschutzverband ProNatura die Gebänderte Prachtlibelle zum Tier des Jahres. Natürliche Flusslandschaften, die dort immer mehr verschwinden, sind ihr Lebensraum. [io]

- ▶ Tiere, Pflanzen und Biotope des Jahres 2008: [www.nabu.de/m05/m05\\_10/07018.html](http://www.nabu.de/m05/m05_10/07018.html)

Tropenwälder**Waldverlust kaum bezifferbar**

■ Die Datenlage über die Waldbestände in tropischen Regionen ist so lückenhaft, dass nicht gesagt werden kann, ob die Waldfläche wächst oder abnimmt. Dies berichtet Alan Grainger von der Universität Leeds im Fachmagazin PNAS. Grainger verwendete Daten der Welternährungsorganisation FAO, die aber Widersprüche aufwies. Diese seien auf die nationalen Statistiken zurückzuführen. Die einzige Lösung sieht Grainger in Daten aus neuen, hochsensiblen Satellitenbildern. „Es steht außer Zweifel, dass große Waldgebiete in den vergangenen Jahren gerodet wurden“, sagte der Forscher. Es gebe allerdings auch Hinweise, dass in anderen Regionen die Waldfläche zugenommen habe. Grainger forderte ein globales Monitoringprogramm.

Bei Waldflächenerhebungen müsse auch die Qualität der Ökosysteme beachtet werden, sagte dazu der Waldexperte von Global 2000 (Friends of the Earth Austria) Thomas Lackne. Primärwälder seien wesentlich wertvoller und könnten mehr CO<sub>2</sub> aufnehmen als Forstplantagen, besonders wenn diese auch noch aus Eukalyptusbäumen oder anderen Hybriden bestünden. Der Boom auf Biotreibstoffe werde den Druck auf die Wälder weiter verstärken, so Lackne. [bv]

- ▶ [www.leeds.ac.uk](http://www.leeds.ac.uk)
- ▶ [www.pnas.org](http://www.pnas.org)
- ▶ [www.global2000.at](http://www.global2000.at)

Wälder im Emissionshandel**Raubbau soll zu teuer werden**

■ Der Markt soll eine Trendumkehr bei der Waldvernichtung einleiten, indem durch Entwaldung hervorgerufene Treibhausgasemissionen in den Emissionshandel einbezogen werden. Das möchte der WWF erreichen. Abholzung führt indirekt zu sehr hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen, da die Wälder als Kohlendioxidspeicher wegfallen. Die vom WWF propagierte

Idee nennt sich „Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“ (REDD) und beruht darauf, waldreichen Ländern finanzielle Anreize zu bieten, wenn sie ihre Wälder stehen lassen. Zur Debatte steht die Einbeziehung von REDD in den Emissionshandel. Wie die CO<sub>2</sub>-Reduzierung gemessen und wie die Kosten ermittelt werden sollen, weiß aber noch niemand. Einzelheiten sollen laut WWF auf den Klimakonferenzen der nächsten Jahre ausgearbeitet werden. Tropenwaldschützer in den betroffenen Ländern zeigten sich jedoch skeptisch. [bv]

- ▶ [www.wwf.de/themen/waelder/klima-wald/redd](http://www.wwf.de/themen/waelder/klima-wald/redd)

## TIERSCHUTZ &amp; ETHIK

Tierschutz im EU-Vertrag**Tiere jetzt „fühlende Wesen“**

■ Der Mitte Dezember in Lissabon unterzeichnete Europäische Reformvertrag wertet auch den Tierschutz in der EU auf. Zu dieser Einschätzung kommt das Europabüro der Tierschutzstiftung Vier Pfoten in Brüssel. Entscheidungen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt müssen laut dem Vertrag auch den Tierschutz berücksichtigen. Tiere gelten nunmehr als „fühlende Wesen“.

Nach Ansicht von Vier Pfoten kommt die EU damit dem Wunsch in der Bevölkerung entgegen, dem Tierschutz einen höheren Stellenwert einzuräumen. Das Tierschutzverständnis variere allerdings noch sehr zwischen den einzelnen EU-Ländern. So betrachteten mittel- und südeuropäische Staaten rechtshistorisch bedingt Tiere lediglich als Sache. Dagegen gebe es in den skandinavischen und angelsächsischen Ländern bereits ein fortschrittliches Verständnis von Tierrechten. [io]

- ▶ Vier Pfoten, Europabüro, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 7400888, [www.vier-pfoten.eu](http://www.vier-pfoten.eu)

Artgerechte Geflügelhaltung**Schlimmste Hühnerkäfige bleiben ab 2012 verboten**

■ Die Tierschutzstiftung Vier Pfoten hat die konsequente Position der EU-Kommission zur Legehennenhaltung gelobt. Nach einem Bericht, den die Kommission Anfang Januar veröffentlichte, ist es erwiesen, dass ein Stopp der konventionellen Käfighaltung die Gesundheit der Legehennen erheblich verbessern kann. Der Termin für das Käfigverbot ab 2012 solle daher beibehalten werden. Zuvor hatten zahlreiche Großproduzenten dieses Datum kritisiert und in Brüssel massiv Druck ausgeübt. Sie argumentierten mit Gewinneinbußen durch die Umstellung auf die größeren „ausgestalteten“ Käfige und wollten den Termin auf 2020 verschieben.

Die neue EU-Richtlinie sieht ab 2012 mehr Käfigfläche, ein Nest, Einstreu, eine Sitzstange und eine Scharrvorrichtung pro Tier vor. Tierschutzverbände fordern weiter die Freilandhaltung. [mbu]

- ▶ Vier Pfoten, Tel. +32 (0)2 / 7400888, E-Mail: [office@vier-pfoten.eu](mailto:office@vier-pfoten.eu), [www.vier-pfoten.eu](http://www.vier-pfoten.eu)

Zirkusregister**Mehr Schutz in der Manege**

■ Nach einer vom Bundesrat Ende November beschlossenen Änderung im Tierschutzgesetz steht einem deutschen Zirkusregister nichts mehr im Wege. Die Vollzugsbehörden sollen künftig Informationen über die reisenden Betriebe leichter austauschen und so Verstöße gegen das Tierschutzgesetz effektiver bekämpfen können. In Deutschland gibt es etwa 350 reisende Zirkusbetriebe. In der Vergangenheit war es vermehrt zu Fällen nicht artgerechter Tierhaltung gekommen, die aufgrund der ständig wechselnden Orte nicht ausreichend verfolgt und geahndet werden konnten. Tierrechtsverbände fordern weiterhin, die Haltung bestimmter Wildtiere, vor allem von Affen, Bären und Elefanten, für umherziehende Zirkusbe-

triebe zu verbieten. 2003 verabschiedete der Bundesrat ein solches Verbot, doch wurde es bis heute nicht umgesetzt. In Österreich ist die Haltung dieser Tiere seit 2005 nicht mehr zugelassen. [io]

► [www.tierrechte.de](http://www.tierrechte.de)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### EU-Rückblick und Ausblick

## Gemischte Noten für Portugal

■ Zum Abschluss der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft im Dezember hat das Europäische Umweltbüro (EEB) die Arbeit der Regierung in Lissabon einem umweltpolitischen Check unterzogen. Anhand der „Zehn Grünen Prüfsteine“, die das EEB traditionell für jede Ratspräsidentschaft aufstellt, kam der Dachverband zu einem gemischten Resultat. So sei das Ergebnis bei der Durchsetzung nachhaltiger Entwicklung und in der Pestizidpolitik negativ. Auch der Bodenschutz bekam schlechte Noten, was aber nicht an Portugal gelegen habe. Die Initiative für Wirtschaft und Artenvielfalt (Business &

Biodiversity) sowie die Ergebnisse bei der Luftreinhaltung bewertet das EEB neutral. Lob gab es für die Bereiche Klima, Meere, Quecksilber und Wasser. Eine ausführliche Bewertung veröffentlichte das EEB auf seiner Internetseite.

Auch zum Beginn der slowenischen EU-Präsidentschaft im Januar hat das EEB zehn Prüfsteine erarbeitet, an denen es die umweltpolitische Leistung der Regierung in Ljubljana nach Ablauf der sechs monatigen Amtszeit messen will:

- Saubere, sichere Energieversorgung;
- EU-Führungsrolle im Klimaschutz;
- Reduktion der negativen Auswirkungen des Straßenverkehrs;
- ehrliche, gründliche Überprüfung der EU-Agrarpolitik („Health Check“);
- gentechnikfreie Landwirtschaft;
- umfassendes Rahmenabkommen zur Kontrolle industrieller Verschmutzung (IPPC-Richtlinie);
- Stärkung von Vermeidung und Recycling in der Abfallrahmenrichtlinie;
- Fortsetzung der Arbeiten an der Bodenschutzrichtlinie;
- Führungsrolle der EU in der Biodiversitätspolitik, besonders bei der UN-Konferenz im Mai (CBD COP 9);
- Umsetzung von Umweltrecht. [ms]
- [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (press releases – 20./21.12.2007)

### Slowenische EU-Präsidentschaft

## Zwischen Klima und Kosovo

■ Am 1. Januar hat der slowenische Präsident Danilo Türk für sein Land die EU-Ratspräsidentschaft übernommen, nachdem der parteilose Jurist, Diplomat und Politiker erst eine Woche zuvor sein Amt angetreten hatte. Auf der Agenda der bis Ende Juni dauernden slowenischen Präsidentschaft stehen fünf Hauptthemen:

- Zukunft der EU, pünktliches Inkrafttreten des Reformvertrags;
- neue Runde für die „Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung“;
- Energie- und Klimapolitik;
- Stärkung der europäischen Perspektive auf dem westlichen Balkan;
- Europäisches Jahr für interkulturellen Dialog 2008.


Aus Umweltsicht ist besonders die Klimapolitik interessant. Slowenien muss das im Januar von der EU-Kommission vorgelegte Klimapaket umsetzen. Neben erneuerbaren Energien, dem Emissionshandel und der Kohlendioxidabscheidung und -lagerung (CCS) soll auch die Liberalisierung des europäischen Energie- und Gasmarkts vorangetrieben werden. Slowenien wird außerdem die EU bei der Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) der UN-Konvention über biologische Vielfalt (CBD) im Mai in

# UNDISZIPLINIERT!


FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN  
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und  
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen  
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter [www.oekom.de/gaia](http://www.oekom.de/gaia)



Bonn offiziell vertreten. Das Hauptinteresse der Öffentlichkeit liegt allerdings auf der Kosovo-Frage und der Einbeziehung Serbiens in die EU. Der Kosovo will Anfang Februar seine Unabhängigkeit von Serbien erklären. [jg]

- Offizielle Seite der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft: [www.eu2008.si](http://www.eu2008.si)

### Europäischer Reformvertrag

## EU-Vertrag wird umweltfreundlicher

■ Mit der Unterzeichnung durch die Staats- und Regierungschefs Mitte Dezember hat die Ratifizierungsphase für den neuen EU-Reformvertrag begonnen, der an die Stelle der 2005 gescheiterten europäischen Verfassung getreten ist. Ziel der EU ist, dass alle Mitgliedstaaten den „Lissabon-Vertrag“ rechtzeitig ratifizieren, sodass er zu den EU-Parlamentswahlen im Juni 2009 in Kraft ist. Er soll den Nizza-Vertrag aus dem Jahr 2000 ersetzen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), das Europas Umweltverbände in Brüssel vertritt, bewertet den Vertrag weitgehend positiv. Er beinhaltet einige fortschrittliche Elemente demokratischer und transparenter Verfahren. Andererseits habe es die EU versäumt, die Politikbereiche Landwirtschaft, Verkehr, Handel und Kohäsionspolitik ökologisch auszurichten. Auch sei der Euratom-Vertrag noch immer nicht gestrichen. Vor allem folgende Neuerungen sind dem EEB wichtig:

- Das EU-Parlament erhält durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens in den Bereichen Landwirtschaft/Fischerei, Handel und Kohäsionspolitik mehr Kompetenzen. Damit kann es auch Umweltaspekte stärker geltend machen.
- Die EU-BürgerInnen können mit einer Million Unterschriften eine Gesetzesinitiative anschieben.
- Die nationalen Parlamente können früher in den Gesetzgebungsprozess eingreifen, was die Aufmerksamkeit der

nationalen Abgeordneten und Medien für EU-Politik erhöhen könnte.

- Im Kapitel Umwelt (Artikel 174–176) wird der Klimaschutz gestärkt, da die EU hier einen Schwerpunkt setzen will.
- Ein Energie-Kapitel wurde neu eingefügt (Artikel 176a). Die EU soll danach für funktionierende Energiemärkte und sichere Energieversorgung sorgen sowie Energieeffizienz sowie neue und erneuerbare Energieformen fördern. Den Mitgliedstaaten bleibt aber der Energiemix überlassen.
- Trotz sprachlicher Änderungen bleibt das Ziel der Umweltintegration (Artikel 6) bestehen, ebenso das Gebot der nachhaltigen Entwicklung in Artikel 2 und der Präambel.
- Bisher kann die EU im Umweltstrafrecht nicht die Höhe der Strafen harmonisieren, da der Bereich Inneres und Justiz zwischenstaatlich geregelt ist. Der Lissabon-Vertrag erlaubt aber der Kommission, dafür einen Gesetzesvorschlag einzubringen, den dann Ministerrat und Parlament im Mitentscheidungsverfahren verabschieden (Artikel 69b). Allerdings kann ein Mitgliedstaat das Vorhaben stoppen, wenn er „fundamentale Konflikte“ mit seinem eigenen Strafrecht befürchtet. [ms]

- Vertrag: [www.kurzlink.de/lissabon-vertrag](http://www.kurzlink.de/lissabon-vertrag)
- EEB, John Hontelez, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891090, E-Mail: [info@eeb.org](mailto:info@eeb.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org)
- [www.kurzlink.de/mitentscheidung](http://www.kurzlink.de/mitentscheidung)

### Europäische Umweltziele

## EU schiebt Umweltaktionen ins Spätprogramm

■ Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments zum Sechsten Umweltaktionsprogramm (6. UAP) Riitta Myller bezieht, dass die EU ihre eigenen Umweltziele erfüllen kann. Die Umsetzung wichtiger Ziele im 6. UAP liege „sehr weit oder extrem weit hinter dem Zeitplan“, sagte die sozialdemokratische Abgeordnete bei der Vorstellung ihres Berichts im Dezember.

Myller ist zuständig für eine Antwort des Parlaments auf die Halbzeitüberprüfung der EU-Kommission. Diese hatte im Mai 2007 geurteilt, das Programm sei „grundsätzlich im Plan“, die EU allerdings in einigen Bereichen unzureichend tätig.

Myller bezeichnete insbesondere die thematischen Strategien der EU als „Enttäuschung“. Die größten Fortschritte habe die EU in den Bereichen gemacht, für die keine thematischen Strategien erarbeitet worden seien, sagte Myller vor dem Umweltausschuss des EU-Parlaments. [jg]

- Bericht: [www.kurzlink.de/myller-bericht](http://www.kurzlink.de/myller-bericht)

### Öffentliche Beschaffung

## Öko-Shopping völlig legal

■ Wenn die öffentliche Hand Aufträge vergibt, ist sie an viele rechtliche Vorschriften der EU und in Deutschland gebunden, um den freien Binnenmarkt nicht zu gefährden. Dass Umweltkriterien hier aber durchaus zulässig sind und worauf dabei zu achten ist, beschreibt ein Rechtsgutachten des Öko-Instituts. Danach haben die Auftraggeber die Möglichkeit, von vornherein einen umweltfreundlichen Beschaffungsgegenstand zu wählen, wobei die Anforderungen nicht restriktiver sein dürfen als zur Erfüllung der festgelegten Aufgaben notwendig ist. Auch bei Dienstleistungen können bestimmte Umwelanforderungen einfließen, etwa ein Zertifikat nach dem EU-Umweltmanagementsystem EMAS. Das Gutachten ist für PraktikerInnen gedacht.

Das im vergangenen Sommer in Meseberg verabschiedete Klimapaket der Bundesregierung enthielt auch den Auftrag, Leitlinien für eine energieeffiziente, umweltfreundliche Beschaffung des Bundes zu entwickeln. Das könnte dem umweltfreundlichen Beschaffungswesen politischen Rückhalt verleihen. [jg]

- Öko-Institut, Miriam Dross, Büro Berlin, Tel. +49(0)30 / 28046880, E-Mail: [m.dross@oeko.de](mailto:m.dross@oeko.de)
- [www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3329.pdf](http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3329.pdf)

## Jahresbilanz der Umweltverbände

### Freude über Klimadebatte

■ Das Thema Klimaschutz ist 2007 in der breiten Bevölkerung angekommen. Dies stellten viele große Umweltverbände, darunter der BUND und die Deutsche Umwelthilfe (DUH), in ihrer Jahresbilanz heraus. Dass Deutschland als Antreiber und Hoffnungsträger im Kampf gegen den Klimawandel gelte, sei auch ein Verdienst von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, so die DUH.

Allerdings kritisieren die Umweltverbände die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung im Inland und auf EU-Ebene. Dem BUND zufolge knickten Merkel und Gabriel vor der deutschen Industrie ein. Der Deutsche Naturschutzring (DNR) bedauerte, dass die Kanzlerin sich noch immer gegen ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen wehre. Greenpeace kritisierte das Verhalten der Regierung im Streit um die EU-Klimaschutzvorgaben für Pkws. Auch das Klimapaket der Bundesregierung halten viele Umweltorganisationen für unzureichend und sehen im Kleingedruckten einen Sieg der Industrie.

Positiv sehen die Verbände, dass die Bevölkerung die „inkonsequente und widersprüchliche Klimapolitik“ der Bundesregierung nicht immer mittrage. So sei der Bau von sechs der 25 geplanten Kohlekraftwerke bereits von Anwohnern verhindert worden, etwa in Köln und Ens Dorf. [10]

- ▶ [www.dnr.de](http://www.dnr.de), [www.bund.net](http://www.bund.net), [www.duh.de](http://www.duh.de)
- ▶ [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## Schadstoffdatensammlung

### Umweltsurvey vor dem Aus?

■ Umweltgift-ExpertInnen haben einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge im Dezember vor dem drohenden Ende des „Umweltsurveys“ gewarnt. Seit Jahren sammelt das Umweltbundesamt in Deutschland Daten zur Schadstoffbelastung der Bevölkerung. Mehrere tausend zufällig ausgewählte Haushalte werden

regelmäßig aufwändig untersucht und befragt, um repräsentative Daten zu erhalten. Das Ergebnis gilt als vorbildlich für die in der EU und den USA laufenden ähnlichen „Biomonitorings“ und hat in Deutschland zu strengeren Umweltgesetzen geführt. Nun droht laut Süddeutscher Zeitung dem „Umweltsurvey“ das Aus beziehungsweise eine „Effizienzsteigerung“. Die Chemikali- enexpertin Patricia Cameron vom BUND warnte wie auch die meisten anderen von der SZ befragten WissenschaftlerInnen vor einem Ende der einzigen repräsentativen Datenerfassung in Deutschland. „Wir brauchen den Umweltsurvey dringend“ wird Cameron zitiert. [19]

- ▶ [jetzt.sueddeutsche.de/drucken/text/412459](http://jetzt.sueddeutsche.de/drucken/text/412459)

## VERKEHR & TOURISMUS

### EU-Verkehrssubventionen

### Euro-Segen für schnelle Züge

■ Die EU-Kommission hat festgelegt, welche Verkehrsvorhaben sie bis 2013 vorrangig fördern will. Vor allem grenzüberschreitende Projekte und umweltfreundliche Verkehrsträger wie Bahn und Binnenschiff sollen Geld erhalten. Fast drei Viertel der Mittel kämen der Schiene zugute, so die Kommission, etwa je ein Achtel sei für Schifffahrt und Straße vorgesehen. Insgesamt stellt Brüssel 5,1 Milliarden Euro zur Verfügung.

Deutschland erhält mehrere hundert Millionen Euro aus dem Fördertopf. Der höchste Betrag, 960 Millionen, soll für den Ausbau der Bahnstrecke von Berlin über Erfurt und Nürnberg durch Österreich und Italien bis nach Palermo verwendet werden. Auch eine deutsche Regionalverbindung wird von Brüssel gefördert: Für die Strecke Saarbrücken – Ludwigshafen gibt es zehn Millionen Euro.

Die umstrittene Brücke über den Fehmarnbelt in der Ostsee will die EU-Kommission mit über 370 Millionen Euro subventionieren, obwohl auf deutscher

Seite noch nicht beschlossen ist, dass die Brücke tatsächlich gebaut wird. So will der Naturschutzbund nach eigenen Angaben weiterhin versuchen, den Bau „spätestens im Planfeststellungsverfahren zu verhindern“. [mbu]

- ▶ Transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-T): [www.ec.europa.eu/ten/transport/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/ten/transport/index_en.htm)
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849840, E-Mail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

### Abgasnormen für Lkw und Busse

### Euro VI soll Feinstaub bannen

■ Ende 2007 hat die Europäische Kommission bekannt gegeben, welche neuen Abgaswerte für Busse und Lkw in fünf Jahren gelten sollen. Die Euro-VI-Normen sehen drastische Reduzierungen für die Emission von Stickoxiden und Rußpartikeln vor. Im Vergleich zur bisher geltenden Euro-V-Norm sollen dann 80 Prozent weniger Stickoxide und 66 Prozent weniger Rußpartikel aus dem Auspuff von Lastern und Bussen kommen.

Damit soll die Luftqualität in Europa deutlich verbessert werden. Nach Angaben der Kommission tragen die Euro-VI-Pläne auch zu einer weltweiten Harmonisierung bei, denn sie sehen ähnliche Grenzwerte wie in den USA vor. Umweltverbände wiesen allerdings darauf hin, dass das von der EU-Kommission prognostizierte starke Verkehrswachstum in den nächsten Jahren die Schadstoffsenkungen pro Fahrzeug wieder ausgleichen könne.

Die neuen Normen sollen als Verordnung verabschiedet werden. Das würde die Gesetzgebung vereinfachen, weil europäische Verordnungen direkt bindend sind und nicht wie Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Die Euro-VI-Abgasnormen sollen 2013 in Kraft treten. Zunächst müssen das Europäische Parlament und der Ministerrat die Kommissionsvorschläge erörtern. [mbu]

- ▶ EU-Kommission, Generaldirektion Verkehr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2951992, 2994896, [www.ec.europa.eu/transport/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/transport/index_de.html)

Wegekosten**Nur die gefühlte Lkw-Maut deckt die Kosten**

■ Trotz Lkw-Maut subventionieren die Steuerzahler den Lkw-Verkehr jährlich mit hunderten Millionen Euro für ungedeckte Infrastrukturkosten. Das geht aus einer Studie zur Wegekostenrechnung für die Bundesfernstraßen in Deutschland hervor, die im Dezember im Verkehrsausschuss des Bundestages diskutiert wurde. Danach betrug die Deckungslücke im Jahr 2005 rund 600 Millionen Euro. Im Jahr 2008 werde der Fehlbetrag auf eine Milliarde Euro anwachsen.

„Der Bund hat immer betont, dass die Einnahmen aus der Lkw-Maut die von den mautpflichtigen Lkw verursachten Wegekosten decken müssen. Das bedeutet, dass der durchschnittliche Lkw-Mautsatz von derzeit 13,5 Cent pro Kilometer sofort um mindestens zwei Cent pro Kilometer angehoben werden muss“, sagte der Vorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) Michael Gehrmann.

Die Pläne des Bundesverkehrsministeriums sind allerdings andere: Im November wurde ein Entwurf zur „Mauthöhenverordnung“ vorgelegt, wonach die durchschnittliche Maut um mehr als einen Cent gesenkt werden sollte. Der Entwurf

sollte Teil des vom Bundeskabinett Anfang Dezember verabschiedeten „Klimapakets“ sein, wurde aber nach öffentlichen Protesten zurückgezogen. Im Frühjahr soll er wieder ins Kabinett eingebracht werden.

Gehrmann, der auch Vizevorsitzender der „Allianz pro Schiene“ ist, stellte eine Resolution der Mitgliedsverbände vor. Darin fordern sie die sofortige Erhöhung der Maut um mindestens zwei Cent pro Fahrzeugkilometer sowie eine jährliche Steigerung der Mautgebühr und schließlich die Erweiterung der Autobahnmaut auf alle Straßen und auf Lkw unter zwölf Tonnen Höchstgewicht. [mbu]

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org
- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de

Verkehrswende**Mit Bahn und Rad fürs Klima**

■ Weil technische Maßnahmen an Fahrzeugen und Motoren nicht ausreichen, um die verkehrsbedingten Emissionen zu senken, sehen Wissenschaftler und Behördenvertreter nun die Politik in der Pflicht. Nach einem Workshop forderten das Wuppertal Institut, die TU Dresden und das

Umweltbundesamt (UBA) politische Rahmenbedingungen für die stärkere Nutzung umweltfreundlicherer Verkehrsträger.


Prognosen gehen davon aus, dass sich der Güterverkehr Deutschlands bis zum Jahr 2050 noch einmal verdoppelt. Seit den 1960er Jahren ist außerdem der Anteil umweltschädlicher Verkehrsträger wie Straßen- und Luftverkehr stark gestiegen. Die verkehrsbedingten Treibhausgasbelasten das Klima. Außerdem beeinträchtigt der Verkehr mit Stickoxiden, Rußpartikeln und Lärm die menschliche Gesundheit und damit die Lebensqualität.

Diese Belastungen würden durch die Verlagerung auf umweltgerechtere Verkehrsträger abnehmen, hoffen die ExpertInnen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Sie zeigten sich darin einig, dass weitergehende Maßnahmen im Güterverkehr, im städtischen Nahverkehr und im Flugverkehr notwendig seien, um die Verkehrsverlagerung voranzubringen. Ein positiver Ansatz sei die Lkw-Maut. Die Gebühren müssten allerdings steigen, um eine Wirkung zu erreichen.

Umweltfreundliche Mobilität müsse aber auch gar nicht viel kosten, betonen die Experten. So sei der Ausbau eines flächendeckenden Fahrradrouthenetzes volkswirtschaftlich weitaus günstiger als der Straßenbau. Außerdem müssten die verschiedenen Verkehrsträger steuerlich

## Nachhaltigkeit

# A-Z



**Wiedervorlage dringend**


## Ö wie Ökologische Ökonomie

Die neoklassische Ökonomie verkauft ihre Leitsätze gerne wie Naturgesetze. Als Gegenpol präsentiert die Vereinigung für Ökologische Ökonomie Klassiker und neue Ideen für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit: Lesen Sie in diesem Buch, wie die Wirtschaftswissenschaft zum Motor einer ökologischen Neuorientierung der modernen Gesellschaft wird.

E. Lang, C. Busch-Lüter, J. Kopfmüller (Hrsg.)  
**Wiedervorlage dringend: Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit**  
 oekom verlag, München 2007  
 256 Seiten, 19,80 EUR, ISBN 978-3-86581-070-0

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)  
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft





## „In Köln ist die Wirkung der Umweltzone fraglich. Der Stern schrieb zu Recht: ‚Feinstaub Alaaf!‘“

Mit Berlin, Köln und Hannover haben im Januar endlich die ersten deutschen Städte Umweltzonen eingeführt. Etwa 17 weitere wollen noch in diesem Jahr folgen. Die Umweltverbände mit ihrer gemeinsamen Kampagne „Kein Diesel ohne Filter“ und die Klagen auf saubere Luft in Stuttgart und München haben einen großen Anteil daran, sagt Martin Schlegel vom BUND.

### Umwelt aktuell: Alle reden über die Umweltzone. Woher stammt eigentlich diese Idee?

Martin Schlegel: Schon Ende der neunziger Jahre forderte der Berliner Landesverband des BUND Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Filter. Damit war die Idee zur jetzigen Umweltzone geboren. Genauer gesagt wiederbelebt, denn der damalige schwarzrote Senat von Berlin hatte schon bei der Einführung des Katalysators für Ottomotoren ein Konzept „Ohne Kat nicht in die Stadt“ entwickelt. Das wurde aber durch den systematischen Widerstand von Handelskammer und ADAC ausgehebelt und verschwand in den Schubladen.

### Wie wurde die Berliner Landesregierung nun trotzdem zum Vorreiter?

Berlin war 2005 die erste Stadt, die die Umweltzone als neues Instrument im Luftreinhalteplan angekündigt hat. Der Begriff wurde vom Senat geprägt, obwohl es in West-Berlin immer noch Aversionen gegen jede Art von Zone gibt – ob nun Fußgängerzone oder Ostzone. Das Modell umfasst zwei Stufen: Momentan dürfen nur Fahrzeuge ohne Plakette nicht in das Gebiet innerhalb des S-Bahn-Ringes fahren, ein immerhin 88 Quadratkilometer großes Gebiet. Ab 2010 dürfen nur noch Autos mit grüner Plakette rein. Diese strenge Regelung ist notwendig, um die Grenzwerte für PM<sub>10</sub>-Feinstaubpartikel und Stickstoffdioxid – nun ab 2011 – einzuhalten. In Berlin leben 200.000 Menschen an Straßen, an denen im Jahr 2002 die Feinstaubgrenzwerte überschritten wurden.

### In Köln sprachen Kritiker von einer „Karnevals-Zone“. Meint die Stadt es nicht ernst mit der beschlossenen Regelung?

Köln verdient zwar das Lob, zu den ersten Städten zu gehören, die ihre Umweltzone tatsächlich eingerichtet haben. Allerdings gewährt die Stadt so viele Ausnahmegenehmigungen, dass die Wirkung der Zone durchaus infrage steht. So dürfen zum Beispiel alle Anwohner und Anlieger in die Zone in der Kölner Innenstadt hineinfahren und es gibt Ausnahmen für „Fahrten zur Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern“. Der Stern hatte schon recht, als er schrieb: „Feinstaub Alaaf!“

### Die dritte deutsche Umweltzone in Hannover entstand eher im Stillen. Ein gutes Zeichen?

Zunächst ja, denn obwohl das FDP-geführte Umweltministerium von Niedersachsen jede Unterstützung verweigert hat, gibt es jetzt eine Umweltzone in Hannover. Die Debatte lief nur wesentlich ruhiger ab als in den Millionenstädten Berlin und Köln. Das sorgte allerdings auch dafür, dass jetzt der Bekanntheitsgrad der Umweltzone nicht sehr hoch ist. Hier muss die Stadt noch viel Überzeugungsarbeit leisten.

### Warum ist Stuttgart nicht dabei? Eigentlich wollte die Stadt doch bei den Ersten sein.

Ja, nach der Ankündigung im Berliner Luftreinhalteplan zogen schnell andere Städte nach, auch Stuttgart. In der deutschen Feinstaub-Hauptstadt wurden letztes Jahr an der Station Neckartor 75 Tage über dem Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft gezählt. 2006 waren es sogar 175. Erlaubt sind aber nur 35. In ganz Baden-Württemberg besteht akuter Handlungsbedarf. Deshalb wollte das Umweltministerium die ersten sieben Umweltzonen im Daimler-Land schon 2007 einführen. Das stellte sich aber als zu ehrgeizig heraus. Nun ist für Stuttgart, Mannheim, Reutlingen, Tübingen, Karlsruhe, Ludwigsburg und weitere Städte der 1. März vorgesehen. Nach Anwohnerklagen gab es in Stuttgart immerhin ein Durchfahrverbot für Lkw, was den Lkw-Verkehr um neun Prozent verringerte. Trotzdem soll die Regelung mit dem Start der Umweltzone wegfallen.

### Im Ruhrgebiet scheinen die Bürger ganz andere Sorgen zu haben.

In der früheren Smogregion an Rhein und Ruhr gab es wegen des jetzt meist blauen Himmels durchaus Unverständnis gegenüber Luftreinhaltungsmaßnahmen. Der Strukturwandel schien das schon erledigt zu haben. Doch natürlich kommt es heute auch in allen Städten des Ruhrgebiets zu Überschreitungen von Grenzwerten an den Hauptverkehrsstraßen. Das liegt vor allem an den Fehlern in der Verkehrspolitik. Außerdem gibt es dort – anders als in Ostdeutschland – immer noch Emissionen aus Industriebetrieben. In Castrop-Rauxel musste sogar ein Luftreinhalteplan für Benzol aufgestellt werden. Sinnvoll wäre eigentlich

eine große Umweltzone für das ganze Ruhrgebiet. Stattdessen trafen wenig begeisterte SPD-Politiker aus den Städten auf widerwillige CDU-Amtsträger in den Regierungsbezirken und beim Land. Herausgekommen ist bisher nur ein 300 Meter langes „Umweltzönchen“ in Dortmund, wo es vorher ein Lkw-Fahrverbot gab. Ein zweiter Anlauf für die große Lösung ist aber für den Herbst angekündigt.

### Wie kam es zu dem Hin und Her in München?

Dort hat die rot-grüne Stadtregierung die Umweltzone früh in die Diskussion gebracht, ist dann aber an der CSU-Bezirksregierung von Oberbayern und an der eigenen Inkonsistenz gescheitert. Erst durch die gewonnene Klage eines Anwohners, die von der Deutschen Umwelthilfe und dem Bund Naturschutz unterstützt wurde, kam die Stadt wieder auf Kurs. Jetzt ist die erste bayerische Umweltzone für Oktober geplant. Auch in Augsburg und möglicherweise in Regensburg sollen Umweltzonen entstehen.

### Das waren aber nur fünf von sechzehn Bundesländern. Ist das alles?

Nicht ganz. Frankfurt am Main will im Herbst folgen und in Bremen gibt es Pläne vom neuen rot-grünen Senat. In den neuen Ländern tun sich die Städte noch schwerer als im Westen. Seit der Wende ist das Auto eine heilige Kuh, gegen die niemand vorgehen mag. Zumindest drei Städte haben jetzt Umweltzonen angekündigt: Gera für den kommenden Herbst, Dresden noch ohne Starttermin und Potsdam ab 2010, falls andere Maßnahmen wie eine verkehrsreduzierende Ampelschaltung nicht ausreichen. Halle, Leipzig und Magdeburg tun dagegen trotz mehrfacher Überschreitungen bisher nichts.

[Interview: Matthias Bauer]

**Martin Schlegel ist Geograf und arbeitet als Verkehrsreferent beim BUND Berlin.**  
**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 78790017, E-Mail: martin.schlegel@bund.net, www.bund.net**



gleich behandelt werden. Im Gegensatz zur Bahn sind Flugzeuge von der Mineralölsteuer und im internationalen Verkehr von der Mehrwertsteuer befreit. [mbu]

- UBA, Dessau/Anhalt, Tel. +49 (0)340 / 21030, E-Mail: pressestelle@uba.de, www.uba.de

#### Flughafen Frankfurt

### Kein Ausbau ohne Nachtflug

■ Im Dezember hat die hessische Landesregierung den Planfeststellungsbeschluss zum weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens unterzeichnet. Damit ist der Weg frei für eine vierte Landebahn und das Roden von 300 Hektar Wald. Vier Milliarden Euro sollen investiert werden, damit im Jahr 2020 etwa 2.000 tägliche Flugbewegungen auf dem Rhein-Main-Airport möglich werden. 17 Nachtflüge zwischen 23 und fünf Uhr werden erlaubt – dabei hatte die Landesregierung „Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot“ versprochen. Umweltverbände und Bürgerinitiativen protestierten. Passagierzahlen und Güterumschlag sind 2007 auf Deutschlands größtem Flughafen erneut gestiegen. [jg]

- BUND Hessen, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 677376-0, Fax -20, www.bund-hessen.de

#### WASSER & MEERE

#### Fischereiwirtschaft

### Kontrolle mit Augenzwinkern

■ Wenn die Kontrollen und Sanktionen beim Fischfang nicht verbessert werden, kann das verhängnisvolle Folgen für den europäischen Fischbestand haben. Das ist das Fazit des jüngsten Berichts des Europäischen Rechnungshofes zur Fischereiwirtschaft in der EU. Die Behörde moniert vor allem zahlreiche Überschreitungen der Fangquoten sowie unseriöse Daten und mangelhafte Kontrollen der Mitgliedstaaten. Das Hauptproblem sieht der Rechnungshof darin, dass die EU-Kommission die Fischfangquoten zwar überwacht, die EU-Länder aber für die Umsetzung zuständig sind. Dabei würden die Kontroll- und Sanktionssysteme nicht greifen. Die nationalen Kontrolleure können laut dem Bericht nicht gewährleisten, dass Verstöße gegen Fangquoten tatsächlich verhindert oder überhaupt erst aufgedeckt werden.

Die EU-Kommission will die Fischereikontrollen Mitte 2008 neu regeln. 2010 soll die elektronische Berichterstattung für Fischerboote eingeführt werden. [mbu]

- www.euractiv.com/de/umwelt/168908

#### Flussausbau

### Werft soll ans Meer, nicht umgekehrt

■ Die Umweltorganisationen BUND und WWF haben Ende letzten Jahres gegen den erneuten Ausbau der Ems Rechtsmittel eingelegt und Akteneinsicht verlangt. Ihren Widerspruch gegen die vorläufige Baugenehmigung begründeten sie damit, dass die Teilgenehmigung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest europäisches Naturschutz- und Umweltrecht verletze. Die Fahrerin der Ems soll verbreitert und eine Brücke umgebaut werden. Das soll die Überführung einer neuen Generation von Kreuzfahrtschiffen von der Papenburger Meyer-Werft an die Nordsee ermöglichen. BUND und WWF wollen stattdessen Teile der Meyer-Werft an die Küste verlegen.

Vier Mal wurde die Ems seit 1984 bereits vertieft. Anders als von den Planern dargestellt, sei der Fluss dabei dauerhaft geschädigt worden, so die Verbände. Die Behauptungen der Landkreise Emsland und Leer, die neuerlichen Eingriffe seien umweltverträglich, halten sie für unglaubwürdig. [jg]

- BUND, Marita Wudtke, Hannover, Tel. +49 (0)511 9656918, E-Mail: marita.wudtke@bund.net

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## Z wie Zukunftsmacher

Karriere machen, die Welt verbessern und auch noch glücklich sein – das sind ja gleich drei Wünsche auf einmal! Das geht doch gar nicht! – Oder doch? Das Buch »Die Zukunftsmacher« stellt Ihnen 23 inspirierende Menschen vor, die es geschafft haben, ihr Leben in den Dienst einer guten Sache zu stellen, erfolgreich zu sein und dabei glücklich und zufrieden zu werden.

J. Stefánska, W. Hafemayer

**Die Zukunftsmacher**

Eine Reise zu Menschen, die die Welt verändern – und was Sie von ihnen lernen können  
oekom verlag, München 2007, 256 Seiten, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-086-1

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

**oekom**  
verlag

Fischfangquoten 2008

## Lizenz zum Plündern noch einmal verlängert

■ Im vergangenen Dezember hat sich der Rat der EU-Agrarminister in Brüssel auf die Fischfangquoten für 2008 geeinigt. Danach wird die Fangmenge für Kabeljau in der Nordsee um etwas mehr als ein Zehntel heraufgesetzt. Laut Bundeslandwirtschaftsministerium profitieren davon die deutschen Fischer. Die Fangmenge habe erhöht werden können, weil sich „nach wissenschaftlicher Einschätzung“ die Bestände erholt hätten. Die Fangquoten für Heringe würden dagegen heruntergefahren, damit die Anzahl der Fische wieder steigen könne. Zum Ausgleich wurde aber die Fangmenge von Makrelen erhöht.

Umweltverbände kritisierten den Ministerratsbeschluss. Der WWF nannte die nationalen Zuteilungen und die festgelegten Höchstgrenzen eine „Lizenz zum Plündern“. Er befürchtet den Kollaps des Kabeljau-Vorkommens. Seit Anfang der 1970er Jahre sei der Bestand des Nordseekabeljaus um vier Fünftel zurückgegangen. Greenpeace monierte erneut, dass die Landwirtschaftsminister wissenschaftliche Erkenntnisse über die Bedrohung der Bestände in den Wind geschlagen hätten.

Bereits zu Beginn des Agrarministertreffens hatten Umweltschutzorganisationen gegen die Fischereipolitik protestiert. Sie warnten davor, dass viele Arten in den EU-Gewässern in ihrer Existenz bedroht seien, falls die Überfischung nicht aufhöre. Greenpeace-Aktivisten hatten das Ratsgebäude in Brüssel zugemauert und darauf gesprüht: „Geschlossen, bis sich die Fischbestände erholt haben.“

Umweltverbände kämpfen seit Langem gegen die Überfischung der europäischen Meere. Auch die EU-Kommission würde die Fangquoten für bestimmte Fischarten stärker senken. Diese Pläne scheitern jedoch immer wieder an den großen Fischfangländern wie Spanien, Frankreich oder Polen. [mbu]

► WWF, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 791440, Fax -617221, E-Mail: info@wwf.de, www.wwf.de

Klimawandel

## Quallenplagen, Eisendüngung und die Zukunft der Meere

■ Der Klimawandel hat bereits erhebliche Auswirkungen auf das Ökosystem Meer. ForscherInnen aus Deutschland und Dänemark haben Temperaturmessungen in der Ostsee aus den letzten 140 Jahren verglichen und einen Anstieg um 1,4 Grad im sommerlichen Oberflächenwasser festgestellt. Das habe unter anderem zur Folge, dass typische Mittelmeerfische immer öfter in der Ostsee gefunden werden, teilte das Institut für Ostseeforschung in Rostock-Warnemünde mit. Auch die Nordsee erwärme sich. Die Häufung von Quallenplagen schreiben ForscherInnen – neben der Eutrophierung und der Überfischung – ebenfalls dem Klimawandel zu.

Dabei sollen die Meere nach Plänen einiger Unternehmen im Kampf gegen die Klimaerwärmung helfen. Mittels Eisendüngung wollen sie das Wachstum von Algen fördern, damit diese mehr CO<sub>2</sub> binden. Gleichzeitig soll das Wachstum der Unternehmen mittels Emissionszertifikaten für diese Tätigkeiten gefördert werden. Forscher der Universitäten Oregon und Stanford haben allerdings festgestellt, dass diese „Ozeandüngung“ nicht so wirksam ist wie gedacht. Das Kohlendioxid werde nur dann wirklich gebunden, wenn die Algen danach auf den Meeresboden sinken. Dieser „Biologische-Pumpe“-Effekt sei aber während der Algenblüte, die durch die Düngung künstlich verlängert werde, nur eingeschränkt wirksam. Es werde weit weniger Kohlenstoff nach unten transportiert als während anderer Phasen.

Währenddessen häufen sich alarmierende Prognosen für Korallenriffe. Diese gelten als Gefahrenanzeiger. Seit Ende 2007 stehen Korallenriffe, die einem Viertel aller weltweit vorkommenden Fischarten als Lebensraum und vielen Millionen Menschen als Lebensgrundlage dienen, auf der Roten Liste der gefährdeten Arten und Biotop. 30 Prozent aller Korallenriffe sind bereits geschädigt. Neben der Umweltverschmutzung sei für ihr Aussterben auch

der Klimawandel verantwortlich, sagte der Meeresbiologe Jörg Ott von der Universität Wien gegenüber der Zeitung Die Welt.

Unabhängig von der Klimaerwärmung führt mehr CO<sub>2</sub> im Meer zu einer Versauerung. Dadurch sind Korallenriffe, die größtenteils aus Kalkstein bestehen, zusätzlich gefährdet. Nach Angaben des Geochemikers Ken Caldeira von der Carnegie Institution in Stanford (Kalifornien) ist der CO<sub>2</sub>-Gehalt des Meerwassers von 280 Teilchen pro Millionen (ppm) in vorindustrieller Zeit auf jetzt 380 ppm angestiegen. Dieses Jahrhundert dürfte demnach entscheidend sein für die Zukunft der Meere. [jg]

- [www.kurzlink.de/eisenduengung](http://www.kurzlink.de/eisenduengung)
- [www.io-warnemuende.de](http://www.io-warnemuende.de)
- <http://globalecology.stanford.edu>

Meeresschutz

## EU will Meeresbiotope heilen

■ Bis 2020 sollen die EU-Staaten Maßnahmen ergreifen, die die europäischen Meere vor Verschmutzung schützen und den Verlust von Arten und Lebensräumen vermeiden. Das sieht die Richtlinie zur Meeresstrategie vor, die das Europäische Parlament am 11. Dezember in zweiter Lesung gebilligt hat. Weil sich der Zustand der europäischen Meere immer weiter verschlechtert, hatte die EU-Kommission im Herbst 2005 eine Strategie für ihren Schutz vorgeschlagen. Ziel ist es, dass alle Meere der EU in den kommenden zwölf Jahren gesund werden. Dazu müssen die EU-Staaten bis 2015 ihre Programme zum Meeresschutz vorlegen. Greenpeace bezeichnete die Strategie-Richtlinie als mittelmäßig und warnte vor weiteren Abschwächungen durch die Mitgliedstaaten. Man müsse nun wachsam die Durchführung verfolgen.

Mehrere EU-Staaten sind allerdings noch mit der Umsetzung einer früheren Richtlinie zum Schutz der Meere beschäftigt. Die EU-Kommission hat Zypern, Estland, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Malta, Portugal und Großbritannien letzte Mahnungen geschickt, weil sie bis zum

1. April 2007 noch keine Regelungen verabschiedet hatten, die die Einleitung von Schadstoffen ins Meer mit Strafe belegt. Kommen die Staaten der Aufforderung zur Umsetzung der Richtlinie nicht nach, droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. [mbu, jg]

- ▶ Meerespolitik der EU: [www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/index\\_de.html](http://www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_de.html)
- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/1796)

### Hochwasserschutz

## Richtlinie gibt Planern zu tun

■ Ende November ist die EU-Hochwasserrichtlinie (2007/60/EG) in Kraft getreten. Sie soll Risiken und nachteilige Folgen von Hochwasser verringern. Die EU-Staaten sollen zunächst die am meisten gefährdeten Gebiete ermitteln. Die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe müssen sie mit den Nachbarländern abstimmen. Nur nach vorheriger Absprache dürfen sie Maßnahmen treffen, die das Hochwasserrisiko stromaufwärts oder stromabwärts erhöhen könnten. Vorläufige Bewertungen des Hochwasserrisikos, Karten und Managementpläne müssen öffentlich zugänglich sein.

Die Umsetzung der Rechtsvorschriften läuft in drei Phasen ab.

- ▶ Bis 2011: Hochwasserrisiko in den Flusseinzugsgebieten bewerten;
- ▶ bis 2013: Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten erstellen;
- ▶ bis 2015: Hochwasserrisikomanagementpläne ausarbeiten, um nicht vertretbare Flächennutzungen, wie den Bau von Häusern in Hochwasserrisikogebieten, zu verhindern.

Verbände wie das Europäische Umweltbüro, WWF oder BUND fordern Vorrang für den ökologischen Hochwasserschutz. Die EU und die Mitgliedstaaten müssten den Auenschutz sowie die Qualitätsziele der Biodiversitätsstrategie und der Wasserrahmenrichtlinie besser beachten. [jg]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/1766)
- ▶ Umweltverbände: [www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

### Welterbe Wattenmeer

## Hamburg stellt sich quer

■ Das Wattenmeer soll Weltnaturerbe werden, doch die Antragstellung bei der Unesco gestaltet sich überraschend schwierig. Hamburgs Wirtschaftsbehörde stellte sich quer, obwohl 83 Prozent der HamburgerInnen laut einer WWF-Umfrage eine Anmeldung befürworten. Schleswig-Holstein, Niedersachsen und die Niederlande hatten das umfangreiche Antragsdokument bereits verabschiedet, als Hamburg die Kehrtwende mit befürchteten Schwierigkeiten beim Ausbau der Elbe begründete. Der Bund und die anderen Länder wollen die Anmeldung nun allein weiter verfolgen.

Falls das Wattenmeer als Weltnaturerbe anerkannt wird, würde es neben anderen einmaligen Naturgebieten wie den Galápagos-Inseln oder dem Grand Canyon stehen. Von den rund 850 natürlichen oder von Menschen geschaffenen Unesco-Welterbestätten auf sechs Kontinenten liegen etwa 400 in Europa. In Deutschland gibt es neben 31 Kulturstätten bisher nur eine Naturstätte, die als Welterbe anerkannt ist: die Grube Messel bei Darmstadt. [jg]

- ▶ WWF Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200-118, [www.kurzlink.de/welterbe-wattenmeer](http://www.kurzlink.de/welterbe-wattenmeer)
- ▶ [www.unesco-welterbe.de](http://www.unesco-welterbe.de)

### WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

### Preisverleihung I

## Deutschland saht beim Lobby Award ab

■ Deutschland nimmt erneut eine wirtschaftliche Spitzenposition ein: Drei deutsche Unternehmen und ein Interessenverband haben bei den „Worst EU Lobby Awards“ 2007 die ersten Plätze erreicht. BMW, Daimler-Benz und Porsche erhielten die Negativauszeichnung im Dezember wegen einer gemeinsamen Kampagne „für

die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen“ – so die Jury. In der Online-Abstimmung hatte gut ein Drittel der 6.600 europäischen TeilnehmerInnen für die Hersteller großer und schneller Autos votiert. Auf die folgenden Plätze gelangten unter anderem die Brüsseler Lobbyagentur Cabinet Stewart für ihre Anti-Klimaschutz-Kampagne und die Ölfirma Repsol als Mitautorin der EU-Biokraftstoffstrategie.

Der „Worst EU Greenwash Award“, eine weitere Kategorie der Negativpreise, ging an das Deutsche Atomforum mit seiner Kampagne für längere Laufzeiten von abgeschriebenen Kernkraftwerken. In einer Broschüre warb die Atomlobby mit dem angeblich positiven Klimaeffekt von AKWs. Zu den weiteren Preisträgern gehörten die Ölgiganten Exxon und Shell.

Der Umweltverband Friends of the Earth Europe forderte bei der Preisverleihung wirksame Transparenzregeln für EU-Lobbyisten. Das Thema steht für 2008 auf der Agenda des EU-Parlaments. [mbu]

- ▶ [www.worstlobby.eu/2007](http://www.worstlobby.eu/2007)

### Preisverleihung II

## Öko-Manager 2007

■ Bionade-Chef Peter Kowalsky ist einer der drei „Öko-Manager des Jahres 2007“. Auch der Gründer des Bürowarenversandhauses memo, Jürgen Schmidt, und der Chef der Münchner Rückversicherung Nikolaus von Bomhard erhielten im Dezember den vom WWF und dem Wirtschafts-magazin Capital ausgeschriebenen Preis. Die Juroren schrieben zur Begründung, Peter Kowalsky habe es geschafft, ein Bioprodukt in einem Massenmarkt zu etablieren. Den Preis für Nikolaus von Bomhard erklärten sie mit dessen Pionierleistungen zur Erforschung des Klimawandels. Jürgen Schmidt wurde für nachhaltige Konzepte auf allen Ebenen seines Unternehmens mit dem Preis in der Kategorie Mittelstand geehrt. [ms]

- ▶ [www.capital.de/oekomanager](http://www.capital.de/oekomanager)

## THEMA

## Deutscher Naturschutzring stellt Weichen für die Zukunft

Auf seiner Mitgliederversammlung hat der DNR die Weichen für seine Arbeit im Jahr 2008 und darüber hinaus gestellt. Der Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände wird sich in diesem Jahr vor allem um Biodiversität und Klimapolitik kümmern, aber auch zu Regionalbahnen und Umweltschutzstrukturen arbeiten. Wichtige neue Mitgliedsverbände wurden aufgenommen und langjährige Aktive geehrt.

■ Die DNR-Mitgliederversammlung am 24. November 2007 in Berlin hat wichtige Beschlüsse zur Zukunft des Deutschen Naturschutzrings gefasst. In seiner programmatischen Eröffnungsrede appellierte Präsident Hubert Weinzierl an die Verantwortung Europas für einen zukunftsfähigen Kulturentwurf der Nachhaltigkeit.

### „Sind wir noch zu retten?“

Seine mit Begeisterung aufgenommenen Festvortrag stellte Enoch zu Guttenberg unter die provozierende Überschrift „Sind wir noch zu retten“. Der bekannte Dirigent und Naturschutzaktivist sagte, die Generation der Informationsgesellschaft, die ihr Wissen nur noch über Fernsehen und Internet beziehe, bekomme auch gegenüber ihrer Mit- und Umwelt eine gleichsam virtuelle Wahrnehmung. Doch Natur und auch Kultur ließen sich nicht virtuell retten. Unsere Gesellschaft sei verantwortlich für die Katastrophen, das Leid und die Zerstörung, die sie – wissentlich und belegbar – den Menschen jenseits der Wohl-

standsenklaven und in naher Zukunft auch unseren eigenen Nachkommen beschere. Der DNR hat den Vortrag auf seiner Internetseite veröffentlicht.

### Arbeitsschwerpunkte 2008

Neben den vom DNR-Präsidium festgelegten Schwerpunkten Biodiversitätskonferenz und Klima- und Energiepolitik (siehe nächste Seite) beschlossen die Mitglieder, dass der mobile Schienenverkehr in der Fläche und die Debatte über einen Strukturwechsel im Umweltschutz die weiteren Prioritäten des Dachverbandes für 2008 sein sollen.

### Vier neue Mitgliedsverbände – Stärkung der agrarpolitischen Kompetenz

Im Deutschen Naturschutzring sind jetzt 98 Verbände zusammengeschlossen. Die DNR-Gemeinschaft nahm in Berlin vier neue Mitglieder auf:

Das Berliner Artenschutz Team BAT e.V. schützt und entwickelt eines der wichtigsten Fledermaus-Winterquartiere

Europas in der Spandauer Zitadelle in Berlin. Teile der bedeutenden Festungsanlage sind als FFH-Gebiet gemeldet. Das BAT gestaltet diesen und die umliegenden Naturräume nach einem Schutzkonzept. Schwerpunkte sind Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung.

Demeter ist der älteste ökologische Anbauverband und steht für Produkte der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise. In Deutschland wirtschaften etwa 1.400 Landwirte auf rund 50.000 Hektar Fläche nach Demeter-Richtlinien. Demeter verfolgt ein ganzheitliches Konzept und setzt sich sehr engagiert für eine naturgemäße Landwirtschaft ein.

GÄA – Vereinigung ökologischer Landbau e.V. ist ebenfalls ein Öko-Anbauverband. Er vertritt in Deutschland 485 Höfe mit 51.000 Hektar Fläche hauptsächlich in Ostdeutschland. Hier setzt er sich besonders beim Strukturaufbau für den Öko-Landbau ein. Mit Bioland, Demeter und GÄA sind jetzt die größten, fachlich anspruchsvollsten und agrarpolitisch ak-

newsletter  
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... „druckfrisch“ über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:  
[www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html](http://www.oekom.de/aktuelles/newsletter.html)

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom  
verlag

tivsten Anbauverbände im DNR vertreten.

Der Verein der Freunde des Ersten Deutschen Nationalparks Bayerischer Wald e.V. ist Herausgeber der Zeitschrift „Nationalpark“, mit der er sich für die Förderung und Entwicklung der Großschutzgebiete in Deutschland engagiert. Als Herausgeber der Zeitschrift „Schöner Bayerischer Wald“ unterstützt er die integrierte, nachhaltige Regionalentwicklung in der Region.

### Deutsche Naturschutzmedaille verliehen

Der DNR verlieh erstmals die neu geschaffene „Deutsche Naturschutzmedaille“ an Albert Lippert, der seit mehr als 60 Jahren im Naturschutz aktiv tätig und „ein Vorbild und Pionier im ehrenamtlichen Naturschutz ist. Verantwortung, Ehrfurcht und Liebe vor dem Leben und der Natur stehen im Mittelpunkt seines Lebenswerkes“, hieß es in der Laudatio. Noch heute leitet Albert Lippert den Arbeitskreis Ehrenamt im DNR. In dem Dachverband mit heterogener Struktur ist er eine wichtige Integrationsperson. Er hat sich immer für Ausgleich, Zusammenhalt und Gemeinsamkeit engagiert. Auch dafür wurde er nun geehrt.

### Resolutionen: Rußfilter und Tierhaltung

Die DNR-Verbände forderten in einer Resolution vom Bundesumweltministerium die lückenlose Aufklärung des Rußfilterskandals und die Rücknahme der Abberufung von Axel Friedrich als Abteilungsleiter Verkehr und Lärm beim Umweltbundesamt.

In einer weiteren Resolution forderten der DNR und seine Mitgliedsverbände die Bundesregierung auf, sich aus Gründen des Tier- und Klimaschutzes nachdrücklich für eine Extensivierung der Tierhaltung und eine Verringerung der Tierbestände in der Landwirtschaft sowie für eine Förderung regional geschlossener Betriebskreisläufe einzusetzen.

Auf Antrag des Bund Naturschutz in Bayern wurde beschlossen, dass der DNR mit seinen Mitgliedsverbänden zur Unterstützung der Biodiversitätskampagne zum UN-Gipfel im Mai in Bonn ein Amphibi-

enprojekt entwickelt. Es soll die Bedeutung des Amphibienschutzes in Mitteleuropa darstellen und durch Exkursionen, etwa im Raum Bonn, Kooperationen auf diesem Gebiet unterstützen.

Die nächste DNR-Mitgliederversammlung soll am 29. November 2008 in Berlin oder Frankfurt am Main stattfinden.

[Helga Inden-Heinrich]

- ▶ Enoch zu Guttenberg: „Sind wir noch zu retten“, Festvortrag, Download (PDF, 17 S., 70 kB): [www.kurzlink.de/guttenberg](http://www.kurzlink.de/guttenberg)
- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- ▶ BAT e.V., Berlin, Tel. +49 (0)30 / 367500-61, Fax -62, E-Mail: [info@bat-ev.de](mailto:info@bat-ev.de), [www.bat-ev.de](http://www.bat-ev.de)
- ▶ Demeter, Darmstadt, Tel. +49 (0)6155 / 84690, E-Mail: [info@demeter.de](mailto:info@demeter.de), [www.demeter.de](http://www.demeter.de)
- ▶ GÄA, Dresden, Tel. +49 (0)351 / 4012389, E-Mail: [info@gaea.de](mailto:info@gaea.de), [www.gaea.de](http://www.gaea.de)
- ▶ Verein der Freunde des Nationalparks Bayerischer Wald, Grafenau, Tel. +49 (0)8552 / 625060, [www.nationalparkfreunde.de](http://www.nationalparkfreunde.de)

## DNR INTERN

### Präsidiumssitzung

## DNR-Schwerpunkte für 2008

■ Das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings hat auf seiner Sitzung am 24. November 2007 unmittelbar vor der DNR-Mitgliederversammlung (siehe Artikel oben) die Themenschwerpunkte für 2008 festgelegt. Es sind die UN-Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über den Schutz der Biologischen Vielfalt (CBD COP 9) im Mai in Bonn sowie die Klima- und Energiepolitik. Außerdem soll eine ausführliche Diskussion über einen „Strategiewechsel der Umweltverbände“ mit einem Verbändeforum am 11. März eingeleitet werden.

Das DNR-Präsidium forderte außerdem die Mitgliedsverbände des DNR auf, über ihre Kooperationsformen und -möglichkeiten mit Unternehmen zu berichten. Auf dieser Grundlage soll ein Transparenzpapier für alle Umweltverbände erarbeitet

werden, das allgemeine und abgestimmte Leitlinien für den Umgang mit Unternehmen benennt. Bei der nächsten DNR-Mitgliederversammlung Ende 2008 soll ein solches Papier verabschiedet werden.

Die Initiative des DNR-Arbeitskreises Ehrenamt für eine Imagekampagne und die Fortführung des Lehrgangs für FreiwilligenmanagerInnen wurde vom DNR-Präsidium begrüßt. Ferner lobte es die Organisation und Durchführung der Lobbyfahrt nach Brüssel durch die EU-Koordination des DNR (siehe folgender Beitrag). Für eine Fortführung des neuen „Kurs Zukunftspiloten“ wurden 16 neue KandidatInnen ausgewählt. Der Kurs wird 2008 wieder über die Bewegungsakademie angeboten.

Das DNR-Präsidium lehnte zudem die Ernennung des Siebengebirges zum Nationalpark auch bei einer Ausweitung nach Rheinland-Pfalz ab. Die Ernennung und Schaffung neuer Nationalparke in geeigneten Regionen wird aber befürwortet.

Das Präsidium beschloss außerdem, nach Klärung aller Personal- und Finanzierungsfragen die DNR-Hauptgeschäftsstelle zum 31. Dezember 2011 von Bonn nach Berlin zu verlegen. [hih]

- ▶ DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Europäische Vernetzung

## Lobbyfahrt nach Brüssel

■ Sehr erfolgreich war eine von der EU-Koordination des DNR für 26 Aktive aus den deutschen Naturschutzverbänden organisierte dreitägige Studien- und Lobbyfahrt Ende November nach Brüssel. Die Fahrt sollte die UmweltschützerInnen motivieren, durch bessere Kenntnis der EU-Prozesse eigene Netzwerke und Kontakte aufzubauen, um die Arbeit auf die europäische Ebene auszudehnen. Das ist im Umweltschutz besonders wichtig, wo 80 Prozent der Gesetzgebung von Bund und Ländern ihren Ursprung in Brüssel haben. Fast alle Änderungen im deutschen Umweltrecht werden derzeit dort angesto-

ßen. Themenschwerpunkt der Reise war der Komplex Klima/Energie/Verkehr.

Zur Einführung nahm die Gruppe an Informationstreffen von EU-Parlament und -Kommission sowie der Bayerischen Landesvertretung teil. Bei Treffen mit KollegInnen aus Verbänden wie dem Europäischen Umweltbüro (EEB), dem Climate Action Network (CAN) und der Weltnaturschutzunion IUCN erweiterten die Teilnehmenden ihre Kenntnisse und Netzwerke. Lobby- und Fachgespräche fanden zum einen mit EU-Parlamentsabgeordneten wie Peter Liese, Rebecca Harms und Michael Cramer statt, auf dessen Einladung die Gruppe angereist war. Zum anderen trafen die Umweltaktiven Vertreter der EU-Kommission, darunter die Leiter der Generaldirektionen Energie und Umwelt, Alfonso Gonzáles Finat und Jos Delbeke. Ein Termin beim Lobbyisten Frank Schwalba-Hoth und eine Lobby-Stadtführung zeigten Brüssel als Lobbymetropole. Besonders ergiebig war nach Ansicht der Gruppe ein Treffen mit Michael Cramer, weiteren Abgeordneten und FachreferentInnen der Grünen-Fraktion. [bv]

- ▶ DNR, Bjela Vossen, EU-Koordination, Berlin, Tel. 030 / 2408828-0, E-Mail: bjela.vossen@dnr.de, www.eu-koordination.de

### Atomausstieg

## Ökostromkampagne

■ Die Kampagne „Atomausstieg selber machen“ wird jetzt vom Deutschen Naturschutzring koordiniert. Mit der im September 2006 gestarteten Aktion wollen die Umweltverbände die Stromkunden zur Abkehr von den Energiekonzernen und zum Umstieg auf unabhängige Ökostromanbieter bewegen und so die Energiewende voranbringen. 20 Verbände und Organisationen haben sich zu der bislang sehr erfolgreichen Kampagne zusammengeschlossen, die Michael Meyer nun vom Berliner DNR-Büro aus leitet. [mb]

- ▶ Atomausstieg selber machen, Tel. +49 (0)800 / 7626852, www.atomausstieg-selber-machen.de

### Umzug

## DNR Berlin und umwelt aktuell unter neuer Nummer

■ Ende Januar ist das Berliner Redaktions- und Projektbüro des Deutschen Naturschutzrings zusammen mit der Berliner Geschäftsstelle des Forum Umwelt & Entwicklung in die Marienstraße 19–20 in Berlin-Mitte umgezogen. Auch die Telefon- und Faxnummern haben sich geändert.

Damit ändern sich auch Anschrift und Telefonnummern der „umwelt aktuell“-Redaktion. Alle E-Mail- und Internetaadressen bleiben jedoch gleich. [mb]

- ▶ DNR, Berliner Geschäftsstelle, Marienstr. 19–20, 10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2408828-0, Fax -80, E-Mail: info-berlin@dnr.de
- ▶ umwelt aktuell, Tel. +49 (0)30 / 2408828-81, -82

### AUS DEN VERBÄNDEN

#### Unternehmensverantwortung

## Instrument zur Bewertung von NGO-Partnerschaften

■ Um Partnerschaften zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Europa bewerten zu können, hat das italienische Active Citizenship Network ein Evaluierungsinstrument entwickelt. Die Methode beruht auf einem Katalog von Fragen an die kooperierenden Personen. Das Ergebnis soll zu mehr Transparenz und einer besseren Zusammenarbeit führen. Ausgelöst hat das Projekt eine Studie von 2006 über den Erfolg von Partnerschaften zwischen Unternehmen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft. Danach nehmen Kooperationen zwischen Unternehmen und NGOs europaweit zu, wobei aber Ziele und Nutzen oft unklar blieben. Auf einer Tagung im September 2007 beschlossen deshalb Verbände und Kooperationspartner aus

14 europäischen Staaten, bis Ende 2007 ein Bewertungsinstrument zu entwickeln. Deutscher Projektpartner ist das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Der DNR führt bis Ende 2008 eine Mitgliederbefragung zu Firmenkooperationen durch und erarbeitet ein Transparenzpapier. [io]

- ▶ Projekt (engl.): [www.activecitizenship.net/projects/project\\_citizens\\_as\\_csr\\_partners.htm](http://www.activecitizenship.net/projects/project_citizens_as_csr_partners.htm)
- ▶ BBE, Susanne Lang, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980-110, Fax -151, E-Mail: susanne.lang@b-b-e.de, www.b-b-e.de

### PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

#### Medienpreise

## Monitor-Redaktion und Autor Gründinger geehrt

■ Die Redaktion des WDR-Politikmagazins „Monitor“ hat im Dezember den „Umweltpreis für JournalistInnen“ 2007 erhalten. Die Deutsche Umweltstiftung würdigte damit vor allem die „engagierte Berichterstattung und Kommentierung sowie die präzisen Analysen“. Dazu zählten die regelmäßigen Beiträge über Klimawandel und Energiepolitik sowie auch Berichte zum sorgsamem Umgang mit Wasser, Luft und Boden.

Bei der Preisverleihung in Köln wurde auch der im August von der Umweltstiftung vergebene Buchpreis „Lesen für die Umwelt“ 2007 überreicht. Der Autor Wolfgang Gründinger erhielt ihn für sein Buch „Die Energiefalle – Rückblick auf das Erdölzeitalter“. Die Jury nannte das Buch einen „furiösen Aufruf an die Politik“.

Vorschläge für 2008 können bei der Stiftung eingereicht werden. [mb]

- ▶ Deutsche Umweltstiftung, Gernersheim, Tel. +49 (0)7274 / 4767, Fax 77302, [www.deutschemweltstiftung.de](http://www.deutschemweltstiftung.de)
- ▶ [www.monitor.de](http://www.monitor.de)
- ▶ [www.wolfgang-gruendinger.de](http://www.wolfgang-gruendinger.de)

## REZENSIONEN

## Eisenbahn und Tempowahn

Der Tempowahn hat in Deutschland Methode, und so gönnen wir uns weiterhin den Luxus, weltweit das einzige Land zu sein, in dem rücksichtslos gerast werden darf. Winfried Wolf zeigt die Schattenseiten der grenzenlosen Mobilität schonungslos auf.



Nein, lange ist es dem Thema „Tempolimit“ wirklich nicht gelungen, sich in den Medien hierzulande zu behaupten. Unendliche Staus, Treibhausgas, bedenklich wachsende Aggressionen im Straßenverkehr – alles keine Argumente für die deutsche Politik.

Doch wer hat beispielsweise die zunehmende Verrohung der Sitten auf Deutschlands Straßen zu verantworten? Ist es wirklich nur das archaische Bedürfnis des Mannes nach Macht und Geschwindigkeit? Der Politologe Winfried Wolf, einstmals im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, heute als freier Journalist tätig, nennt weitere Aspekte: Die unter enormem Termindruck stehenden Lkw-Fahrer, das neuartige Phänomen der rasenden Kleintransporter und die gezielte, Sicherheit vermittelnde Aufrüstungsstrategie der Autoindustrie. Letztere feiert sich und das Automobil immer noch regelmäßig auf anachronistischen Veranstaltungen wie der Messe IAA. Dort präsentiert man(n) zweifelhafte Errungenschaften wie neuen Luxus und neue Spitzengeschwindigkeiten – verrückt angesichts der Tatsache, dass in manchen Städten dieser Welt ohnehin nur noch im Schrittempo gefahren werden kann. Insgesamt ist das Kapitel „Struktur und Kosten der Autogesellschaft“ voll von derartigen Wunderlichkeiten. Wer auch die Schattenseiten der automobilen Gesellschaft erkannt hat, wird sich hier immer wieder bestätigt finden, aber auch viel Neues erfahren.

Insgesamt bietet das vorliegende Buch jedoch weit mehr. Es ist eine äußerst faktenreiche Geschichte des Verkehrs seit der Industrialisierung. Alles schon mal da

gewesen? In der Tat: „Eisenbahn und Autowahn“ hieß das Werk, welches der Autor bereits 1986 als Hochschulschrift vorgelegt hatte. Die umfangreichen Veränderungen und Aktualisierungen rechtfertigen jedoch eine erneute Lektüre und Würdigung.

Winfried Wolf beginnt seine Darstellung mit dem Beginn des modernen Welthandels im 19. Jahrhundert, als Kanäle gebaut und die Eisenbahn den Fortschritt auch in die entlegensten Winkel dieser Welt brachte. Die Bahn förderte nicht nur die Industrialisierung, sondern brachte den oberen Zehntausend auch Reisesegen – und unterstützte so manchen Krieg mit dem Transport von Truppen. Ihr Niedergang wurde zunächst durch den Aufstieg des Automobils eingeleitet, später auch durch den unaufhaltsam wachsenden Luftverkehr.

Und wie sieht es heute aus? Waren aller Art sind grenzenlos zu Dumpingpreisen verfügbar, das Fliegen hat seine Stellung als „Luxusgut“ verloren. „Für 29 Euro Cevapcici. Flug Berlin – Ljubljana inbegriffen“, bringt es der Verfasser auf den Punkt. Was von der Branche als Fortschritt beworben wird, ist für Wolf ein Beitrag zur Zerstörung von Klima und Zukunft.

Den Weg aus der Sackgasse weist er uns am Ende des Buches: Die „7 Tugenden einer alternativen Verkehrsorganisation“ sollen es richten. Das Potenzial hierzu haben sie, die Bereitschaft zu handeln steht noch aus. Das informative Buch könnte hierzu einen Beitrag leisten, weil es die Schattenseiten der grenzenlosen Mobilität schonungslos aufzeigt. Zu befürchten bleibt indes wie so oft, dass es nur von denjenigen gelesen wird, die das ohnehin bereits erkannt haben. **[Christoph Hirsch]**

► Wolf, W.: Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns. Promedia, Wien 2007, 495 S., 34,90 €, ISBN 978-3-85371-271-9.

## Die Axt im Walde...

... hat längst ausgedient. Mit schweren Maschinen rückt die Menschheit dem Regenwald auf den Leib. Eine alarmierende Bestandsaufnahme zu den grünen Lungen der Welt.



Wo einstmals eine dünn gesäte sogenannte indigene Bevölkerung Brandrodung mit Axt und Hacke betrieb, haben heute Kettensägen, Bulldozer und anderes schweres Gerät Einzug gehalten.

Dem tropischen Regenwald geht es an den Kragen! Die Autorin Emmanuelle Grundmann nennt erschreckende Zahlen: „In Asien sind nur noch 28 Prozent des einstigen Waldbestandes, unter ihnen nur noch 6 Prozent der ursprünglichen, intakten Wälder, erhalten.“ In den anderen Tropenkontinenten sieht es nicht wesentlich besser aus.

Die streitbare Primatenforscherin und Präsidentin des französischen Jane-Goodall-Instituts hat eine alarmierende Bestandsaufnahme vorgelegt und diese mit einer Vielzahl grundlegender Informationen über die Tropenwälder garniert. Über ihre angepasste „vorzeitliche“ Nutzung ist ebenso zu lesen wie über deren natürliche Fluktuation im Verlauf der Erdgeschichte und den kurzgeschlossenen, störungsanfälligen Nährstoffkreislauf.

Hauptthema ist jedoch die Zerstörung des „smaragdgrünen Eden“, deren globale Auswirkungen und die Gründe dafür. Letztere sind vielfältig, verantwortlich ist zumeist der homo oeconomicus der westlichen Hemisphäre und sein Heißhunger auf schickes Tropenholz, herzhaftes Rindfleisch und schmackhafte Garnelen, auf blütenweißes Papier und pechschwarzes Öl. Auf der Strecke bleibt dabei nicht nur die enorme Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren. Die Eingriffe sind oftmals (mit) Ursache für Kriege und beschneiden die berechtigten Ansprüche



der „Einheimischen“. Kaum eine Facette des Themas bleibt unerwähnt, die Art der Präsentation als Erfahrungs- und Erlebnisbericht ist inzwischen ein Markenzeichen des Verlagshauses Riemann. Diese Art der Wissensvermittlung ist oftmals besser geeignet als eine nüchterne wissenschaftliche Publikation. Prädikat: informativ und gut lesbar.

[Christoph Hirsch]

- Grundmann, E.: Wälder, die wir töten. Über Waldvernichtung, Klimaveränderung und menschliche Unvernunft. Riemann, München 2007, 319 S., 18,- €, ISBN 978-3-570-50086-6

## Nachhaltigkeitskriterien für die Biomassenutzung



■ Nicht alles, was sich mit der Vorsilbe „Bio“ schmückt, ist auch „öko“. Das gilt auch für die „Bioenergie“ und speziell für „Biokraftstoffe“ aus nachwachsenden Rohstoffen, also

aus Pflanzen. Aus dem, was Wissenschaftler distanziert als „Nutzungskonflikt“ bezeichnen, machen die Medien einen plakativen Spruch wie „Voller Tank oder voller Bauch“.

Die Schrift mit dem sperrigen Titel „Kriterienmatrix zur stofflichen und energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe“ soll zu einer Versachlichung dieser Diskussion beitragen. Der Herausgeber, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, geht davon aus, dass „nachwachsende Rohstoffe nicht per se umweltfreundlich“ sind, dass aber mit der Ökobilanz oder der Ökoefizienzanalyse Nachhaltigkeit messbar gemacht werden kann. Gleichzeitig wird allerdings festgestellt, dass die Datenbasis dafür noch sehr unvollständig sei.

Im ersten Teil werden verschiedene Studien ausgewertet, die Voraussagen über die Entwicklung der Agrarproduktion und von Erträgen und Preisen landwirtschaftlicher Produkte machen. Es fällt auf, dass

diese Angaben sehr vage und mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Szenarien, die sich auf Nahrungsmittel beziehen, kalkulieren weder die wachsende Nachfrage nach Biokraftstoffen noch deren Wirkung auf Preise durch die Inanspruchnahme von Flächen ein. Sie sind damit zumindest korrekturbedürftig und nicht als Grundlage für Entscheidungen geeignet.

Im zweiten Teil werden verschiedene Nutzungspfade für nachwachsende Rohstoffe dargestellt. Wertvoll ist dabei der Hinweis, dass nicht einzelne Technologien, sondern „Nutzungskaskaden“ zu betrachten seien. Schon bei der Produktion von Nahrungsmitteln fallen Reststoffe an, die für eine stoffliche oder energetische Nutzung geeignet sind. Leider sind die Aussagen dazu relativ unkonkret und vielfach nicht aktuell.

Der dritte Teil wirkt merkwürdig unverbunden mit dem Rest. Er wartet aber mit der überraschenden Erkenntnis auf, dass das Instrument der „Ökobilanz“ von BASF entwickelt worden sei. Die Ausführungen sind im Einzelnen kaum nachvollziehbar, auch weil Grafiken und Tabellen lieblos gestaltet und meist viel zu klein beschriftet sind. So wird weder die Methodik verständlich noch haben die Aussagen Überzeugungskraft. Offenbar soll lediglich die These gestützt werden, dass das Gedeihen einer „Bioraffinerie“ nur im Schoße der traditionellen chemischen Industrie möglich sei. Nicht fehlen darf der Hinweis auf die Vorteile der Gentechnik in der Pflanzenproduktion, während der ökologische Landbau als „Nische“ bezeichnet wird, die – auch international – keine Beachtung verdiene.

Insgesamt ist das Preis-Leistungs-Verhältnis bei den kaum mehr als 80 Seiten mehr als unbefriedigend. Es kann der ehrenwerte, aber etwas missglückte Versuch anerkannt werden, die Debatte über eine optimale Nutzung der endlichen Ressourcen an Biomasse auf eine sachliche Grundlage zu stellen.

[Roland Schnell]

- Thrän, D. et al.: Kriterienmatrix zur stofflichen und energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Erich Schmidt, Berlin 2008, 82 S., 19,80 €, ISBN 978-3-503-10635-6

## Europa-Oeckl



■ Das „Taschenbuch des öffentlichen Lebens“ macht seinem Namen alle Ehre, auch wenn die Tasche bei über 1.600 Seiten ziemlich groß sein muss. Es gibt wohl kaum eine europäische oder internationale

Institution oder Organisation, die nicht mit AnsprechpartnerInnen, Telefon- und Faxnummern, E-Mail- und Internetadresse erwähnt wird, einschließlich der Unterabteilungen. Auch nationale Organe und Gremien sind aufgeführt – bundes- und europaweit. Vorausschauend sind die Wahltermine für die nationalen Parlamente angegeben, weil sich im Zweijahreszeitraum einiges ändern kann. Änderungen werden vom Verlag zeitnah auf einer Internetseite notiert, sodass das nicht ganz billige Nachschlagewerk stets aktuell ist.

Ein durchaus noch ausbaufähiges Kapitel enthält zahlreiche Adressen zu Natur und Umwelt, unterteilt in sechs Unterkapitel von staatlichen Einrichtungen bis zu Immissions-, Gewässer- und Bodenschutz. Weitere Kapitel betreffen Wirtschaft, Sozialpartner und Berufe, Gesundheit und soziale Sicherheit, Staatsbürger und Bürgerinteressen oder Medien und Kommunikation. Auch politischen Parteien und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind eigene Abschnitte gewidmet. Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie Kultur und Kunst sind ebenfalls übersichtlich aufgeführt. Am Ende finden sich ausführliche Abkürzungs-, Personen- und Sachregister.

Ein unverzichtbares Nachschlagewerk für alle, die in Berlin, Brüssel und der ganzen Welt Lobbyarbeit machen wollen.

[Juliane Grüning]

- Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens – Europa und internationale Zusammenschlüsse 2007/2008. Festland, Bonn 2007, 1.686 S., 97,80 €, ISBN 978-3-87224-082-8

## INTERNET

**Genmaisfeld und Super-GAU**

■ Eine neue Seite visualisiert mit Hilfe von Google Maps und dem grafischen Informationssystem

GIS die Standorte von Gentechnikfeldern, Atomkraftwerken, Funkmasten und Ökolandbau in Deutschland. GIS-GVO veranschaulicht die Daten aus dem Standortregister und anderen öffentlich zugänglichen Quellen. So ist schnell zu erkennen, wo Genmais wächst. Weitere Karten zeigen, welche Firmen wo beteiligt sind oder wo gentechnikfreie Regionen existieren. GIS-Atom zeigt Evakuierungszonen nach einem möglichen Reaktorunfall in deutschen AKWs und die mögliche Strahlenbelastung. Eine andere Karte kombiniert die Erdbebenwahrscheinlichkeit mit den Standorten von Atomanlagen. Über die als Abschlussarbeit einer Fortbildung entwickelte Seite wird kontrovers disku-

tiert. Gentechnikbefürworter befürchten, sogenannte Feldbefreier könnten damit unterstützt werden. Greenpeace weist dies zurück, da „Feldzerstörer“ auch andere Möglichkeiten hätten sich zu informieren. In der Tat werden keine neuen oder gar geheimen Informationen geliefert. [fn, io]

► [www.xzcute.com](http://www.xzcute.com)

**„Nestbau“ – gesundes Umfeld für Kinder**

■ Die Frauen- und Umweltorganisation Women in Europe for a Common Future (WECF) hat zu ihrem Projekt „Nestbau“ eine Internetseite entwickelt. werdende Eltern erfahren hier, wie sie ein gesundes Umfeld für ihr Kind schaffen können. Die drei Rubriken Renovieren, Einrichten und Leben bieten vielseitige Informationen. Da Säuglinge empfindlich gegenüber Schadstoffen und Umweltbelastungen sind, wird beispielsweise über gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe berichtet. Auf der fünfsprachigen Webseite finden sich nicht

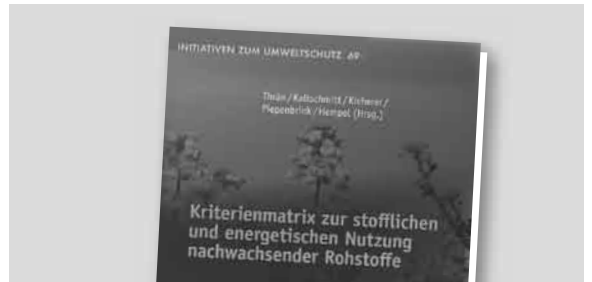
nur Tipps für kindertaugliche Produkte, es werden auch allgemeine Empfehlungen ausgesprochen. So erfahren die LeserInnen, wie man Verletzungen vorbeugen kann und welche Dinge wirklich notwendig für Kinder sind. [io]

► [www.nestbau.info](http://www.nestbau.info)

**Wir Klimaretter**

■ Mit Gleichgesinnten das Klima retten, – auf einer von zwei Journalisten initiierten Internetseite ist es möglich. Neben Hintergrundinformationen und News gibt es die Rubriken Mitmachen, Einmischen, Diskutieren und Beichten (falls es mit dem Klimaschutz nicht so geklappt hat). Die Seite soll sich zu einem zentralen und unabhängigen Portal für den Klimaschutz entwickeln und gleichermaßen informieren wie aktivieren. Der Deutsche Naturschutzring ruft zum Mitmachen auf. [jg]

► [www.wir-klimaretter.de](http://www.wir-klimaretter.de)



## Kriterienmatrix zur stofflichen und energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe

Herausgegeben von Daniela Thrän, Martin Kaltschmitt, Andreas Kicherer, Markus Piepenbrink und Maximilian Hempel. Verfasst von Daniela Thrän, Martin Kaltschmitt, Andreas Kicherer, Markus Piepenbrink

2008, XII, 82 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, Euro (D) 19,80.  
ISBN 978 3 503 10635 6

Initiativen zum Umweltschutz, Band 69

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit online unter [www.ESV.info/978 3 503 10635 6](http://www.ESV.info/978_3_503_10635_6)

**ESV**

ERICH SCHMIDT VERLAG

Postfach 30 42 40 • 10724 Berlin  
Fax 030/25 00 85 275  
E-Mail: [ESV@ESVmedien.de](mailto:ESV@ESVmedien.de)  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)  
[www.UMWELTdigital.de](http://www.UMWELTdigital.de)

## NEU ERSCHIENEN

- ▶ Ahlhorn, F. et al. (Hrsg.): **Zukunfts-Bilder – Die niedersächsische Küste im Jahr 2050.** Isensee, Oldenburg 2007, 48 S., 9,80 €, ISBN 978-3-89995-476-0
- ▶ Antoni-Komar, J.; Pfriem, R.; et al. (Hrsg.): **Ernährung, Kultur, Lebensqualität – Wege regionaler Nachhaltigkeit.** Metropolis, Marburg 2008, 400 S., 38,- €, ISBN 987-3-89518-643-9
- ▶ Biehler, H.; Hampicke, U.; Richter, U.; Weise, P. (Hrsg.): **Regionale Wertschöpfungs-systeme von Flachs und Hanf.** Metropolis, Marburg 2008, 374 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-641-7
- ▶ Blackburn, D.: **Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft.** DVA, München 2007, 592 S., 39,95 €, ISBN 978-3-421-05958-1
- ▶ Bleuel, H.-S. (Hrsg.): **Generation Handy – grenzenlos im Netz verführt.** Röhrig, St. Ingbert 2007, 271 S., 19,80 €, ISBN 978-3-86110-432-2
- ▶ Brunner, S. und M.: **Permakultur für alle. Harmonisch leben und einfach gärtnern im Einklang mit der Natur.** Löwenzahn, Innsbruck 2007, 184 S., 24,95 €, ISBN 978-3-7066-2394-0
- ▶ Collier, P.: **Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann.** C. H. Beck, München 2008, 256 S., 19,90 €, ISBN 978-3-406-57223-4
- ▶ Felgentreff, C.: **Naturrisiken, Sozialkatastrophen.** Spektrum, 454 S., 59,95 €, ISBN 978-3-8274-1571-4
- ▶ Glass, C.: **Die gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortlichkeit als Bestandteil eines umweltvölkerrechtlichen Prinzipiengefüges. Konkretisierungsvorschläge für künftige Übereinkommen zum Schutz globaler Umweltgüter.** Erich Schmidt, Berlin 2007, 363 S., 92,- €, ISBN 978-3-503-10398-0
- ▶ Hennicke, P.; Fishedick, M.: **Erneuerbare Energien. Mit Energieeffizienz zur Energiewende.** C.H. Beck, München 2007, 144 S., 7,90 €, ISBN 978-3-406-55514-5
- ▶ Károly, H.: **Konstruktion und Konvergenz als Leitbegriffe der Politischen Ökonomie der Umwelt.** Metropolis, Marburg 2007, 314 S., 34,80 €, ISBN 978-3-89518-604-2
- ▶ Kolb, F. (Hrsg.): **Damit sich was bewegt. Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern.** VSA, Hamburg 2007, 128 S., 9,80 €, ISBN 978-3-89965-252-9
- ▶ Kratz, S. (Hrsg.): **Energie der Zukunft? Bausteine einer nachhaltigen Energieversorgung.** Metropolis, Marburg 2007, 270 S., 32,80 €, ISBN 978-3-89518-638-7
- ▶ Lenzen, E.; Fengler, J. (Hrsg.): **Berufsbild CSR-Manager.** Mediengruppe macondo, Münster 2007, 160 S., 30,- €, ISBN 978-3-9810638-3-7
- ▶ Lerchl, A.: **Macht Mobilfunk krank? Daten, Fakten, Hintergründe.** Zuckschwerdt, München 2007, 81 S., 14,90 €, ISBN 978-3-88603-919-7
- ▶ Müller, M.; Schaltegger, S. (Hrsg.): **Corporate Social Responsibility.** oekom, München 2008, 264 S., 34,80 €, ISBN 978-3-86581-053-3
- ▶ Sommer, V.: **Schimpansenland. Wildes Leben in Afrika.** C. H. Beck, München 2008, 240 S., 19,90 €, ISBN 978-3-406-56891-6
- ▶ Streit, B.: **Was ist Biodiversität?** C.H. Beck, München 2007, 125 S., 7,90 €, ISBN 978-3-406-53617-5
- ▶ Roselli, M.: **Die Asbestlüge. Das dunkelste Kapitel in der modernen Industriegesellschaft.** Rotpunkt, Zürich 2007, 240 S., 22,- €, ISBN 978-3-85869-355-6
- ▶ WEED/Germanwatch (Hrsg.): **Der Weg eines Computers. Von der globalen Produktion bis zur Verschrottung,** Materialien für die Bildungsarbeit, Bonn/Berlin 2007. Bezug: [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)
- ▶ Zeckau, H.; Aermes, C.: **Brehms verlorenes Tierleben: Illustriertes Lexikon der ausgestorbenen Vögel und Säugetiere.** Zweitausendeins; Frankfurt am Main 2007, 263 S., 29,90 €, ISBN 978-3-86150-794-9

## Impressum

umwelt aktuell Februar 2008  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)  
**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
**Gesellschafter und Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %  
**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortw.), Adressen siehe Redaktion  
**Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Markus Steigenberger [ms], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Helga Inden-Heinrich [hih]  
**Kontakt:** umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2408828-82, -81, Fax -80, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)  
**Redaktionelle Mitarbeit:** Isabel Oettinger [io], Florian Noto [fn]  
**Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning  
**Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)  
**Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss 03/2008:** 10.02.2008  
**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: [oekom@de.rhenus.de](mailto:oekom@de.rhenus.de)  
**Titelfoto:** Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegen Werbebeileger der NATUR Messe und der Grünen Liga bei.



## TERMINE

## FEBRUAR

07.–08.02., Schwerte (D)

**Ländliche Regionen erfolgreich entwickeln.**

Tagung

- Zentrum für ländliche Entwicklung,

Ulrike Pietsch, Tel. +49 (0)2371 / 352-180, Fax -130, E-Mail: u.pietsch@kircheundgesellschaft.de, www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen/f\_kug\_2.htm

07.–08.02., Berlin (D)

**100 Days to the UN Conference on Biodiversity in Bonn.** Forum

- Forum Umwelt und Entwicklung, Günter Mitlacher, Tel. +49 (0)228 / 92399353, Fax -56, E-Mail: mitlacher@forumue.de, www.biodiv-network.de

08.–10.02., Meuchefitz/Wendland (D)

**Gesellschaftliche Naturverhältnisse.** Seminar

- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO), Tel. +49 (0)40 / 393156, E-Mail: mail@buko.info, www.buko.info

13.–15.02., Karlsruhe (D)

**IT-TRANS: IT solutions for public transport.**

Konferenz

- International Association of Public Transport (UITP), Hicham Badran, Tel. +32 2 / 6613186, Fax +32 2 / 6601072, E-Mail: hicham.badran@uitp.org, www.it-trans.org

14.02., Frankfurt am Main (D)

**Ersatz von Tierversuchen für toxikologische Tests: Alternativen, neue Entwicklungen und Konzepte.** Kolloquium

- Dechema, Rolf Lenke, Fax +49 (0)69 / 7564267, E-Mail: kolloquien@dechema.de, www.uba.de

14.02., Berlin (D)

**Klimaschutz und Ressourceneffizienz.**

Jahreskonferenz

- Umweltbundesamt, Christian Löwe, Tel. +49 (0)340 / 2103-3025, Fax -3099, E-Mail: christian.loewe@uba.de, www.uba.de

14.–15.02., Hamburg (D)

**Der Lärm ist kartiert – und nun?** Tagung

- Lärmkontor, Tel. +49 (0)40 / 3899940, www.laermkontor.de

14.–16.02., Zeulenroda/Thüringen (D)

**Arena für Nachhaltigkeit.** Konferenz

- Seehotel Zeulenroda, Andrea Klepsch, Tel. +49 (0)89 / 7 46 30 80, E-Mail: klepsch@modemconclusa.de, www.nachhaltigkeitsarena.de/nachhaltigkeit

15.–16.02., Göttingen (D)

**Bioenergiedörfer. Wege zur eigenständigen Versorgung.** Tagung

- Universität Göttingen, Hans Ruppert, Tel. +49 (0)551 / 39-9701, Fax -197 64, E-Mail: hrupper@gwdg.de, www.bioenergiedorf.info

15.–17.02., Tutzing/Bayern (D)

**Klimawandel und Weltwirtschaft.** Diskussion

- Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger, Tel. +49 (0)8158 / 251126, Fax +49 (0)8158 / 996426, E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

19.–23.02., Stuttgart (D)

**didacta. Die Bildungsmesse**

- Landesmesse Stuttgart GmbH, Joachim Sauter, Tel. +49 (0)711 / 2589-448, Fax -275, E-Mail: joachim.sauter@messe-stuttgart.de, www.messe-stuttgart.de

19.–23.02., Tartu (EE)

**Living Lakes Eastern European Conference**

- Global Nature Fund, Udo Gattenlöhner, Tel. +49 (0)7732 / 9995-0, Fax -88, E-Mail: gattenloehner@globalnature.org, www.globalnature.org

20.02., Düsseldorf (D)

**Die Umgebungslärmrichtlinie.** Workshop

- Grüne Liga, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2044-745, Fax -468, E-Mail: bundesverband@grueneliga.de, www.uglr-info.de/workshopzwei.html

22.02., Basel (CH)

**NATUR Kongress.** Messe/Festival

- Ecos, Nicole Kohler, Tel. +41 (0)61 / 2051064, Fax +41 (0)61 / 2711010, E-Mail: nicole.kohler@ecos.ch, www.natur.ch

22.–23.02., Berlin (D)

**Berlin Conference on the Human Dimensions of Global Environmental Change**

- Oldenburg Centre for Sustainability, Dr. Marlen Arnold, Tel. +49 (0)441 / 798-4371, Fax -4379, E-Mail: marlen.arnold@uni-oldenburg.de, http://web.fu-berlin.de/ffu/akumwelt/bc2008

22.–24.02., Berlin (D)

**Frauen für ein Menschenrecht auf Wasser.** Tagung

- FIAN, ver.di, Ecomujer, Sonja Vieten, Tel. +49 (0)2131 / 7531966, Fax +49 (0)2131 / 3149295, E-Mail: sonja.vieten@arcor.de, www.fian.de

27.–29.02., Berlin (D)

**Klima und Wandel in Amazonien.** Konferenz

- Heinrich-Böll-Stiftung, Annette von Schönfeld, Tel. +49 (0)30 / 28534325, E-Mail: vonschoenfeld@boell.de, www.boell.de/amazonien

28.02., Kassel (D)

**Gebiets- und Artenschutz im künftigen Umweltgesetzbuch**

- DNR, Dr. Ellen Krüsemann, Tel. +49 (0)208 / 8805921, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de, www.dnr.de/termine/?id=1366

29.02., Hamburg (D)

**Die Umgebungslärmrichtlinie.** Workshop

- Grüne Liga, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2044-745, Fax -468, E-Mail: bundesverband@grueneliga.de, www.uglr-info.de/workshopdrei.html

29.02.–02.03., Berlin (D)

**MigrantInnen für Nachhaltigkeit gewinnen.**

Kreativwerkstätte

- Ecolog-Institut, Elisabeth Wegner, Tel. +49 (0)511 / 9245646, E-Mail: elisabeth.wegner@ecolog-institut.de, www.21-kom.de

## MÄRZ

07.–09.03., Hofgeismar/Hessen (D)

**3. BUND-Forum Biodiversität.** Tagung

- BUND, Friedrich Wulf, Tel. +49 (0)30 / 27586-451, E-Mail: friedrich.wulf@bund.net, www.bund.net

11.–14.03., Berlin (D)

**7. Internationale Konferenz Solarenergie in Architektur und Stadtplanung**

- Eurosolar, Tel. +49 (0)228 / 36-2373, Fax -1279, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.de

20.–22.03., Dresden (D)

**Demografischer Wandel. Verkehrsrückgang als Chance.** Kongress

- Umkehr e.V., Tel. +49 (0)30 / 4927-473, Fax -972, E-Mail: info@umkehr.de, www.umkehr.de

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

## Kindergartenstudie

# Naturerfahrungen fördern Wissen

Die Frage, ob Naturbegegnungen das Umweltbewusstsein positiv beeinflussen, ist bisher nur bei älteren Kindern und Jugendlichen untersucht – und vielfach bestätigt – worden. Eine erste empirische Untersuchung kam jetzt für Kinder im Kindergartenalter zu dem gleichen Ergebnis. Allerdings gibt es einige Besonderheiten.

□ Wissenschaftliche Untersuchungen (Bögeholz, 1999; Lude, 2001) belegen, dass Naturbegegnungen bei älteren Kindern und Jugendlichen das Umweltbewusstsein positiv beeinflussen. Für Kinder im Kindergartenalter waren dazu aber bisher keine empirischen Untersuchungen bekannt. Um darauf Antworten zu finden, führte der Autor, Geschäftsführer der Kreisgruppe München des Bund Naturschutz in Bayern, eine empirische Untersuchung mit Münchner Kindergartenkindern durch.

## Spinnen, Schnecken, Asseln und Käfer

Während eines rund dreistündigen Naturerlebnistages wurde den Kindern Wissen über Pflanzen und Tiere des Waldes vermittelt, außerdem Handlungswissen zum Müllverhalten bei einer Brotzeit in der Natur. Durch vorsichtige Annäherung und Aufklärung sollten die bei Großstadtkindern oft negativen Einstellungen gegenüber wirbellosen Tieren wie Regenwürmern, Schnecken, Asseln, Spinnen oder Käfern positiv beeinflusst werden.

## Gruppeninterview „ohne Mithören“

Insgesamt 188 Kinder wurden sowohl vor der naturpädagogischen Maßnahme in einem Vortest und rund zwei Monate später im Nachtest beobachtet. Die Daten über Naturwissen, Müllverhalten und Einstellungen gegenüber wirbellosen Tieren wurden ausgewertet. Als Methode wurde das Gruppeninterview „ohne Mithören“ gewählt. Dabei flüstert jedes Kind die Antworten auf bestimmte Fragen über einheimische Tiere und Pflanzen dem Umweltpädagogen möglichst leise ins Ohr. Zugleich wurden das individuelle Müllverhalten und die Reaktionen auf kleine Tiere beobachtet.

## Naturerleben fördert Wissen und Verhalten

Mehr als ein Viertel der Kinder (28 Prozent) waren am Naturerlebnistag zum ersten Mal in einem Wald. Diese Kinder erreichten sowohl im Vor- als auch im Nachtest beim Naturwissen Werte deutlich unter dem Durchschnitt. Immerhin konnte mehr als die Hälfte aller Kinder nach dem Waldbesuch neben Kieselstein und Schneckenhaus auch Moos, Pilz, Zapfen, Eichel, Gras und Kröte benennen. Durch die naturpädagogische Maßnahme erreichten die drei- und vierjährigen Kinder sowohl bei den Pflanzen- als auch bei den Tierkenntnissen fast das durchschnittliche Wissensniveau von Sechs- und Siebenjährigen ohne naturpädagogische Erfahrungen. Das Naturwissen von Mädchen war dabei im Durchschnitt etwas größer als das der Jungen.

Entscheidend für den Wissenszuwachs waren Vorkenntnisse, Wiederholung der Lerninhalte, vorhandene Walderfahrung und das Alter der Kinder.

## Müllverhalten meist korrekt

Lediglich zehn Prozent der beteiligten Kinder warfen während der Brotzeit im Wald Abfälle auf den Boden. Die große Mehrheit zeigte korrektes Müllverhalten. Insbesondere Kinder mit hohem naturkundlichem Wissen verhielten sich im Wald korrekt. Eine einmalige Vermittlung von Handlungswissen reicht allerdings nicht aus, um bei allen Kindern korrektes Müllverhalten zu erreichen. Im Nachtest verhielten sich alle Drei- und Vierjährigen korrekt. Im Vergleich dazu zeigten noch zehn Prozent der älteren Kindergartenkinder nach der pädagogischen Maßnahme falsches Müllverhalten. Doppelt so viele Jungen wie Mädchen warfen im Pretest ihre Abfälle auf den Boden.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass neben der Förderung korrekter Verhaltensweisen durch Bezugspersonen auch vorhandene Naturerfahrungen des Kindes sowie die Verwendung von Mehrwegverpackungen entscheidend sind für korrektes Müllverhalten bei einer Brotzeit in der Natur.

## Naturwissen hilft gegen Angst und Ekel

Ein weiteres Ziel der naturpädagogischen Maßnahme war es, vorhandene negative Einstellungen gegenüber „Krabbeltieren“ abzubauen. Zu Beginn zeigten fast zwei Drittel der Kinder Abneigungen gegenüber diesen Tieren. Vorsichtige Annäherung und Aufklärung über die Ungefährlichkeit der Tiere überzeugten rund zehn Prozent dieser Kinder. Doch negative Gefühle gegenüber Wirbellosen nahmen innerhalb der Altersspanne von drei bis sieben Jahren nur wenig ab. Kinder, die noch nie im Wald waren, verhielten sich eher abneigend als Kinder mit Walderfahrung. Umgekehrt zeigten Kinder mit größerem Wissen im Durchschnitt geringere Abneigung gegenüber Regenwurm, Spinne & Co. Insgesamt war die Abneigung gegenüber Krabbeltieren bei Mädchen höher als bei Jungen.

Die negativen Einstellungen nahmen bei den meisten Kindern in der folgenden Reihenfolge ab: Regenwurm – Spinne – Steinkriecher – großer Käfer – kleiner Käfer, Wanze, Assel, Schnurfüßer – Krötenhüpferling – Gehäuseschnecke. Als entscheidende Faktoren für die bei Kindern vorhandenen Gefühle der Angst und des Ekels gegenüber wirbellosen Tieren gelten das Wissen über Tiere, das Geschlecht der Kinder – aber in erster Linie das Verhalten der Bezugspersonen. Interessant war, dass selbst bei überwiegend negativen Einstellungen gegenüber Krabbel- und Ekeltieren sich fast alle Kinder positiv über den Naturerlebnistag im Wald äußerten.

## Fazit

Die empirische Untersuchung zeigt kurzfristig messbare Erfolge, vor allem beim Naturwissen. Abneigungen gegenüber Regenwurm, Spinne & Co. sind durch einen einmaligen Versuch jedoch nur gering

beeinflussbar. Beim Müllverhalten während der Brotzeit im Wald zeigen sich die meisten Kindergartenkinder vorbildlich. Von großer Bedeutung sind offenbar die Wirkungen mehrerer Naturerlebnistage bei Kindern sowohl kurzfristig, aber auch über mehrere Jahre hinweg. Bisher ist die Datenlage zum Umweltbewusstsein von Kindergartenkindern allerdings noch äußerst dürftig. **[Rudolf Nützel]**

- ▷ Studie: Rudolf Nützel: Förderung des Umweltbewusstseins von Kindern. Evaluation von Naturbegegnungen mit Kindergartenkindern einer Großstadt. oekom Verlag, München 2007, 29,80 €, ISBN 978-3-86581-057-1
- ▷ Kontakt: Dr. Rudolf Nützel, Bund Naturschutz in Bayern e.V., Pettenkofenstr. 10 a, 80336 München, Tel. +49 (0)89 / 515676-0, E-Mail: rudolf.nuetzel@bn-muenchen.de, www.bn-muenchen.de

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

### ANU-Bundesverband in der Klima-Allianz

Seit Sommer letzten Jahres ist die ANU Mitglied in der Klima-Allianz, einem rasch wachsenden Bündnis von über 80 Organisationen aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich sowie Kirchen und Verbraucherschutzverbänden.

- ▷ [www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)

### ANU-Bundesverband beschloss Richtlinien zu Kooperationen mit Firmen

Die ANU-Mitgliederversammlung 2007 in Witzenhausen bei Kassel verabschiedete fast einstimmig Richtlinien zur Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen, die der bayerische Landesverband vorbereitet hatte. Da derzeit ein großer Energieanbieter eine Kooperation mit dem Bundesverband für ein bundesweites Bildungsprojekt anstrebt, wurde darüber sehr ernsthaft diskutiert. Ein Meinungsbild ergab eine Mehrheit für die Fortführung der Verhandlungen zur Kooperation.

- ▷ [www.umweltbildung-in-bayern.de](http://www.umweltbildung-in-bayern.de)

### ANU Bayern bietet Weiterbildung zu Umweltbildung/BNE an

Bereits zum sechsten Mal findet die Weiterbildung „Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung“ der ANU Bayern statt. Sie läuft von April 2008 bis November 2009. Die Weiterbildung wurde im November als offizielles UN-Dekadeprojekt ausgezeichnet. Sie umfasst 35 Tage in acht Einheiten sowie eine Praxisphase, in der die Teilnehmenden ein eigenes Projekt durchführen und dokumentieren. Für einen erfolgreichen Abschluss stellen der Bayerische Umweltminister und der Vorsitzende der ANU ein Zertifikat aus. Anmeldeschluss ist der 10. Februar.

- ▷ Anke Schlehuf, Tel. +49 (0)89 / 744140-23, E-Mail: [a.schlehufer@kjr-muenchen-land.de](mailto:a.schlehufer@kjr-muenchen-land.de)

### ANU Hamburg startet Aktion „Hamburg ist Vielfalt“

Die Vielfalt der Lebensräume in ihrer Stadt wollen die Hamburger ANU-UmweltpädagogInnen zeigen. Am Beispiel Wasser, das für Hamburg eine besondere Bedeutung besitzt, sollen die verschiedenen Lebensräume und Arten auf einem attraktiven Poster mit vielen Fotos für Kinder und Jugendliche abgebildet werden. Dargestellt werden zugleich die vielfältigen Angebote der ANU. Die Aktion soll das Thema „Biologische Vielfalt“ stärker ins Licht der Öffentlichkeit rücken.

- ▷ [www.anu-hamburg.de](http://www.anu-hamburg.de)

### ANU NRW unterzeichnet Vereinbarung „Countdown 2010“

Ende letzten Jahres trat die ANU Nordrhein-Westfalen der weltweiten Kampagne „Countdown 2010 – Save Biodiversity“ bei. Sie wird von der Weltnaturschutzunion IUCN koordiniert. Hintergrund ist das 2002 in Johannesburg von fast allen Staaten unterzeichnete Abkommen zur biologischen Vielfalt (CBD), das eine deutliche Verringerung des Biodiversitätsverlustes bis 2012 zum Ziel hat. Die ANU NRW brachte ihr Projekt „Wert der Vielfalt“ ein, das Ende 2007 abgeschlossen

wurde. Ziel des Projekts war die inhaltliche Erweiterung der Umweltbildung zu einer Bildung für Nachhaltigkeit mit den Themenschwerpunkten Wald als Ressource, Nutzpflanzen/Fremdarten, Boden sowie Klima/Energie. Zurzeit werden hierzu Bildungsmodule in Form von Unterrichtsmaterialien und als CD erstellt.

- ▷ [www.countdown2010.net](http://www.countdown2010.net)
- ▷ [www.anu-nrw.de](http://www.anu-nrw.de)

### ANU Mecklenburg-Vorpommern bei „Free your River“

Die ANU Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich an der europäischen Kampagne „Free your River“. Die Kampagne wurde von einer internationalen Projektgemeinschaft unter Leitung des WWF Österreich entwickelt. Der ANU-Landesverband hat dies aufgegriffen und Wasser zu seinem Jahresthema 2008 gemacht. Schüler von 10 bis 12 und von 15 bis 17 Jahren erhalten von der ANU das Rüstzeug für anspruchsvolle Flussprojekte. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Untersuchung des Flusses am Heimatort. Die erfassten Daten, Schlussfolgerungen, Aktionen und anderes Material können die Schüler in einem eigenen internetgestützten Flussstagebuch („Book of the River“) veröffentlichen und dadurch zugleich Medienkompetenz erlangen.

- ▷ [www.freeyourriver.net](http://www.freeyourriver.net)
- ▷ [www.umweltbildung-mv.de](http://www.umweltbildung-mv.de)

## SCHWERPUNKT: BIODIVERSITÄT

### Internationale Konferenz zur Biodiversität

Mehr als 5.000 Delegierte aus 190 Ländern werden dieses Jahr vom 12. bis zum 30. Mai in Bonn zur 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) über die biologische Vielfalt erwartet. Parallel zu der UN-Konferenz findet ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt organisiertes Begleitprogramm mit Ausstellungen und Veranstaltungen auf einer „Plaza der Viel-

falt“ statt. Die Natur- und Umweltschutzakademie des Gastgeberlandes Nordrhein-Westfalen stellte daher Biodiversität in den Mittelpunkt ihres diesjährigen Programms. Durch die Einbindung der Akademie in das neue Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz sollen Information und Weiterbildung einen höheren Stellenwert bekommen.

- ▷ [www.nna.nrw.de](http://www.nna.nrw.de)
- ▷ [www.plaza-der-vielfalt.de](http://www.plaza-der-vielfalt.de)

### Wettbewerb zur biologischen Vielfalt

□ Im Februar startet die Deutsche Bundesstiftung Umwelt ihren Wettbewerb „Entdecke die Vielfalt der Natur“. Anlass ist die 9. UN-Konferenz zur biologischen Vielfalt. Der Wettbewerb ruft Schüler und Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren auf, sich mit der Natur zu beschäftigen. Dabei entscheiden nicht Wissen, sondern innovative, kreative Ideen und das Engagement der TeilnehmerInnen. Zu gewinnen gibt es Geld-, Sach- und Sonderpreise im Wert von 40.000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 19. Oktober 2008.

- ▷ [www.entdecke-die-vielfalt-der-natur.de](http://www.entdecke-die-vielfalt-der-natur.de)

### Biodiversitätsbildung im Vorschulalter?

□ Das Bulletin [umweltbildung.ch](http://umweltbildung.ch) erscheint drei Mal jährlich und informiert über den Stand und die Entwicklung der Umweltbildungsszene in der Schweiz. Ausgabe 3/2007 mit dem Schwerpunkt Naturpädagogik enthält unter anderem den Aufsatz „Konzeptentwicklung und Evaluation in Kindergärten zur Biodiversitätsbildung“. Darin untersucht Susanne Bögeholz, Professorin an der Universität Göttingen, welche Auswirkungen bestimmte Konzeptbausteine wie primäre Naturerfahrung, Erkenntnisgewinnung oder Werthaltung gegenüber Natur auf Kindergartenkinder haben. Ein weiterer Artikel beschreibt Biodiversität in der Ausbildung von Primarschullehrkräften.

- ▷ Kostenloser Download: [www.umweltbildung.ch/fokus/ub-info-archiv.asp](http://www.umweltbildung.ch/fokus/ub-info-archiv.asp)

### Neues Internetportal zur Artenvielfalt

□ Unter dem Motto „BioDive – Tauch ein in die Vielfalt des Lebens“ hat die Deutsche Umwelthilfe ein neues Internetportal gestartet. Jugendliche und junge Erwachsene werden aufgerufen, mit Fotohandy, Digitalkamera und wachen Augen die Natur in ihrer Umgebung neu zu entdecken und die Ergebnisse einzusenden. Monatlich werden das beste Video und das beste Foto mit Sachpreisen prämiert. Bis zur UN-Naturschutzkonferenz im Mai in Bonn soll so ein Abbild der Biodiversität in Deutschland entstehen.

- ▷ [www.biodive.de](http://www.biodive.de)

### Unterrichtsmaterialien zu Biodiversität

□ Zur Vorbereitung auf die Vertragsstaatenkonferenz zum Schutz der biologischen Vielfalt im Mai in Bonn hat das Bundesumweltministerium Lehrmaterialien zum Thema Biodiversität erarbeitet. Die Arbeitsblätter zu Bionik, zu weltweiter Artenvielfalt und zu Biosphärenreservaten und Nationalparks können kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.

- ▷ [www.bmu.de/publikationen/bildungsservice/bio\\_vielfalt/ueberblick/aktuell/39351.php](http://www.bmu.de/publikationen/bildungsservice/bio_vielfalt/ueberblick/aktuell/39351.php)

### Schulhofdschungel gesucht

□ Die Grüne Liga Berlin startet am 8. Februar 2008 ihren bundesweiten Wettbewerb „Schulhofdschungel – Deutschlands artenreichster Schulhof gesucht“. Schüler sollen ihren Schulhof als ortsnahes Biotop entdecken und umgestalten. Teilnehmen können Schulen ab Klassenstufe 5.

- ▷ [www.schulhofdschungel.de](http://www.schulhofdschungel.de)

### Unterrichtsmaterial zu Biosphärenreservaten

□ In Biosphärenreservaten soll eine Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht werden. Weltweit gibt es mehr als 500 Biosphärenreservate, in Deutschland sind es

dreizehn. Unter dem Titel „Entdecke die Zukunft – Unesco-Biosphärenreservate in Deutschland“ hat das Bundesumweltministerium Materialien für die achten bis zehnten Klassen sowie eine Lehrermappe mit 21 Kopiervorlagen entwickelt.

- ▷ Kostenloser Download: [www.kurzlink.de/bildung-bioreservate](http://www.kurzlink.de/bildung-bioreservate)

## NEUE MATERIALIEN

### Praxisleitfaden für Unternehmensverantwortung

□ Die Umweltakademie Baden-Württemberg hat einen Praxisleitfaden „Corporate Social Responsibility (CSR) – Wege zur Nachhaltigkeit“ herausgegeben. Er zeigt, wie große und mittelständische Unternehmen, darunter RWE, Lufthansa, McDonald's und Deutsche Post World Net, CSR in ihrer Organisation und Kommunikation umsetzen. Ohne eine Bewertung wird dargelegt, wie die Firmen auf die vielfältigen Herausforderungen von Klimawandel und Umweltproblemen reagieren.

- ▷ [www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de](http://www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de)

### umwelt & bildung 4/2007: Sozialkapital und Nachhaltigkeit

□ Die neue Ausgabe der Zeitschrift *umwelt & bildung* aus Österreich befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Sozialkapital und Nachhaltigkeit. Unter anderem wird gefragt, ob der Arbeitsmarkt, der flexible, stets lernbereite, gut qualifizierte Menschen benötigt und lebenslanges Lernen von uns fordert, nicht dazu führt, dass wir unsere Bildung im eigentlichen Sinn verlieren. Weitere Themen: Umwelterziehung im Wirtschaftsunterricht, Welt-Toiletten-Konferenz in Seoul und „Ethik – das Geschäft mit dem schlechten Gewissen“.

- ▷ [www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at)

## Neuer Newsletter zur Waldpädagogik

□ Das Haus des Waldes Stuttgart gibt einen Newsletter im Internet heraus. In der Ausgabe 2/2007 findet sich beispielsweise der Hinweis, dass in Baden-Württemberg erstmals für zwei Jahre eine Waldkönigin gesucht wird. Sie soll die Interessen des Waldes und der Forstwirtschaft auf Empfängen, Tagungen, Ausstellungen oder Fachmessen vertreten. Außerdem werden ein Handbuch für Waldpädagogik in Theorie und Praxis vorgestellt und eine Übersicht über Waldpädagogik-Fortbildungen gegeben.

▷ [www.hausdeswaldes.de](http://www.hausdeswaldes.de)

## WEITERBILDUNG

### Erlebnispädagogik/Outdoortraining

□ Ende Februar beginnt in Braunschweig der Weiterbildungsstudiengang Erlebnispädagogik/Outdoortraining. Der einjährige Lehrgang bietet erlebnispädagogische und natursportliche Aktivitäten sowie didaktisches und pädagogisches Wissen.

▷ FH Braunschweig, Karin Leven, E-Mail: [k.leven@fh-wolfenbuettel.de](mailto:k.leven@fh-wolfenbuettel.de), [www.w-ep.de](http://www.w-ep.de)

### Natur- und Wildnispädagogik

□ Die Weiterbildung der Wildnisschule Wildeshausen im Landkreis Oldenburg bietet die Möglichkeit, sich ein Jahr lang in einen intensiven Naturkontakt zu begeben. An sieben Wochenenden werden Wildniswissen und Leitungskompetenz vermittelt, Gruppenprozesse und Konfliktmanagement geprobt.

▷ [www.wildnisschule.de](http://www.wildnisschule.de)

### Ausbildung Naturpädagogik in Thüringen

□ Ein intensives Praxistraining während vier Wochen in vier Jahreszeiten bietet der NaturErlebnisHof Hausen im Eichsfeld. Auf dem Programm stehen Wildpflanz-

zen essen, Walderleben, Land-Art, Filzen, Schatzsuche sowie Gestaltung von Naturspielplätzen. Die Ausbildung beginnt im April.

▷ [www.naturerlebnishof.de](http://www.naturerlebnishof.de)

## VERSCHIEDENES

### International Young Eco Heroes

□ Die US-amerikanische Organisation Action For Nature zeichnet jedes Jahr junge Menschen zwischen acht und 16 Jahren als „International Young Eco Hero“ aus. Die bisherigen Gewinnerinnen und Gewinner stammen aus der Türkei, Indien, Südkorea, Costa Rica, Kanada und aus verschiedenen Staaten der USA. Sie sind mit ihrem Beitrag zum Natur- und Umweltschutz auf einer englischsprachigen Webseite abgebildet. Dort findet sich auch das Bewerbungsformular zum Herunterladen. Jeder und jede kann mitmachen. Meldeschluss für dieses Jahr ist der 28. Februar.

▷ [www.actionfornature.org](http://www.actionfornature.org)

## UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

02.02.2008, Basel (CH)

**NATUR Kongress: Forschen, lernen, handeln**

▷ [www.natur.ch/kongress](http://www.natur.ch/kongress)

07.02.2008, Stuttgart (D)

**Mangelhaft in puncto Naturwissen? Seminar**

▷ [www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de](http://www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de)

08.-10.02.08, Wildeshausen/Oldenburg (D)

**Coyote Teaching – Die Kunst des Lehrens**

▷ [www.wildnisschule.de](http://www.wildnisschule.de)

09.-10.02.2008, Freiburg/Breisgau (D)

**Imaginationsarbeit mit Kindern. Workshop**

▷ [www.new-institut.de](http://www.new-institut.de)

12.02.2008, Hamburg (D)

**Der Pfad ist das Ziel. Gestaltung von Lehrpfaden und Erlebnispfaden**

▷ [www.stiftung-naturschutz-hh.de/boberg/fuehr.htm](http://www.stiftung-naturschutz-hh.de/boberg/fuehr.htm)

13./14.02.2008, Bonn (D)

**Innovative Bildungsangebote in Botanischen Gärten, Zoos und Freilichtmuseen. Workshop**

▷ [www.bildungnatur.de](http://www.bildungnatur.de)

14.02.2008, Lüneburg (D)

**Bildung für Nachhaltigkeit – auch ein Betätigungsfeld für Hauptschüler**

▷ [www.anu-hamburg.de](http://www.anu-hamburg.de)

22.02.2008, Basel (CH)

**NATUR Kongress 3/08. Forschen, lernen, handeln mit Umweltbildungsworkshop und Posterschau**

▷ [www.natur.ch/kongress](http://www.natur.ch/kongress)

26.02.2008, Schneverdingen/Niedersachsen (D)

**Was fördert und was bremst die erfolgreiche Umsetzung von BNE? Erfahrungsaustausch**

▷ [www.nna.de](http://www.nna.de)

29.02.–01.03.2008, Berlin (D)

**MigrantInnen für Nachhaltigkeit gewinnen.**

Kreativwerkstatt

▷ [www.21-kom.de](http://www.21-kom.de)

29.02.–02.03.2008, Herrsching am Ammersee (D)

**Der Webstuhl des Lebens. Aussagen der Märchen zu Ökologie und Nachhaltigkeit**

▷ E-Mail: [axel.schreiner@bund-naturschutz.de](mailto:axel.schreiner@bund-naturschutz.de)

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

[jfs@oekopaednews.de](mailto:jfs@oekopaednews.de);

Birgit Paulsen, Webmaster, [netzwerk@anu.de](mailto:netzwerk@anu.de)

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, [bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),

[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)